



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn

16,2 (2003)

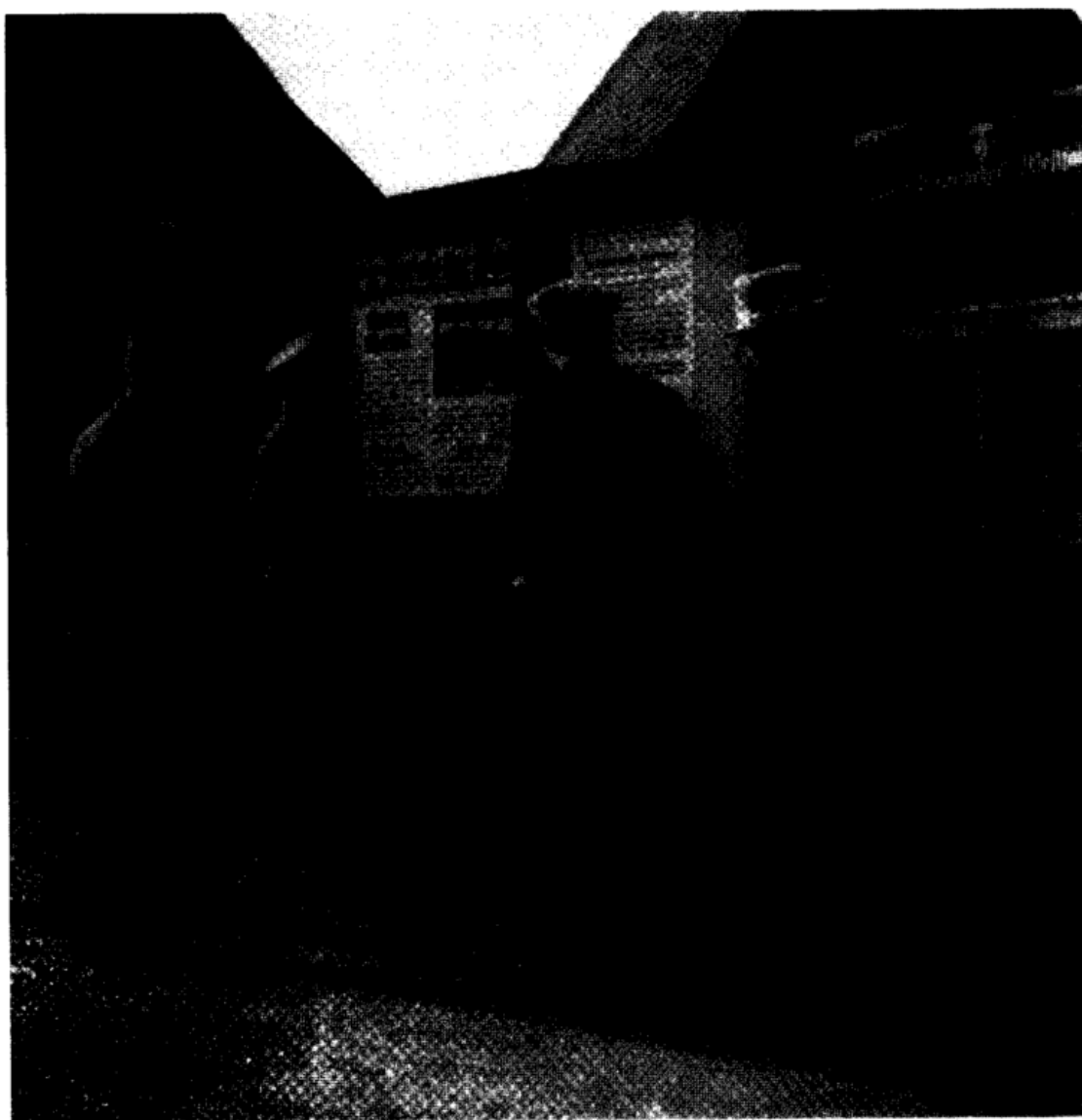
MITTEILUNGEN

des Vereins für



Geschichte an der

Universität Paderborn



Nr. 16, 2003

Heft 2

Lebenswerte Vorsorge: Eigentum statt Miete!

Lebens(t)räume erfüllen - aus
und auf gutem Grund gebaut
oder als Immobilie gekauft -
wir beraten Sie gern!



Wir machen
den Weg frei!



Volksbank ... man kennt uns!
Elsen - Wewer - Borchen eG



Internet: www.vb-elsen-wewer-borchen.de • e-mail: info@vb-elsen-wewer-borchen.de

MITTEILUNGEN

des Vereins für  Geschichte an der

Universität Paderborn

Nr. 16, 2003

Heft 2

Titelbild: Der „Stürmer“-Kasten in Lieme (um 1935); Foto: Herrmann Schmidt, Lemgo.

IMPRESSUM

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn Nr. 16, 2003,
Heft 2.

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn
Dr. Margit Naarmann, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg Jarnut

Redaktion: Stefanie Dick, Piepenturmweg 5, 33100 Paderborn
Ansgar Köb, Borchener Str. 84, 33098 Paderborn
Roland Linde, Pfuhlstr. 10, 32805 Horn-Bad Meinberg
Dr. Andreas Neuwöhner, Theodor-Heuss-Str. 10, 33102 Paderborn
Mareike Menne, Königsbuscher Weg 37, 33098 Paderborn
Joachim Rüffer, Endloser Weg 16, 59494 Soest
Dr. Michael Ströhmer, Faulensieksweg 11a, 33034 Brakel
Peter Tilly, Lüneburger Str. 32a, 29223 Celle
Claudia Weskamp, Am Hilligenbusch 45, 33098 Paderborn

E-Mail-Adresse: PeterTilly@aol.com

ISSN: 1437-6660

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren verantwortlich.

INHALT

Aufsätze

- CHRISTOPH PALKA, Antisemitisches Handeln ohne Anordnung der NS-Führung..... 80
- HANNO WILHELM, Vom Umgang mit nationaler Erinnerung im lokalen Gedächtnis: Das Beispiel des Berlin-Gedenksteins in Paderborn im geschichtlichen Zusammenhang.
Mit einer Vorbemerkung von BARBARA STAMBOLIS..... 103

Miszellen

- ROLAND PIEPER UND JÜRGEN WERINHARD EINHORN OFM, Architektur und Kunst in der Franziskanerprovinz Saxonía. Ein Forschungsprojekt des Instituts für franziskanische Geschichte in Münster 119
- CLAUDIA WESKAMP, Language of Religion – Language of the People. Judaism, medieval Christianity and Islam. Internationale Tagung des IEMAN vom 5. bis 9. Juli 2003 in Paderborn 126

Rezensionen 131

Vereinsnachrichten 141

Autorenverzeichnis 146

Antisemitisches Handeln ohne Anordnung der NS-Führung

von Christoph Palka

Die nationalsozialistische Judenverfolgung erfolgte einerseits durch Maßnahmen, die von der NS-Führung ergriffen oder angeordnet wurden. Bei den von der NS-Führung ergriffenen Maßnahmen handelte es sich um Gesetze. Durch diese Gesetze wurden die Juden aus der Beamtenschaft, der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben entfernt und unter minderes Recht gestellt.¹ Bei den von der Parteiführung angeordneten Maßnahmen handelte es sich um die reichsweiten Boykottaktionen gegen die jüdischen Geschäfte vom 1.4.1933² und die reichsweiten Pogrome vom 9./10.11.1938.³

Neben diesen von der NS-Führung angeordneten und ergriffenen Maßnahmen gab es jüdenfeindliche Aktionen, die von örtlichen NSDAP-Leitern ohne Anordnung der NS-Führung durchgeführt bzw. initiiert wurden. Diese nicht zentral gesteuerten Aktionen gegen die Juden sind Gegenstand des vorliegenden Aufsatzes. Dabei sollen vor allem folgende Fragen schwerpunktmäßig angesprochen werden: Welche Motive hatten die örtlichen Parteileiter für die Durchführung bzw. Initiierung jüdenfeindlicher Aktionen? Welche Absichten lagen diesen Aktionen zugrunde? Welche Formen der nicht von der NS-Führung angeordneten Judenverfolgung gab es?

Die folgende Untersuchung einiger markanter Fallbeispiele aus der Region sollen helfen, die grundsätzliche Problematik des Themas zu verdeutlichen. Die Quellenbasis meiner Ausführungen besteht im wesentlichen aus Dokumenten des Staatsarchivs Detmold, an einigen Stellen notwendig ergänzt durch die in den Fußnoten aufgeführte Sekundärliteratur.

Der nationalsozialistische Antisemitismus

Der nationalsozialistische Antisemitismus hatte religiöse, rassistische und fremdenfeindliche Wurzeln. So hat Claus Bärsh in einem Aufsatz deutlich gemacht, dass der Wunsch der Nationalsozialisten die Juden zu vertreiben und zu vernichten auf eine negative Einschätzung des Judentums zurückzuführen ist, welche ihre Quellen in den Evangelien des Neuen Testaments findet. Die Nationalsozialisten waren der Auffassung, dass die Juden das vom Satan auserwählte Volk waren. Dieser Glaube, dass die Juden „Trabanten“ des Teufels seien, wurde von Hitler und Goebbels aus dem Johannes- und Matthäus-Evangelium abgeleitet. In diesen Evangelien finden sich Stel-

¹ DÖSCHER, Hans-Jürgen: „Reichkristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, Frankfurt 1988, S. 17ff.

² Ebd., S. 16f.

³ Ebd., S. 77ff.

len, wo bestimmte Juden als Instrument des Teufels bezeichnet werden. Zwei dieser Stellen sollen im folgenden beispielhaft aufgeführt werden:

1. In Matthäus 23,33 bezeichnet Jesus jüdische Händler als „Nattern- und Otterngezücht“, weil sie ihre Waren zu Wucherpreisen im Tempel anboten. Die Bezeichnung „Natterngezücht“ enthält eine Anspielung auf die Schlange als Instrument des Satan.⁴
2. In Johannes 8,43 bis 8,47 sagt Jesus zu seinen jüdischen Zuhörern, sie hätten den Teufel zum Vater und wollten dessen Gelüste vollbringen.⁵

Dass die Nationalsozialisten ihren Judenhass aus diesen Stellen ableiteten wird an Reden, Briefen und Aufzeichnungen von Hitler und Goebbels deutlich: Am 12.4.1922 hielt Hitler eine Rede, in welcher er sich auf die Stelle der Tempelaustreibung bezog: „In grenzenloser Liebe lese ich als Christ und Mensch die Stelle durch, die uns verkündet, wie der Herr sich endlich aufraffte und zur Peitsche griff, um die Wucherer, das Nattern- und Otterngezücht, herauszutreiben aus dem Tempel! Seinen ungeheuren Kampf aber für diese Welt, gegen das jüdische Gift, den erkenne ich heute, [...] an der Tatsache, dass er dafür am Kreuze verbluten musste“.⁶

In Goebbels Tagebuch findet sich für den 6.8.1924 der folgende Eintrag: „Das Geld ist die Kraft des Bösen und der Jude sein Trabant.“ Hinter dieser Äußerung verbarg sich die Auffassung, dass „der Jude“ geldgierig sei.⁷ Auch Hitler behauptete in einem Brief vom 16.9.1919, das Gefühl des Juden bewege sich im rein Materiellen. Dasselbe gelte auch für sein Denken und Streben. Hitler umschreibt dieses angeblich materialistische Denken und Handeln mit der Metapher vom „Tanz ums goldene Kalb“. Aus dem angeblichen materialistischen Denken der Juden resultierte Hitler zufolge der erbarmungslose Kampf der Juden „um alle jene Güter, die nach unserem inneren Gefühl nicht die höchsten und einzig erstrebenswerten auf dieser Erde sein sollen“.⁸ Diese in dem Brief geäußerten Gedanken verbreitete der Diktator auch in öffentlichen Reden. So sagte er in einer Rede auf einer NSDAP-Versammlung in München vom 13.8.1920, das Judentum bedeute eine egoistische Auffassung der Arbeit und dadurch „Mammonismus und Materialismus“.⁹ Der Begriff des „Mammonismus“ ist ein weiterer Hinweis darauf, dass Hitler seinen Antisemitismus auch aus der Bibel abgeleitet hat.

⁴ BÄRSCH, Claus-E.: Antijudaismus, Apokalyptik und Satanologie. Die religiösen Elemente des nationalsozialistischen Antisemitismus, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 40 (1988), S. 112-133, hier S. 117.

⁵ Ebd., S. 127.

⁶ Ebd., S. 117.

⁷ Ebd., S. 128f.

⁸ JÄCKEL, Eberhard (Hrsg.): Adolf Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen (1905-1924), Stuttgart 1980, S. 89.

⁹ Ebd., S. 190.

Aufgrund ihrer angeblichen Geldgier wollten die Juden Hitler zufolge alle Völker der Welt, also auch die Deutschen, ausbeuten. Der Glaube Hitlers an eine Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Juden wird beispielsweise an seiner Behauptung deutlich, der deutsche Mittelstand und die deutschen Bauern seien während der Weltwirtschaftskrise zu „Zinsknechten“ jüdischer Bankiers geworden.¹⁰ Die Weltwirtschaftskrise von 1930 hatten die Juden nach Auffassung der Nationalsozialisten absichtlich ausgelöst, um eine Verschuldung des Mittelstandes und der Bauern gegenüber jüdischen Bankiers herbeizuführen. So behauptete beispielsweise der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Graf E. Reventlow in einem Aufsatz von 1932, die „jüdische Tätigkeit“ habe Deutschland wirtschaftlich nur „geschadet, unterhöhlt, geschwächt, entwertet und verdorben“.¹¹ Die „jüdische Hochfinanz“ sei Schuld an der Wirtschaftskrise von 1930, sie sei „mit wissenden Augen die Ursache der deutschen Wirtschaftskatastrophe geworden.“¹²

Hitler glaubte, dass das deutsche Volk von Gott dazu auserwählt war, die Welt von den „bösen“ Juden zu erlösen.¹³ Diesen Erlösungsgedanken äußerte beispielsweise auch Goebbels in seiner Rede „Lenin oder Hitler“, die er 1926 in Zwickau hielt: „Wir wollen die Welt durch Deutschland erlösen.“¹⁴ Die Juden wussten Hitler zufolge, dass das deutsche Volk von Gott für ihre Vernichtung auserwählt war. Sie waren sich ihm zufolge auch im klaren darüber, dass die Voraussetzung für ihre weltweite Vernichtung durch Deutschland in einer Weltherrschaft Deutschlands bestand. Um die Weltherrschaft Deutschlands und somit ihre Vernichtung abzuwenden, wollten die Juden nach Hitlers Auffassung eine Schwächung der militärischen Stärke Deutschlands herbeiführen. So behauptete er in einer Rede vom 13.7.1920 auf einer NSDAP-Versammlung im Münchener Hofbräuhaus, „der Jude“ sei bemüht all das zu beseitigen, von dem er wüsste, „das es irgendwie krafterzeugend, muskelstählend wirkt.“¹⁵

Die Wirtschaftskrise vom Anfang der 30er Jahre haben die Juden Hitler zufolge auch deshalb ausgelöst, weil sie damit angeblich eine Schwächung der deutschen Kampfkraft herbeiführen wollten. Den Beweis für diese Absicht sah Hitler in den gesundheitlichen Konsequenzen der Wirtschaftskrise. Diese bestanden in einer körperlichen Schwächung und in Krankheiten aufgrund des Hungers, der mit der Wirtschaftskrise einherging. Durch die körperliche Schwächung wollten die Juden Hitler zufolge die deutschen Männer für den Soldatendienst untauglich machen.¹⁶

¹⁰ GENSCHEL, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966, S. 38ff.; GRIESWELLE, Detlev: Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920-1933, Stuttgart 1972, S. 97; JÄCKEL, Hitler, S. 193ff.

¹¹ GENSCHEL, Verdrängung, S. 38.

¹² Ebd.

¹³ BÄRSCH, Antijudaismus, S. 120.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ JÄCKEL, Hitler, S. 195f.

¹⁶ Ebd., S. 196.

Aufgrund der angeblichen Ausbeutungs- und Schwächungsabsichten der Juden gegenüber dem deutschen Volk sahen die Nationalsozialisten die Notwendigkeit einer Vernichtung der Juden gegeben. So schreibt Goebbels in seinem Roman „Michael – ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern“: „Entweder der Jude richtet uns zugrunde oder wir machen ihn unschädlich. Ein anderes ist nicht denkbar.“¹⁷ Diese angeblich notwendige Bekämpfung des Judentums begründet Goebbels in dem Vorentwurf für seinen Roman damit, dass „der Jude“ den Deutschen in seinem Wesen entgegengesetzt sei.¹⁸

Die Nationalsozialisten empfanden wegen der vermeintlich bösen Absichten der Juden gegenüber Deutschland und der angeblich von ihnen begangenen Verbrechen an Deutschland Hass auf die Juden. Folglich verspürten die Nationalsozialisten gegenüber den jüdischen Bürgern Rachegefühle. Auch diese Gefühle des Hasses und der Rachsucht waren eine solide Grundlage für die nationalsozialistische Judenverfolgung.

Judenfeindliches Handeln im Juni 1935 und Dezember 1938: Die Strafanzeigen gegen Max P. und den Viehhändler S.

Am 20.3.1938 sah der NSDAP-Ortsgruppenleiter von Stolzenau-Weser, Alfred B., wie sich der ihm bekannte jüdische Viehhändler Max P. an der Schlüsselburger Fähre mit dem Fährmann Heinrich B. und dem Erbhofbauern August L. unterhielt. Alfred B. sagte zu Max P.: „Ihr Juden solltet euch wegscheren in euer geheiligtes Land, was ihr überhaupt hier noch tut, du wirst auch demnächst wohl noch des Landes verwiesen werden und ich habe mit dir noch abzurechnen.“ Daraufhin antwortete Max P.: „Was, du willst hier Leute des Landes verweisen lassen, die für ihr Vaterland gekämpft haben und sich die Knochen haben kaputt schießen lassen, wogegen du in Südamerika warst und von dort aus zugesehen hast, wie hier gekämpft wurde.“¹⁹

Aufgrund dieser Bemerkung stellte Alfred B. einen Strafantrag gegen Max P. Seine Anzeige begründete Alfred B. damit, dass Max P. nicht nur ihn als Person und Amtsträger der NSDAP beleidigt habe, sondern auch alle Auslandsdeutschen, die sich während des Ersten Weltkrieges im Ausland aufgehalten haben. In seinem Strafantrag schrieb Alfred B., er könne es als Amtsträger der NSDAP dem „Führer“ gegenüber nicht mehr verantworten, dass „heutzutage“ ein Jude noch in so „unglaublicher Weise“, wie Max P. es getan habe, vorgehe und sowohl einen Amtsträger der Partei als auch das Auslandsdeutschtum so herabwürdige.

Alfred B. hat die Anzeige gegen Max P. aber nicht nur wegen der „Beleidigung“ erstattet, vielmehr ging es Alfred B. auch um Rache an Max P. für bereits früher von ihm gemachte Äußerungen. So behauptete Alfred B. in seinem Schreiben an die Poli-

¹⁷ Zit. n.: BÄRSCH, Antijudaismus, S. 119.

¹⁸ Ebd., S. 118.

¹⁹ Staatsarchiv Detmold (StADT), M1IP Nr.670; M1Pr Nr.1057.

zei vom 31.3.1938, Max P. sei sowieso als einer der übelsten Provokateure bekannt und sei schon des öfteren wegen solcher Sachen mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Auch die Äußerung von Alfred B. gegenüber Max P., er habe mit diesem noch abzurechnen, weist darauf hin, dass die Nationalsozialisten in Stolzenau-Weser in Max P. schon seit längerem einen besonders üblen Repräsentanten des Judentums sahen und nur auf eine Gelegenheit gewartet haben, es ihm heimzuzahlen. Alfred B. erwähnt in seinem Schreiben auch, Max P. habe früher anderen Personen gegenüber geäußert, er wolle Alfred B. „mal die Knochen kaputt schlagen“. Dass er damals keine Anzeige erstattet hat, begründet Alfred B. damit, er habe die Sache als oberflächlich betrachtet.

Dass es Alfred B. nicht nur um eine Bestrafung der „Beleidigung“ an der Schlüsselburger Fähre, sondern auch um Vergeltung für andere, weiter zurückliegende Vergehen ging, wird auch an der Auswahl der Zeugen bzw. an dem, was sie sagten, deutlich. Diese Zeugen waren bei dem Vorfall an der Fähre nicht dabei. Ihre Funktion bestand lediglich darin, mit ihrer Aussage die Dringlichkeit eines polizeilichen und juristischen Vorgehens zu unterstreichen. Als Zeugen benannte Alfred B. unter anderem den Ortsbauernführer und Bürgermeister von Schlüsselburg Wilhelm B., den Gastwirt Wilhelm S. und den Ortsgruppenleiter von Schlüsselburg Friedrich K. Wilhelm B. äußerte, er kenne Max P. schon seit vielen Jahren. Bis zu seinem Eintritt in die NSDAP 1931 sei er mit diesem sehr gut ausgekommen. Nach dem Parteieintritt habe sich Max P. jedoch von ihm gänzlich abgewendet und ihn sowie alle anderen Parteigenossen bis aufs „endlichste“ bekämpft. Max P. sei von früher her ein großer Gegner der NSDAP gewesen und versuche bis „zum heutigen Tage“ die Partei verächtlich zu machen. P. sei schon wiederholt von ihm und anderen Parteigenossen angezeigt worden, aber keine Anzeige hätte zu seiner Verhaftung und Verurteilung geführt. Für die Anzeige durch Alfred B. äußerte Wilhelm B. absolutes Verständnis. Er sei der Überzeugung, dass, wenn nicht ganz energisch gegen Max P. eingeschritten werde, dieser eines Tages derbe von Parteiangehörigen verprügelt werde.

Der Ortsgruppenleiter Friedrich K. sagte aus, ihm sei bekannt, dass Max P. ein großer Gegner der NSDAP und deren Gliederungen sei. Er habe sich gegenüber einzelnen Parteigenossen mehrmals verächtlich gezeigt und sei schon wiederholt angezeigt worden. P. sei als Störenfried bekannt und werde seinen Mund nicht halten, ehe „mal ernstlich was gegen ihn unternommen“ werde.

Der Gastwirt Wilhelm S. sagte aus, Max P. sei ihm von jeher als ein radikaler Mensch bekannt. Er habe sich als Provokateur „stets bis zum heutigen Tage“ verächtlich gegen die NSDAP geäußert. Er werde diese Äußerungen nicht eher lassen, bis gegen ihn gerichtlich eingeschritten werde.

Mit Hilfe dieser Aussagen sollte der Anzeige von Alfred B. Gewicht verliehen werden. Sie sollten den Verantwortlichen bei Polizei und Justiz vor Augen führen, dass es sich bei Max P. um einen ernstzunehmenden Feind des Staates handelte, gegen den von Amtswegen dringend vorgegangen werden müsse. Gleichzeitig kann man die Zeugenaussagen auch als wiederholte Anzeigen der früheren „Straftaten“ werten.

Vor dem Hintergrund dieser Berichte, aus denen ein bereits seit längerem bestehender besonderer Hass der örtlichen Nationalsozialisten auf Max P. spricht, kann die Frage gestellt werden, ob Alfred B. die „Beleidigung“ durch Max P. vielleicht sogar gezielt provoziert hat, um einen neuen Anlass für die Erstattung einer Strafanzeige zu haben. Auch die Zeugen mögen in der Beleidigung des Alfred B. durch Max P. einen willkommenen Anlass gesehen haben, alte Rechnungen zu begleichen und Rache für bisher ungesühnte „Anfeindungen“ durch Max P. zu nehmen. Zudem wollte sich Alfred B. bei Max P. für die angeblich von den Juden ausgelöste Wirtschaftskrise rächen. So wies er gegenüber den „arischen“ Gesprächspartnern von Max P. darauf hin, dass die Juden Schuld an den 6 Millionen Arbeitslosen gewesen seien. Wie jeder Nationalsozialist glaubte Alfred B., dass alle Juden für die Wirtschaftskrise verantwortlich waren. Somit betrachtete er auch Max P. als Mitschuldigen für die schwere wirtschaftliche Misere. Auch der Wunsch nach einer Vertreibung des Max P. aus Deutschland war ein Motiv für die Anzeige. So äußerte Alfred B. an der Fährde, die Juden sollten sich in ihr geheiligtes Land wegscheren.

Tatsächlich sah sich die Polizei durch die Anzeige von Alfred B. zum Handeln veranlasst. Max P. wurde am 21.3.1938 festgenommen und dem Untersuchungsrichter in Petershagen vorgeführt. Dieser erließ einen Haftbefehl. Am 5.4.1938 wurde Max P. auf Anordnung des Oberstaatsanwaltes in Bielefeld aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Verfahren gegen ihn ging jedoch weiter. Wie es ausgegangen ist, geht aus den Dokumenten leider nicht hervor.

Ein zweites Beispiel aus demselben Jahr: Im Mai 1938 stellten führende NSDAP-Mitglieder aus Versmold Strafanzeige gegen den jüdischen Viehhändler S. wegen angeblicher Quälerei seines Viehs. Diesem Vorwurf der Tierquälerei standen jedoch die Aussagen von Viehhaltern und Landwirten entgegen, die der Ansicht waren, dass S. ein hervorragender Viehpfleger sei, der das Vieh in jeder Weise einwandfrei und pfleglich behandelt habe. Aufgrund dieser Aussagen lässt sich vermuten, dass die Nationalsozialisten S. mit Hilfe einer unwahren Behauptung aus dem Viehhandel hinausdrängen wollten, um ihn letztlich aus Deutschland zu vertreiben. Aus zwei Gründen war eine Strafanzeige die geeignete Methode zur Erreichung dieses Ziels: a) Eine Verurteilung von S. hätte dessen Ausschaltung aus dem Viehhandel zur Konsequenz gehabt und ihm somit seiner beruflichen Betätigungsmöglichkeiten in Deutschland beraubt; b) Die Gefängnishaft und die sich möglicherweise daran anschließende KZ-Haft hätte eine Form der Terrorisierung von S. bedeutet, die bei ihm den Wunsch erzeugt hätte Deutschland zu verlassen.

Am 4.6.1938 wurde S. dann in der Tat vom Schöffengericht Bielefeld zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Haftzeit verbrachte er im Strafgefängnis Bochum. Danach wurde er in ein KZ eingewiesen. Während seiner Haftzeit entzog der Amtsbürgermeister in Versmold S. den Führerschein, seine Legitimationskarte und andere Gewerbepapiere. Zudem ordnete der Bürgermeister die Schließung der Geschäfts-

räume von S. an. Die Inhaftierung und die anderen staatlichen Maßnahmen erfolgten trotz begründeter Einsprüche und Beschwerden seiner Rechtsanwälte.

Kehren wir noch einmal zum Fall Max P. zurück. Einen Tag nach der „Beleidigung“ des NSDAP-Ortsgruppenleiters Alfred B. durch den jüdischen Viehhändler versammelte sich vor der Wohnung des Juden in Schlüsselburg eine große Anzahl von SA- und SS-Angehörigen aus Stolzenau-Weser. Diese waren in Zivil gekommen. Der Schlüsselburger Hauptwachtmeister W. behauptete in einem Schreiben an die Polizeiverwaltung Windheim in Lahde, es könnten etwa 100 Personen gewesen sein. Die SA- und SS-Männer forderten, der Jude solle aus seiner Wohnung herauskommen. Sie riefen: „Raus mit dem Juden, wir schlagen ihm das Fell voll.“ Es wurden auch Fensterscheiben zertrümmert. Da sich die Menge nicht beruhigen ließ, wurde Max P. in Schutzhaft genommen.

Bereits drei Jahre zuvor wurden in der Nacht vom 19. zum 20.8.1935 in Lübbecke bei mehreren jüdischen Geschäftsleuten Schaufenster und andere Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Dem Kaufmann Hermann Levy aus Lübbecke wurden an seinem Manufakturwarengeschäft beide Schaufenster mit je einem dicken Stein eingeworfen. Bei vier weiteren Juden wurden ebenfalls Fensterscheiben zerstört.

Vor dem Haus des jüdischen Fabrikanten Ruben in Lübbecke haben junge Nationalsozialisten in derselben Nacht laut „Juda verrecke!“ gerufen. Auch vor dem Haus des Juden Lazarus versammelten sich in derselben Nacht männliche Personen, die ein Lied nach der Melodie „Eine Seefahrt“ die ist lustig“ gesungen haben. Danach riefen sie „Juda verrecke!“

Im Dezember 1937 kam es in Bünde zu Boykottmaßnahmen gegen das Geschäft der Gebrüder Willi und Otto S. Dieser Boykott beinhaltete Beleidigungen, Propaganda, Gewaltandrohungen, Gewalttätigkeiten, Belästigungen und den Aufbau von Hindernissen am Eingang des Geschäftes. Die Beleidigungen richteten sich vor allem gegen den schwerkriegsgeschädigten Willi S. Sie erfolgten besonders eindringlich von dem SA-Mann K., der am Nachmittag des 18.12.1938 Handzettel an die Kunden von S. verteilte. Als Willi S. dies sah, trat er vor sein Geschäft und fragte K.: „Herr Doktor, habe ich das verdient, dass ich jetzt boykottiert werde, wo ich mein Bein für das Vaterland geopfert habe?“ Daraufhin antwortete K.: „Pfeif auf Dein Bein, Du Talmud-Jude, Du hast kein Vaterland, mach, dass Du nach Russland kommst, Du Talmudjude!“ Mit dieser Äußerung wurde Willi S. in seiner Würde als Mensch, in seinem Nationalgefühl und seinen religiösen Gefühlen verletzt.

Die Propagandamaßnahmen bestanden zum einen im Verteilen von Handzetteln judenfeindlichen Inhaltes an Leute, die ein Geschäft betreten wollten. In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember wurden zudem sämtliche Schaufenster, Schaukästen und die Eingangstür zum Ladenlokal mit roter Lackfarbe beschmiert. Diese Aktion wurde durch SA- oder NSDAP-Mitglieder durchgeführt. Folgende Worte wurden aufgetragen: „Jude“, „Itzig“, „Kauft nicht beim Juden“, „Vorsicht, Jude!“, „Hier ist ein jüdisches Geschäft“. Ferner wurden mit derselben Farbe antijüdische Fratzen auf die

Scheiben der Tür gemalt. Gewaltandrohungen, Gewalttätigkeiten, Belästigungen und der Aufbau von Hindernissen erfolgten am 19.12.1938. So griff der SA-Mann Hans M. einen Mann vor die Brust, der das Geschäft betreten wollte, und rief: „Wenn Sie hier hereingehen, dann gibt’s Keila!“ Der Kunde antwortete, M. solle ihn loslassen, er könne hingehen, wo er wolle. Daraufhin nahm M. gegenüber dem Mann eine bedrohliche Haltung ein. Es drohte eine Schlägerei. Um diese zu verhindern, intervenierte Otto S. und sagte zu M.: „Hier haben Sie nichts zu schlagen, hier ist mein Grund und Boden!“ Daraufhin erhob M. seinen Arm gegen Otto S. und sagte: „Du, Jude, geh weg, sonst kriegst Du welche mit.“

Darüber hinaus hinderte der SA-Mann H. mehrere Kunden mit Drohungen am Betreten des Geschäfts. Ein älterer Mann, der am Geschäft vorbeikam und Otto S. fragte, was denn los sei, wurde von SA-Leuten verfolgt. Sie drohten ihm an, ihn mit Knüppeln niederzuschlagen. Ein weiterer Kunde wurde niedergestoßen und wankte nahezu ohnmächtig in das Geschäft zurück. Des weiteren hat der SA-Mann H. die Kunden und die Brüder S. dadurch belästigt, dass er mehrfach die Haustür aufstieß und sagte: „Ich will doch mal sehen, wer hier drin ist!“

Er beteiligte sich auch daran, einen Nebeneingang des Hauses mit Draht zuzubinden. Mit dieser Maßnahme sollten die Kunden daran gehindert werden, das Geschäft auf Umwegen zu betreten. Aufgrund dieser Boykottaktion gegen die Brüder S. verringerte sich die Zahl ihrer Kunden, was zu einer empfindlichen Schädigung des Geschäftsumsatzes führte.

Boykottmaßnahmen dieser Art waren keine Seltenheit. Im Jahre 1935 hatte es in allen Teilen des Reiches unzählige derartiger Aktionen gegeben.²⁰ So wurden im August 1935 in Herford in fast allen Stadtteilen Transparente über die Straßen gezogen. Auf den meisten von ihnen wurde zum Boykott aufgerufen. Diese Aufrufe waren mit Diffamierungen von Juden verbunden. „Arier“, die bei Juden kauften oder Aufträge von Juden annahmen wurden auf manchen Transparenten beschimpft. Im folgenden werden einige Beispiele für derartige Aufschriften angeführt:

- „Die das Geld zum Juden tragen, die soll man in die Schnauze schlagen!“
- „Trau nicht dem Fuchs auf grüner Heid’, trau nicht dem Jüd bei seinem Eid!“
- „Räumt erst der Jud beim Nachbarn aus, dann sei besorgt um´s eigne Haus“
- „Deutsche Frau, die Du versteckt beim Juden kaufst, schäme Dich!“
- „Deutsche Geschäftsleute, zeigt jüdischen Vertretern die Tür!“
- „Der standesbewusste deutsche Handwerker macht sich nicht zum Judenknecht, er weist jüdische Aufträge zurück.“

²⁰ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 18f.

- „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!“
- „Gibst Du Dein Geld in des Juden Hand, bist Du ein Feind in deutschem Land.“
- „Du beziehst Staatsgelder und kaufst beim Juden! Pfui!“
- „Wer den Juden kennt, kennt den Teufel!“
- „Wer vom Juden frisst, stirbt daran!“
- „Isidor! Palästina ruft Dich!“

Die in den meisten Städten und Ortschaften des Regierungsbezirkes aufgestellten Stürmer-Kästen²¹ enthielten teilweise auch Boykottaufrufen. Andere forderten die Lösung der Judenfrage oder nahmen eine negative Charakterisierung der Juden vor.

In Volmerdingen und Bergkirchen enthielten die Aufschriften eine Drohung: „Juden und Meckerer habt acht, SA wacht.“ Die Aufschrift in Möllbergen bezeichnete „Judenfreundschaft“ als „Volksverrat“. In Rehme, Südhemmern und Eidinghausen wurden die Juden als Unglück für die Deutschen bezeichnet. Zum Boykott der Juden riefen beispielsweise die Aufschriften in Südhemmern und Wietersheim auf: „Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“, „Wer beim Juden kauft oder mit einem Juden handelt ist ein Lump.“

Die Schilder an Ortseingängen oder öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schwimmbäder oder Gasthäuser trugen Aufschriften wie „Juden sind hier unerwünscht“ oder „Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr“. Diese Propaganda hatte vier Zielrichtungen:

1. Die „Arier“ sollten zunächst über die Juden aufgeklärt werden. Die negative Charakterisierung der Juden erfolgte teilweise durch die Verwendung von Urteilen, denen eine Fehlinterpretation des Neuen Testaments zugrunde lag („Wer den Juden kennt, der kennt den Teufel“ usw.).
2. „Judenfreundliche Arier“ sollten durch Einschüchterung von jeglichen Kontakten zu jüdischen Mitbürgern abgehalten werden. Aufgrund des Inhaltes mancher Aufschriften mussten jene Deutsche, die weiter Kontakt zu Juden pflegten, Strafmaßnahmen und gesellschaftliche Ausgrenzung befürchten.
3. Mit der Erzeugung von Ängsten sollten die Kontakte zu Juden unterbunden werden, um diese gesellschaftlich auszugrenzen und wirtschaftlich zu ruinieren.
4. Den Juden sollte mit dieser Propaganda vor Augen geführt werden, dass sie von den Nationalsozialisten nicht akzeptiert waren. Sie sollten vor allem durch die Stürmer-Kästen permanenten Demütigungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sein. Auf diese Weise wollten die Nationalsozialisten bei den Juden Gefühle der Frustration, Angst und der Demütigung erzeugen, um sie zur

²¹ s. Titelbild.

Auswanderung zu veranlassen. Diese Absicht wird beispielsweise an der Aufschrift „Isidor! Palästina ruft Dich!“ deutlich.

Die Propaganda mit Transparenten und Stürmer-Kästen wurden durch Ortsgruppen der NSDAP vorgenommen.

Die Haltung der NS-Führung zu den Boykott-, Propaganda- und Gewaltmaßnahmen

Die oben geschilderten jüdenfeindlichen Aktionen standen im Widerspruch zum Willen der NS-Führung. Dieses wird an Erlassen und Anordnungen der Ministerien und Hitlers deutlich. Die wichtigsten sollen im folgenden aufgeführt werden:

- Am 25.11.1933 verbot das Geheime Staatspolizeiamt Berlin Boykottmaßnahmen und „Schandtafeln“.
- Der Reichswirtschaftsminister untersagte am 8.9.1933 Boykottmaßnahmen.
- Am 10.9.1933 verbot der Reichswirtschaftsminister noch einmal Boykottmaßnahmen.
- Ein Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 10.12.1934 untersagte Schilder und Aufschriften wirtschaftsschädigenden Charakters.
- Am 18.4.1935 erfolgte ein vertraulicher Erlass des Reichsinnenministers über die Ausschaltung schädlicher Rückwirkungen der Rassenpolitik auf die auswärtigen Beziehungen des Reiches.
- Eine Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 15.6.1935 verbot alle anti-jüdischen Maßnahmen, die gegen Ruhe und Ordnung verstoßen könnten.
- Am 20.8.1935 wurden die staatlichen Behörden aller Regierungsbezirke durch den Reichsinnenminister angewiesen, anti-jüdische Ausschreitungen zu verhindern. Der Erlass erwähnte, dass strafbare Handlungen wie Sachbeschädigung, Körperverletzung, Nötigung, Haus- und Landfriedensbruch und der Zusammenrottung unter keinen Umständen geduldet werden durften.²²
- Am 21.2.1936 erfolgte ein Rundschreiben des Stellvertreters des Führers, Rudolph Heß, an alle Gauleiter und Regierungspräsidenten des Reiches. Heß bat in seinem Schreiben darauf zu achten, dass in den Kreisen und Gemeinden nur solche anti-jüdischen Tafeln und Schilder angebracht werden, die ohne Gehässigkeit zum Ausdruck brächten, dass die Juden unerwünscht seien. Vor allem bat Heß, solche Aufschriften zu unterlassen, die mehr oder weniger deutlich auf die Möglichkeit einer strafbaren Handlung gegen die Juden hinwiesen, z.B.: „Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr.“ Es sollten keine Drohungen gegen die Juden ausgesprochen werden.²³

²² StADT, M1IPr Nr. 1057.

²³ StADT, M1IPr Nr. 670.

Wo lagen die Gründe für die Verbote bestimmter antijüdischer Maßnahmen durch die Reichsregierung und die NSDAP-Führung?

Es gab wirtschaftliche und außenpolitische Gründe für diese Untersagungen. So musste die NS-Führung etwa befürchten, dass die antijüdischen Aktionen ausländische Kunden und Investoren abschrecken könnten. Der Präsident des Regierungsbezirks Minden begründete in seinen Notizen vom Juni 1935 seine Ablehnung von antijüdischen Aufschriften auf Plakaten, Schildern und in Stürmer-Kästen in Lübbecke damit, dass Lübbecke an der Durchgangsstraße nach Holland liege, das Deutschlands bester Kunde sei.²⁴ Diese Sorge, ausländische Kunden und Investoren könnten durch antijüdische Aktionen abgeschreckt werden, war durch Beschwerden von ausländischen Gästen über derartige Aktionen hervorgerufen worden. Ein niederländischer Konsul erklärte beispielsweise am 11.8.1938 gegenüber dem Bürgermeister von Bad Oeynhausen, dass er an der lauten Propaganda durch antijüdische Sprechchöre und Umzüge Anstoß genommen habe. Wenn man als Kurgast aus dem Ausland nach Bad Oeynhausen komme, dürfe man für sein teures Geld Ruhe verlangen. Man möge nur so weitermachen, wenn man den Besuch von Ausländern in deutschen Bädern ganz und gar zum Erliegen bringen wolle. Ihm seien viele Äußerungen von Landsleuten bekannt, die durchaus mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, die aber für eine ruhestörende Propaganda in Heilbädern kein Verständnis hätten, besonders wenn die Propaganda bereits in der Mittagsruhe begänne und bis in die Nachtstunden dauere.²⁵ Diese negativen Reaktionen von seiten der ausländischen Gäste waren auch der NS-Führung nicht verborgen geblieben. So wies Rudolf Heß in seinem Schreiben an die Gauleiter vom 21.2.1936 auf die negative Wirkung hin, die bestimmte antijüdische Maßnahmen auf in Deutschland reisende Ausländer gehabt hätten.²⁶

Neben diesen außenwirtschaftlichen gab es auch binnenwirtschaftliche Gründe für die Verbote. Am 20.8.1935 fand im Reichswirtschaftsministerium eine interministerielle Chefbesprechung „betreffend der Rückwirkungen der deutschen Judenpolitik auf die Wirtschaftslage“ statt. In dieser Besprechung wies Reichsbankpräsident Schacht auf die negativen Folgen hin, welche eine „unverantwortliche Judenhetze“ für die wirtschaftlichen Ziele der Arbeitsbeschaffung und des Aufbaus der Wehrmacht hätte. Schacht übte besonders scharfe Kritik an den Einzelaktionen bestimmter Parteidienststellen.²⁷

Auch der Präsident des Regierungsbezirkes Minden wies in seinem Referat auf der Landratskonferenz vom 4.9.1935 in Bielefeld auf die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der judenfeindlichen Maßnahmen hin. Es sei bereits dahin gekommen, dass zahlreiche Aufträge an deutsche Firmen von jüdischen Geschäftsleuten gelöst

²⁴ StADT, M1Pr Nr. 1057.

²⁵ StADT, M1IPr Nr. 670.

²⁶ StADT, M1IPr Nr. 670; M1Pr Nr. 1057.

²⁷ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 87.

zahlreiche Aufträge an deutsche Firmen von jüdischen Geschäftsleuten gelöst worden seien, zum Teil aus Hass auf die „Arier“, zum Teil aber auch, weil „der Jude“ nicht mehr in der Lage sei zu bestellen und zu kaufen. Der Regierungspräsident begrüßte einerseits das Zurückgehen der jüdischen Firmen, betonte aber zugleich, dass eine ganze Reihe „unserer arbeitenden Volksgenossen“ unter dem Zusammenbruch jüdischer Firmen zu leiden hätten. Ihm seien wiederholt Stimmen aus der Arbeiterschaft zugetragen worden, die auf das energischste darauf hinwiesen, dass sie ihren Arbeitsplatz aufgrund der Auswirkungen antijüdischer Maßnahmen verlieren könnten.²⁸ Der Regierungspräsident wies auch auf die negativen Folgen von Sachbeschädigungen wie dem Zerschlagen von Fensterscheiben hin. Diesen Schaden habe nicht „der Jude“ zu tragen, sondern die Versicherungsgesellschaft. Durch derartige Sachbeschädigungen werde also in letzter Konsequenz deutsches Vermögen beschädigt.²⁹

Kommen wir nun zu den außenpolitischen Gründen für die Verbote. Im Sommer 1935 verhandelten Deutschland und England über den Abschluss eines Flottenabkommens.³⁰ Die NS-Führung musste verhindern, dass in dieser Zeit eine aufhetzende Propaganda und Boykottaktionen gegen die Juden stattfanden. Berichte in der britischen Presse über derartige Aktionen und deren Hinnahme durch die deutsche Regierung hätten die Verhandlungsbereitschaft der englischen Regierung geschwächt.

Vor diesem Hintergrund muss jedoch immer betont werden, dass die Gegnerschaft der NS-Führung zu bestimmten Formen örtlicher Judenverfolgung nicht darauf zurückzuführen ist, dass ihr Judenhass geringer gewesen wäre, als jener der örtlichen Parteifunktionäre. Der Judenhass der NS-Führung war genauso stark wie jener der örtlichen Nationalsozialisten. Die Gegnerschaft der NS-Führung zu bestimmten Formen der lokalen Judenbekämpfung ist ausschließlich durch besagte außenpolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolizeiliche Sachzwänge begründet. Ohne diese Sachzwänge hätte die NS-Führung keine Bedenken hinsichtlich der antisemitischen Gewalttaten, der Boykottaktionen und der Hetzpropaganda gehabt.³¹

Konflikte unter den Nationalsozialisten wegen bestimmter Propagandaformen

Auf der Konferenz der Landräte Ende Juni 1935 wies der Regierungspräsident von Minden die Landräte und Oberbürgermeister an, alle Schilder, Inschriften an Stürmerkästen usw. zu beseitigen, die beleidigenden oder aufhetzenden Inhaltes seien.³² Dagegen erlaubte der Regierungspräsident jene Schilder, bei denen es zweifelhaft sein könne, ob die Beschriftung diffamierend sei, wie z.B. „Juden sind hier unerwünscht“.³³

²⁸ StADT, M1Pr Nr. 1057.

²⁹ Ebd.

³⁰ PLETICHA, Heinrich: „Deutsche Geschichte, 1918-1945“, S. 236f.

³¹ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 19.

³² StADT, M1Pr Nr.1057.

³³ Ebd.

Die Grundlagen dieser Anweisung waren die bereits aufgeführten Erlasse und Anordnungen der Reichsregierung. So wurde die Anordnung von Heß vom 21.2.1936³⁴ vom Regierungspräsidenten in einem Schreiben vom 9.3.1936 an die Landräte weitergeleitet. Der Regierungspräsident wies die Landräte in diesem Schreiben darauf hin, dass außer dem Schild mit der Aufschrift: „Juden sind hier unerwünscht“ fast alle anderen Schilder unmittelbare oder versteckte Drohungen oder Gehässigkeiten enthielten. Diese seien deshalb nicht zu dulden. Er bat die Landräte, sich mit dem NSDAP-Kreisleiter ihres Bezirkes in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob in ihrem Bezirk derartige nicht zuzulassende Tafeln, Darstellungen, Zeichnungen oder dergleichen noch angebracht seien. Die Landräte wurden durch das Schreiben angewiesen, im Benehmen mit dem Kreisleiter für die Entfernung dieser Propagandaformen zu sorgen. Es sollten alle unerwünschten Schilder, Darstellungen und Ähnliches, die für die „Allgemeinheit“ wahrnehmbar seien, entfernt werden. Hierzu gehörten alle unerwünschten Propagandaformen an öffentlichen Straßen, Gebäuden, Plätzen usw., innerhalb öffentlicher Gebäude (Rathäuser, Gaststätten, Hallen etc.) und auf Privatgrundstücken.

Neben den Anordnungen, die sich an alle Landräte und Oberbürgermeister richteten, gab es auch Anweisungen der Bezirksregierung, die sich lediglich an die Behörden bestimmter Städte richteten. Dabei handelte es sich um Behörden, die von sich aus an die Bezirksregierung herangetreten waren, weil sie sich nicht sicher waren, ob sie gegen bestimmte Aktionen der Partei vorgehen sollten oder weil sie von übergeordneter Stelle Rückendeckung für ein Vorgehen gegen bestimmte Propagandaaktionen erhalten wollten. Der Bürgermeister von Bad Oeynhausen hatte sich beispielsweise an die Bezirksregierung gewendet, weil er eine Grundlage für ein Verbot für die Aufstellung eines Stürmer-Kastens brauchte. Er wollte eine Aufstellung des Schaukastens verhindern, weil er befürchtete, dass dieser die ausländischen Kurgäste verärgern könnte. Diese Befürchtung hatte ihre Ursache in dem bereits existierenden Unmut der ausländischen Gäste über die lautstarke antijüdische Propaganda und über deren aufhetzenden Aufschriften. Einige verärgerte Kurgäste waren aufgrund dieser Aktionen mit Beschwerden an den Bürgermeister herangetreten. In diesem Zusammenhang kann beispielsweise die bereits erwähnte Beschwerde eines niederländischen Konsuls gegenüber dem Bürgermeister angeführt werden.³⁵

Eine anhaltende Verärgerung der Kurgäste hätte ihre Bereitschaft verringern können künftig nach Bad Oeynhausen zu kommen. Wenn er den Zuzug ausländischer Kurgäste nicht gefährden wollte, musste der Bürgermeister all jene Maßnahmen unterbinden, die eine negative Wirkung auf die Kurgäste haben konnten. Zu den Maßnahmen, die der Bürgermeister aus Prestige Gründen verhindern musste, gehörte auch

³⁴ StADT, M1IP Nr. 670; M1Pr Nr.1057.

³⁵ StADT, M1IP Nr. 670.

die Aufstellung des unliebsamen Stürmer-Kastens. Um dessen Aufstellung verbieten zu können brauchte er jedoch eine Rückendeckung der übergeordneten Stellen. Ohne diese hätte er gegenüber den örtlichen Nationalsozialisten, welche die Aufstellung des Stürmer-Kastens wollten, keine ausreichende Autorität gehabt. Deshalb wandte er sich an die Bezirksregierung, um von ihr eine Anweisung zur Verhinderung des Stürmer-Kastens zu erhalten.

Die Bezirksregierung erteilte dem Bürgermeister die gewünschte Anweisung³⁶, obwohl sie nicht prinzipiell gegen die Aufstellung von Stürmer-Kästen war, und auch vonseiten der Reichsregierung kein generelles Verbot derartiger Propagandainstrumente ergangen war. Da die Bezirksregierung jedoch keine Gefährdung des Zuzugs ausländischer Kurgäste hinnehmen wollte, hat sie in diesem speziellen Fall die Aufstellung des Stürmer-Kastens untersagt. Dass der Regierungspräsident kein prinzipieller Gegner von Stürmer-Kästen war und die Reichsregierung kein prinzipielles Verbot ausgesprochen hatte, wird an seinen Äußerungen auf der Landratskonferenz vom 4.9.1935 deutlich. Hier äußerte er, dass die Stürmer-Kästen nicht zu den unerlaubten Aktionen zu zählen waren. Allerdings untersagte er aufhetzende Inschriften an den Schaukästen.³⁷

Aufgrund seiner Bemühungen um eine Entschärfung antisemitischer Propaganda handelte sich der Regierungspräsident die Kritik des NSDAP-Kreisgeschäftsführers von Lübbecke ein. Dieser bezeichnete es in einem Schreiben an den Gauleiter vom Juni 1935 als würdelos, dass Parteigenossen für die Juden eintreten. Zu diesen Parteigenossen zählte der Kreisgeschäftsführer freilich auch den Regierungspräsidenten.³⁸ In seinem Schreiben an den Gauleiter vom 18.7.1935 bezeichnete der Regierungspräsident den Vorwurf der „Würdelosigkeit“ als ungeheuer schwer. Er fühle sich besonders als Parteigenosse auf das Schwerste verletzt und könne diesen Vorwurf auf keinen Fall unwidersprochen lassen. Deshalb bat der Regierungspräsident den Gauleiter darum, dem Kreisgeschäftsführer gegenüber den Vorwurf der „Würdelosigkeit“ zurückzuweisen.³⁹

Im August 1935 kam es zu einem ähnlichen Konflikt zwischen dem Bürgermeister von Bad Oeynhausen und der dortigen NSDAP-Ortsgruppe bezüglich der Aufstellung eines Stürmer-Kastens. Für den 6.8.1935 hatte die NSDAP-Ortsgruppe in Bad Oeynhausen die Aufstellung eines Stürmer-Kastens vorgesehen. Am selben Tag untersagte der Bürgermeister der NSDAP-Ortsgruppenleitung die Anbringung des Schaukastens unter Berufung auf die Anweisung eines Vertreters der Bezirksregierung.⁴⁰

³⁶ Ebd.

³⁷ StADT, M1IP Nr. 670; M1Pr Nr.1057.

³⁸ StADT, M1IP Nr. 670; M1Pr Nr.1057.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ StADT, M1IP Nr.670.

Weil der Bürgermeister die Anbringung des Stürmer-Kastens untersagte, war er Anfeindungen vonseiten anderer Nationalsozialisten ausgesetzt. Dieser Konflikt wurde auf einer Versammlung mit dem Reichsredner Pfarrer Münchmeyer deutlich. Münchmeyer kritisierte die Verhinderung der Aufstellung des Stürmer-Kastens. Den Verantwortlichen für die Nichtaufstellung warf er ohne Namen zu nennen vor, sie seien „ja wohl verrückt geworden“⁴¹, dass sie sich so gegen die antijüdische Propaganda und gegen die Anbringung von Stürmer-Kästen stemmten. Wer nicht begriffen habe, was er tun müsse, fliege ganz bestimmt in kürzester Zeit von seinem Posten. Obwohl er ihn nicht namentlich erwähnte, hat er mit seinen Blicken verdeutlicht, dass er den Bürgermeister meinte. Diesen hatte Münchmeyer während seiner Ausführungen in so auffälliger Weise angeblickt, dass die Bevölkerung in dem überfüllten Saal schnell begriffen hatte, wer gemeint war.

Mehrfach berief sich Münchmeyer während seiner Ausführungen auf seine unmittelbaren Beziehungen zum „Führer“. Hierdurch hat er bei allen Zuhörern den Eindruck erweckt, dass er den wahren Willen des „Führers“ vertrete, während die Verhinderung der Aufstellung des Stürmer-Kastens durch den Bürgermeister diesem Willen zuwiderliefe.

Die Äußerungen Münchmeyers wurden von einem stürmischen Beifall begleitet. Nachdem der Pfarrer seine Rede beendet hatte, war S. bestrebt vor der Versammlung eine Richtigstellung durch Münchmeyer zu erreichen. Mit dieser Richtigstellung wollte S. klarstellen, dass er nicht quertreibe, sondern lediglich auf Geheiß ihm übergeordneter Stellen die Aufstellung des Stürmer-Kastens untersagt habe. Diese Klarstellung wollte er im Interesse seiner Autorität als Bürgermeister vorgenommen sehen. Er bat den Ortsgruppenleiter K. Münchmeyer zu einer Richtigstellung zu veranlassen. K. kam dieser Bitte jedoch nicht nach. Deshalb ging der Bürgermeister persönlich auf die Bühne und wandte sich an Münchmeyer, um diesen zur Richtigstellung zu bewegen. Münchmeyer sagte daraufhin zu S.: „Was wollen Sie den eigentlich? Ich habe doch gar keine Namen genannt.“⁴² S. äußerte gegenüber Münchmeyer, dessen Rede in der Versammlung habe dem in der Bevölkerung umlaufenden Gerücht Auftrieb gegeben, demzufolge der Bürgermeister quertreibe. Daraufhin erklärte Münchmeyer zur Versammlung fast wörtlich: „Der Bürgermeister der Stadt Bad Oeynhausen bittet mich wegen meiner Ausführungen über die Anbringung der Stürmer-Kästen um eine Richtigstellung. Ich habe keine Namen genannt und kann darauf nur sagen: Wem der Schuh passt, der zieht ihn sich an.“⁴³ Auch diese gegen den Bürgermeister gerichteten Worte riefen wieder einen lebhaften Beifall hervor.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

⁴³ Ebd.

In einem Schreiben an den Leiter der Geheimen Staatspolizei für den Regierungsbezirk Minden äußerte der Bürgermeister seine Empörung darüber, dass Münchmeyer ihn als Staatsgewalt vor Ort in einer Art und Weise angegriffen und ins Lächerliche gezogen habe, wie er sie im Dritten Reich nicht für möglich gehalten habe. Aus Gründen der Autorität des Staates müsse hier eingegriffen werden. Bürgermeister S. ging in seinem Schreiben an die Gestapo vom 23.8.1935 davon aus, dass hinter Münchmeyers Angriffen eine Intrige des Ortsgruppenleiters K. stand. Er betrachtete die Äußerungen Münchmeyers als einen Angriff von K. gegen seine Person auf dem Umweg über Münchmeyer. Ganz offensichtlich habe sich K. in keiner Weise für die Unterstützung der Autorität der örtlichen Behörde eingesetzt.⁴⁴

Warum reagierten manche örtliche Parteifunktionäre feindselig auf die Anweisungen? Sie sahen nicht die Notwendigkeit einer Mäßigung der antijüdischen Propaganda, weil sie, anders als die Verwaltungsbehörden, keine Rücksichten auf die wirtschaftliche Entwicklung und die außenpolitische Situation nehmen mussten.

Verfolgung und Vertreibung eines sogenannten Mischlings ersten Grades

Gegenstand dieses Kapitels ist ein Sonderfall, nämlich die Verfolgung und Vertreibung eines sogenannten Mischlings ersten Grades durch die Detmolder Nationalsozialisten. Bevor dieser Sonderfall geschildert wird, muss zunächst noch kurz auf die Rassentheorie des Nationalsozialismus eingegangen werden, die sich im „Reichsbürgergesetz“ vom 15.9.1935 niederschlug. Dieses Gesetz unterschied die Einwohner des Reiches in vier Kategorien:

1. Deutschblütige. Deutschblütig war nach Auffassung der Nationalsozialisten derjenige, dessen Großeltern mütterlicher- und väterlicherseits deutschblütig waren. Deutschblütige gehörten der sogenannten deutschen Bluts- und Volksgemeinschaft an und waren Reichsbürger.
2. Juden. Jude war nach dem Gesetz derjenige, dessen Großeltern mütterlicher- und väterlicherseits jüdisch waren, oder der drei jüdische Großelternanteile, und lediglich einen deutschblütigen Großelternanteil hatte. Juden gehörten nach dem Gesetz der sogenannten jüdischen Bluts- und Volksgemeinschaft an und konnten keine deutschen Reichsbürger werden.
3. Mischlinge 2. Grades. Als Mischling 2. Grades galt derjenige, der nur einen jüdischen Großelternanteil hatte. Mischlinge 2. Grades gehörten nur der sogenannten deutschen Volksgemeinschaft, nicht aber der sogenannten deutschen Bluts- und Volksgemeinschaft an. Sie konnten deutsche Reichsbürger werden.

⁴⁴ Ebd.

4. Mischlinge 1. Grades. Als Mischling 1. Grades galt derjenige, der zwei jüdische und zwei deutschblütige Großelternteile hatte.⁴⁵ Auch Mischlinge 1. Grades gehörten nur der deutschen Volksgemeinschaft an und konnten Reichsbürger werden.⁴⁶

Am Morgen des 7.11.1938 verletzte Herschel Grünspan, ein siebzehnjähriger polnischer Jude, in der deutschen Botschaft in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath mit fünf Schüssen lebensgefährlich. Dieses Attentat diente den Nationalsozialisten als Vorwand für die Auslösung einer reichsweiten Gewaltaktion gegen die Juden. Sie wurde durch eine Rede von NSDAP-Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels ausgelöst, die er am 9.11.1938 um 22:00 Uhr im alten Rathaus zu München vor versammelten Parteiführern und SA-Führern aus dem ganzen Reich hielt. Diese Rede war von Hitler angeordnet worden.⁴⁷ Grund für die Versammlung war die alljährliche Gedenkfeier zum gescheiterten Hitler-Putsch vom 9.11.1923.

In der Nacht vom 9. auf den 10.11., am 10.11. und in der Nacht vom 10. auf den 11.11.1938⁴⁸ kam es in allen Städten und in den meisten Dörfern des Deutschen Reiches zu schweren Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung. Dabei wurden a) fast alle Synagogen (ca. 270) zerstört⁴⁹, b) fast alle noch vorhandenen Geschäfte des jüdischen Einzelhandels (ca. 7.500) beschädigt oder zerstört⁵⁰, c) über 90 Juden ermordet⁵¹ sowie d) unzählige Juden misshandelt, von denen viele aufgrund dieser traumatischen Erfahrungen Selbstmord begingen.⁵²

Kommen wir nun zu den Angriffen auf B. während des Pogroms in Detmold. Am späten Abend des 9.11.1938 befahl Kreisleiter W. dem SA-Mann R., zum Geschäft des „Halbjuden“ B. zu gehen und dort die bereits im Gange befindliche Aktion gegen das Geschäft zu beenden. R. begab sich daraufhin sofort zu dem Geschäft. Als er dort eintraf, waren die Zerstörungen durch SA- und SS-Männer und einige Zivilisten noch im Gange. Die Schaufenster, ein Teil der Einrichtung sowie ein großer Teil der im Laden befindlichen Waren (Hausstandsachen, Porzellan, Geschirr, Bestecke und ähnliche Artikel) waren von der Menge zerschlagen worden. R. beteiligte sich an diesen Zerstörungen nicht. Er begab sich in den Laden und ging von hier aus in das darrüberliegende Stockwerk, in dem sich die Wohnräume der Familie B. befanden. Auf der Treppe zum zweiten Stock begegnete R. der „arischen“ Ehefrau des „Halbjuden“ B. Diese hatte Schritte auf der Treppe gehört. Um ihren Mann zu retten, der sich mit ihrer Tochter im zweiten Stockwerk aufhielt, trat sie auf den Flur hinaus

⁴⁵ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 42f.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ FRÖHLICH, Elke (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Bd. 6, München 1998, S. 180.

⁴⁸ OBST, Dieter, „Reichskristallnacht“, S. 102ff, S. 152ff, S. 177ff, S. 190ff.

⁴⁹ THALMANN, Rita/ FEINERMANN, Emmanuel: Die Kristallnacht, Frankfurt a.M. 1987, S. 126.

⁵⁰ Ebd., S. 126; IMT, Bd. 31, S. 238.

⁵¹ GRAML, Herrmann, „Reichskristallnacht“, S. 184.

⁵² PÄTZOLD, Kurt/ RUNGE, Irene: Kristallnacht. Zum Pogrom 1938, Köln 1988, S. 70f.

ihrer Tochter im zweiten Stockwerk aufhielt, trat sie auf den Flur hinaus und ging die Treppe hinunter, wo sie R. begegnete. Sie fragte ihn, mit welchem Recht er alles entzwei schlüge und sagte ihm ferner, dass sie annehme, es handle sich um ein Vorgehen gegen die Juden. Er müsse aber doch wissen, dass ihr Mann kein Jude, sondern nur „Mischling“ sei. Daraufhin ergriff R. sie mit der Hand oberhalb der Brust an ihrem Kleid. Mit der anderen Hand zückte er einen SA-Dolch gegen sie und drang mit der in der erhobenen Hand gehaltenen Waffe auf sie ein. Gleichzeitig sagte er: „Was, Sie wollen behaupten, Ihr Mann ist kein Jude?“ Die Ehefrau B. entgegnete, dass er das genauso gut wisse wie sie. Unterdessen stürzte ein anderer SA-Angehöriger an R. und Frau B. vorbei in die im oberen Stockwerk gelegene Küche und schrie dabei laut: „Wo ist der Jude?“ Dieser SA-Mann zerschlug die Spülsteine in der Küche und die Fensterscheiben. Auf der Suche nach dem „Halbjuden“ B. riss er den Inhalt der Schränke aus diesen heraus. Er fand jedoch nicht den sich auf dem Balkon verborgen haltenden B. Nachdem es der Ehefrau von B. gelungen war, sich von R. loszureißen und nach oben zu eilen, gab dieser einen Pfiff und befahl, dass die Menge sofort das Haus von B. zu verlassen habe. Diesem Befehl kamen die in das Haus eingedrungenen Personen auch alsbald nach.⁵³

Die Zerstörung des Geschäftes und der Wohnung von B. sowie die Angriffe auf seine Familie entsprachen nicht dem Willen der NS-Führung in Berlin. So hatte das Blitzfernschreiben von SD-Chef und SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, das er am 10.11.1938 um 01:20 Uhr an alle Gestapo-Stellen, Gestapo-Leitstellen und an alle SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte sendete ausschließlich Gewalt gegen die Juden, Synagogen, jüdische Geschäfte und jüdische Wohnungen erlaubt. Die Anordnungen dieses Fernschreibens waren auch für die politischen Leitungen (Gauleitungen und NSDAP-Kreisleitungen), NSDAP-Ortsgruppenführer, örtlichen SA-Führer und örtlichen SS-Führer verbindlich. Dieses Fernschreiben hatte Heydrich auf Anweisung des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, verfasst.⁵⁴

Die Gewalttätigkeiten gegen B. während des Pogroms sind wahrscheinlich vom Detmolder NSDAP-Kreisleiter W. angeordnet worden.⁵⁵ Derartige Ausschreitungen gegen einen Mischling 1. Grades während der Reichspogromnacht waren aber eher die Ausnahme. So wies der Detmolder Kreisleiter W. in seiner Funktion als stellvertretender Reichsstatthalter von Lippe in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister vom 14.1.1939 darauf hin, dass die anderen in Lippe lebenden Mischlinge 1. Grades während der Pogrome in keiner Weise belästigt worden waren.⁵⁶

⁵³ StADT, D 21 B Zug. 34/76 Nr. 154, S. 2ff.

⁵⁴ KROPAT, Wolf-Arno, „Reichskristallnacht“, S. 215.

⁵⁵ StADT L113 Nr. 996.

⁵⁶ Ebd.

Die Verhaftung von B. und die Verhinderung seiner Deportation

Aufgrund der Ausschreitungen gegen sein Geschäft und seine Wohnung flüchtete B. in der Nacht vom 9./10.11.1938. Er wurde jedoch am Nachmittag des 10.11.1938 verhaftet und ins Polizeigefängnis gebracht. Am Abend desselben Tages wurde er mit hunderten jüdischen Gefangenen in der Turnhalle einer Bielefelder Schule untergebracht. Im Laufe der Nacht wurden die dort versammelten Juden in Züge eingeteilt, die jeweils 100-140 Personen umfassten. B. befand sich in einer dieser Gruppen, die mit dem Eisenbahnzug ins KZ gebracht wurden. Er selbst wurde bei der Einteilung der Gruppen von einem ihm bekannten Gestapo-Beamten erkannt, der ihn fragte, wieso er denn „unter die Juden“ geraten sei, da er doch „Mischling“ sei. Nachdem B. den Beamten aufgeklärt hatte, wurde er von der Gruppe jüdischer Gefangener getrennt und bis zum Mittag des 11.11.1938 in Schutzhaft genommen. Danach wurde er freigelassen.⁵⁷

Aufgrund des zufälligen Zusammentreffens mit dem Gestapo-Beamten ist B. nur knapp den traumatisierenden Erfahrungen und physischen Verletzungen⁵⁸ der KZ-Haft entgangen. Dabei hatte die Verhaftung und Inhaftierung von B. in den Anordnungen der NS-Führungen keine Grundlage. Heydrich hatte in seinem Fernschreiben vom 10.11.1938 ausschließlich die Festnahme männlicher Juden und deren Unterbringung in Konzentrationslagern angeordnet.⁵⁹ Vom 10.11.1938 an musste das Geschäft vier Wochen lang geschlossen werden.

Boykottaktionen und Erzwingung der Scheidung

Nachdem das Geschäft von B. Anfang Dezember 1938 wiedereröffnet worden war, wurde es Gegenstand von weiteren Aktionen der Nationalsozialisten. Am 9.12.1938 wurden einige Kunden des B. vor dessen Geschäft gehohlet. Eine Kundin musste zudem vor der erregten Menschenmenge flüchten.

Am frühen Nachmittag des 10.12.1938 erschienen vor dem Laden von B. ein SA-Mann in Zivil, der auch bei den Zerstörungen während des Pogroms dabei war, und ein junger Mann aus einem Konkurrenzgeschäft. Sie behaupteten gegenüber den Passanten, dass das Geschäft der Familie B. jüdisch sei und man deshalb dort nicht kaufen dürfe. Nach 2-3 Stunden bildete sich eine Gruppe Neugieriger vor dem Geschäft. Neben dieser Ansammlung versammelte sich dort auch eine Gruppe von etwa 20-30 Nationalsozialisten, die einen Sprechchor bildeten und unter anderem folgendes riefen: „Juda verreckel! Der Jude soll rauskommen! Wer beim Juden kauft ist ein Volks-

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ SCHMIDBAUER, Wolfgang: Ich wußte nie, was mit Vater ist. Das Trauma des Krieges, Hamburg 1998, S. 103ff.

⁵⁹ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 87.

verräter.”⁶⁰ Bis zur Hauptgeschäftszeit war die Menschenmenge auf etwa 600 Personen angewachsen. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Schaulustige. Nur der harte Kern des Auflaufs bestand aus dem Sprechchor (20-30 Leute). Diese Ansammlung verweilte 1-2 Stunden vor dem Geschäft. Die Kunden wurden von dem Sprechchor angepöbelt und belästigt. Aufgrund dieser bedrohlichen Situation musste die Familie B. ihr Haus fluchtartig durch ein Fenster verlassen. Frau B. flüchtete mit ihrer Tochter zu ihrer Schwester, Herr B. nach Brüssel.⁶¹

Dessen ungeachtet, forderte der Sprechchor, dass B. herauskommen solle, und verlangte die Schließung des Ladens. Drei noch von B. herbeigerufene Polizisten übernahmen den Schutz des Ladens. Die Initiative zu diesen Ausschreitungen ging wahrscheinlich vom NSDAP-Kreisleiter W. aus.

Am späten Abend erschienen zwei Gestapo-Beamte bei der Schwester von Frau B. Sie richteten an Frau B. die Frage, ob sie beabsichtige, das Geschäft am nächsten Tage wieder aufzumachen. Sie stellte die Gegenfrage, ob ihr dies in Ruhe möglich sein werde. Daraufhin wurde ihr geantwortet, dass sich dann der Aufzug vom Spätnachmittag gegebenenfalls in noch stärkerem Maße wiederholen würde. Das Auftreten des Sprechchores wurde als „Volkswut“ dargestellt. Die Gestapo-Beamten wiesen Frau B. darauf hin, dass ihr Mann sich in der Stadt nicht mehr sehen lassen dürfe. Die Weiterführung des Geschäftes durch sie sei nur dann möglich, wenn sie sich von ihrem Mann scheiden ließe. Eine Weiterführung des Geschäftes war notwendig, wenn Frau B. die Existenz ihrer Tochter und ihrer selbst retten wollte. Somit sah sie keinen anderen Ausweg als die Scheidung von ihrem Mann. In einem Brief an ihren Rechtsanwalt vom 11.12.1938 äußerte Frau B. zudem, dass sie nicht die Möglichkeit sehe mit ihrem Mann in eine andere Stadt zu ziehen, um dort ein neues Geschäft zu eröffnen, weil sie davon ausginge auch dort dieselben Schwierigkeiten zu bekommen. Diese Befürchtung war sicherlich nicht unbegründet, da die Nationalsozialisten aus dem ehemaligen Wohnort der Familie B. Kontakt mit den Parteigenossen des neuen Wohnortes hätten aufnehmen können, um sie gegen Familie B. aufzuwiegeln.⁶²

In einer lippischen Regionalzeitung wurde zudem eine Kampagne gegen B. geführt. Das Kaufen bei einem „Halbjuden“ wurde als undeutsch bezeichnet. So hieß es in einer Zeitungsnotiz: „Sie wollen wissen, ob Sie als guter Deutscher bei einem „Halbjuden“ kaufen dürfen? Für einen ganzen Deutschen bedürfte es eigentlich keines besonderen Hinweises, dass er nur in einem ganz arischen Geschäftshaus kaufen soll“.⁶³

⁶⁰ StADT L113 Nr. 996.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

Derartige Boykottaktionen und die Erzwingung der Scheidung widersprachen dem Willen der NS-Führung. So gab es keine Verordnung zur Ausschaltung von Mischlingen 1. Grades aus der Wirtschaft. Durch Reichswirtschaftsminister Funk war am 3.12.1938 ausschließlich die Entfernung der Juden aus dem Wirtschaftsleben angeordnet worden.⁶⁴ Des Weiteren hatte das Wirtschaftsministerium in einem Schreiben vom 6.12.1938 an den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe eine Wiedereröffnung des Geschäftes angeordnet. Diese Anordnung war aufgrund einer Beschwerde des Rechtsanwaltes von B. ergangen.⁶⁵

Auch die erneute Schließung des Geschäftes von B. nach den Boykottaktionen im Dezember wurde vom Wirtschaftsministerium missbilligt. In einem Schreiben vom 11.1.1939 ersuchte das Ministerium die lippische Landesregierung, den Eheleuten B. mitzuteilen, dass der Wiedereröffnung ihres Geschäftes nichts mehr im Wege stehe. Doch nicht nur die Schließung des Geschäftes, sondern auch die Ausschreitungen gegen B. wurden vom Ministerium kritisiert. So nahm das Schreiben Bezug auf einen Bericht des Reichsstatthalters Lippe vom 12.12.1938. In diesem Bericht behauptete er, dass ein wirksamer Schutz des Geschäftes der Eheleute B. vor „der erregten Volksmenge“ nicht möglich gewesen sei. Der Verfasser des Schreibens aus dem Ministerium, K., äußerte, dass ihn diese Ausführungen des Reichsstatthalters nicht überzeugen könnten. K. war der Überzeugung, dass es „bei entsprechendem guten Willen und entschiedenem Einsatz der Partei und Staatsstellen und geeigneter Aufklärung der Bevölkerung durchaus möglich sei, Ausschreitungen zu verhindern, die das Ansehen der Partei und des Staates erheblich schädigen“.⁶⁶

Die Detmolder Nationalsozialisten glaubten, dass B. entweder ein „Vollblutjude“ war oder ein „Halbjude“, bei dem aber der jüdische Anteil überwog, und der deshalb wie ein „Vollblutjude“ zu behandeln sei. Dieser Glaube basierte auf drei Annahmen:

- a) auf dem Wissen der Detmolder Nationalsozialisten, dass die Großeltern von B. mütterlicherseits jüdisch waren. Diese Kenntnis hatten sie bereits vor dem Abstammungsbescheid durch die Reichsstelle für Sippenforschung vom 20.6.1937, wie aus einem Schreiben des Kreisleiters an den Stürmer-Verlag vom 1.4.1937 hervorgeht. Zu Beginn seiner Stellungnahme schreibt W.: „B., der zumindest Halbjude ist hat seit langen Jahren...“⁶⁷ Woher W. von den jüdischen Vorfahren des B. wusste, geht aus den Dokumenten nicht hervor.
- b) auf der äußeren Erscheinung von B., die von den Detmolder Nationalsozialisten als „typisch jüdisch“ bezeichnet wurde. Wahrscheinlich hatte B. ein südländisches

⁶⁴ DÖSCHER, „Reichskristallnacht“, S. 116.

⁶⁵ StADT L113 Nr. 996.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.

Aussehen (Teint, Haarfarbe, Gesichtsform), das die Detmolder Nationalsozialisten an den Typus des „Ostjuden“ erinnerte. Bei den „Ostjuden“ handelte es sich um Einwanderer, die vor der Verfolgung in Russland nach Deutschland und Österreich geflüchtet waren. Sie kamen vor allem nach Wien und Berlin. Mit diesen sogenannten Ostjuden wurde Hitler persönlich konfrontiert, als er zwischen 1908 und 1914 in Wien lebte. Der Typus des „Ostjuden“ prägte das Gesamtbild, welches die Nationalsozialisten von den Juden hatten.⁶⁸

c) auf dem Verhalten von B., das die Detmolder Nationalsozialisten als „typisch jüdisch“ bezeichneten. Möglicherweise bestand dieses Verhalten in Äußerungen, die auf eine Ablehnung des NS-Regimes schließen ließen. Ein Hinweis darauf, dass B. gegenüber den Parteigenossen seine Ablehnung des NS-Regimes geäußert haben könnte, findet sich in einem Schreiben des NSDAP-Kreisleiters an den Stürmer-Verlag in Nürnberg vom 1.4.1937. In diesem Schreiben wies W. darauf hin, dass B. mit seinem ehemaligen Hauswirt P., einem NSDAP-Mitglied und SA-Mann, seit Jahren heftige Auseinandersetzungen gehabt habe. Sogar das Reichsgericht habe sich mit diesen Streitigkeiten befassen müssen.⁶⁹

Die starke Vermutung der Detmolder Nationalsozialisten, es könne sich bei B. um einen „Vollblutjuden“ handeln, wurde dadurch ermöglicht, dass die „arische“ Herkunft des Erzeugers laut Abstammungsbericht glaubhaft gemacht, aber nicht absolut nachgewiesen war. Doch selbst wenn die „arische“ Herkunft des Erzeugers durch die Reichsstelle für Sippenforschung nachgewiesen worden wäre, hätten die Detmolder Nationalsozialisten B. angefeindet. Sie hätten ihn dann für einen „Halbjuden“ gehalten, bei dem aber der jüdische Anteil überwog, und der deshalb wie ein Vollblutjude zu behandeln sei.

Kurzes Fazit

Die alltäglichen Belästigungen und Gewaltaktionen gegen Juden zwischen 1933 und 1938 hatten einen wesentlichen Anteil an den insbesondere 1935 drastisch ansteigenden Auswanderungszahlen. An dem Fall des „Halbjuden“ B. wird deutlich, dass auch Mischlinge 1. Grades nicht prinzipiell von Verfolgungen verschont blieben, wenn ihr Aussehen Merkmale aufwies, die von den örtlichen Nationalsozialisten als „typisch jüdisch“ angesehen wurden.

An den dargestellten Aktionen sieht man, dass den judenfeindlichen Wahlkampfparolen der NSDAP am Anfang der 30er Jahre Ausgrenzungs- und Verfolgungsabsichten zugrunde lagen. Sie zeigen somit auch die Gefährlichkeit jener rechtsradikalen

⁶⁸ AHREN, Yizak/ HORNSHÖJ-MÖLLER, Stig/ MELCHERS, Christoph B.: „Der ewige Jude“. Wie Goebbels hetzte. Untersuchungen zum nationalsozialistischen Propagandafilm, Aachen 1990, S. 41ff.

⁶⁹ Ebd.

Parteien, deren fremdenfeindliche Parolen den judenfeindlichen der NSDAP ähneln. Aufgrund dieser Ähnlichkeit kann man zumindest nicht ausschließen, dass auch diese Parteien Ausgrenzungs- und Verfolgungsabsichten gegenüber bestimmten Minderheiten haben. Ohne das Wissen darüber, welche gefährlichen Absichten hinter einer Propaganda gegen Minderheiten stehen können, wären wir heute gegenüber rechtsradikalen Parteien genauso ahnungslos wie die meisten Deutschen gegenüber der NSDAP vor 1933. Wir würden ohne dieses Wissen wahrscheinlich nicht davon ausgehen, dass hinter rechtsradikalen Parolen eine Gefahr für bestimmte Minderheiten steht. Wenn heute keiner mehr wüsste, dass es die Judenverfolgung gegeben hat, wäre der gesellschaftliche Widerstand gegen rechtsradikale Parteien weitaus geringer. Somit ist das Beibehalten der Erinnerung an die Judenverfolgung während des Dritten Reiches durch Schule und Medien unverzichtbar, wenn man die rechtsradikalen Parteien klein halten möchte.

Vom Umgang mit nationaler Erinnerung im lokalen Gedächtnis: Das Beispiel des Berlin-Gedenksteins in Paderborn im geschichtlichen Zusammenhang

von Hanno Wilhelm

Vorbemerkung

Erinnerungskultur gehört heute zu den zentralen Forschungsfeldern der Historischen Kulturwissenschaft.¹ Zahlreiche Untersuchungen beschäftigen sich mit der Frage: Wie ist heute sichtbar, was früher einmal war? Sie gehen von der Tatsache aus, dass Erinnerung immer auch Deutung ist. Wer sich erinnert, beschreibt nicht wie etwas gewesen ist, sondern er erinnert an ein geschichtliches Ereignis oder eine geschichtliche Person im Zusammenhang mit der Bedeutung, die dieses Ereignis und diese Person für die jeweilige Gegenwart hat. Ausgangspunkt der Beschäftigung mit Erinnerung ist somit die Tatsache, dass sich die Vergangenheitswahrnehmung der Menschen auf subjektive, immer wieder aktualisierte Vergangenheitsbilder stützt. Was Menschen mit ihrer Vergangenheit verbindet, sind nicht in erster Linie Erkenntnisse der Wissenschaft, sondern Bilder, die, mit Bedeutungen aufgeladen, jederzeit beschworen werden können, um sich einer Identität und Gruppenzugehörigkeit zu vergewissern.

Für die Beschäftigung mit Erinnerungskultur in Deutschland gilt nicht zuletzt, dass hier starke regionale Traditionen zu berücksichtigen sind, die ein kollektives Gedächtnis einzelner Regionen unterhalb der nationalen Ebene geprägt haben.² Die seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur öffentlichen Gedenkens³ lässt sich im regionalen Rahmen mit zahlreichen Erinnerungsanlässen, Dokumentationen und Ausstellungen über Zerstörung und Wiederaufbau der Städte, mit dem Gedächtnis an Orte jüdischen Lebens, großen Jubiläen wie Stadtgründungen, Schul- und Vereinsjubiläen u. a. mehr belegen.

Schließlich ist davon auszugehen, dass es lokale Varianten gibt, die sich zwar in einen allgemeineren Zusammenhang einordnen lassen, die gleichwohl Spezifisches enthalten und in kleinräumige Besonderheiten eingebunden sind.⁴ Diese Überlegungen

¹ Etienne FRANÇOIS/Hagen SCHULZE (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001.

² Vgl. den Band der *Westfälischen Forschungen* 51 (2001).

³ Clemens WISCHERMANN, *Kollektive versus 'eigene' Vergangenheit*, in: DERS. (Hg.), *Die Legitimität der Erinnerung und die Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1996, S. 9–17.

⁴ Für Paderborn beispielsweise: Stadt Paderborn, Universität-Gesamthochschule Paderborn (Hg.), *Paderborn 1945–1955. Zerstörung und Aufbau*, Katalog zur Ausstellung in der Städtischen Galerie Paderborn vom 13.12.1987–31.1.1988, Paderborn 1987; Städtische Museen, Stadtarchiv, Volkshochschule Paderborn (Hg.), *Katalog zur Ausstellung vom 26.3.–25.6.1995 in der Städtischen Galerie am Abdinghof: Paderborn 1945. Leben im Nationalsozialismus und im Krieg*, Paderborn 1995; Klaus HIMMELSTEIN (Hg.), *Orts erkundung. Stätten der Nazi-Verfolgung in Paderborn*, Paderborn 1994; Margit NAARMANN, „Von ihren Leuten wohnt hier keiner mehr“. Jüdische

bildeten die Grundlage eines Hauptseminars im Wintersemester 2002/03 im Fach Geschichte an der Universität Paderborn. Damit die Einsichten nicht theoretisch blieben, sollten im Mittelpunkt des Seminars Erinnerungsorte in Paderborn stehen.⁵ Deshalb schlossen sich nach der Erarbeitung der Grundlagen Besuche im Stadtarchiv Paderborn an, das – wie alle Archive – selbst Erinnerungsort ist.

Ein Archiv kann allerdings nur dann als „Steinbruch“⁶ für studentische Arbeit auf dem weiten Feld von „Erinnerung und Gedächtnis“ genutzt werden, wenn die äußeren Gegebenheiten vorhanden sind und sich die dortigen Mitarbeiter auf die Mehrarbeit einlassen. Konkret bedeutete das für die Planung, dass bereits Wochen vor der Veranstaltung überlegt wurde, welche lokalen Paderborner Erinnerungsorte sich unter welchen Gesichtspunkten und mit welchem Material erarbeiten ließen. Es wurde für jeden Teilnehmer Archivmaterial zusammengestellt, so dass sogleich mit der Arbeit begonnen werden konnte. Auf Nachfrage und durch eigenständige Recherchen konnte im Laufe der Veranstaltung zusätzliches Material erschlossen werden. Insbesondere Herrn Müller vom Stadtarchiv Paderborn sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Zunächst waren lediglich einige Wochen Archivarbeit geplant. Nach gemeinsamer Absprache ist die Veranstaltung bis zu ihrem Ende im Stadtarchiv abgehalten worden. Es sind Arbeiten zu Krieger- und anderen Denkmälern, zu Schulen, Straßennamen, zu Ikonen Paderborner Erinnerungskultur wie Pauline von Mallinckrodt u. a. mehr entstanden.⁷ Gefragt wurde stets nach dem Entstehungszusammenhang sowie der Rezeption von Gedächtnisorten: Wie hat sich die Erinnerung an ein historisches Ereignis, eine Person, ein Denkmal u. a. mehr erhalten können, welche Facetten hat dieses Gedächtnis? Im Folgenden sei ein Ergebnis, Hanno Wilhelms Arbeit zum Berlin-Gedenkstein in Paderborn, vorgestellt.

Barbara Stambolis

Einleitung

Am 26. Juni 1959 beschloss der Rat der Stadt Paderborn die Errichtung eines Berlin-Gedenksteins, der die „Verbundenheit zur alten Reichshauptstadt dokumentieren“ sollte.⁸ So wurde in Paderborn ein Erinnerungsort an die Stadt Berlin geschaffen, die als geteilte und besetzte Stadt symbolisch für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die innerdeutsche Teilung stand. Der Paderborner Berliner-Stein ist wie in zahlreichen

Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus (Paderborner Historische Forschungen 7), Köln 1998.

⁵ Vgl. auch Lars REINKING, Das Mahnmal für die ehemalige Synagoge in Paderborn. Zu den Entscheidungsprozessen um einen Ort des Gedenkens im öffentlichen Raum, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn 15/1 (2002), S. 4–38.

⁶ Constanze CARCENAC-LECOMTE u. a. (Hg.), Steinbruch. Deutsche Erinnerungsorte, Frankfurt a. M. u. a. 2000.

⁷ Die Einzelergebnisse des Seminars sind auf einer CD festgehalten, die Marc Schüle erstellt hat.

⁸ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, Stadtarchiv Paderborn (StadtA PB).

anderen Gemeinden auch heute ein Erinnerungsort, der weitgehend unbeachtet scheint. Seine Errichtung spiegelt jedoch auf lokaler Ebene politische Strömungen und Ereignisse wider, die für das bundesrepublikanische Selbstverständnis insbesondere der 1950er und 1960er Jahre von zentraler Bedeutung waren. Die Teilung der Stadt und insbesondere der Aufstand des 17. Juni 1953 erfüllten die von Pierre Nora definierte Gemeinsamkeit aller Gedächtnisorte: „[...] ihre Wirkungskraft als Symbole und ihr – entscheidendes und doch zugleich ungreifbares – Gewicht für die Herausbildung der politischen Identität [...]“.⁹

Im Folgenden wird zunächst den lokalen Zusammenhängen der Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn nachgegangen; darüber hinaus sollen auch weitergehende geschichtspolitische Fragen in den Blick genommen werden. Wie genau kam es zu der Errichtung dieses Gedenksteins? Inwieweit kann ein solches Ereignis in der „Provinz“ überhaupt unabhängig von der politischen Lage der Nation/Gesellschaft gesehen werden? Ist das Paderborner Beispiel als typisch anzusehen, oder gibt es lokale Besonderheiten? Spielten in diesem Prozess größere Institutionen, die es sich zum Ziel gemacht hatten, eine bestimmte Erinnerung oder Idee wach zu halten, beispielsweise das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, eine bedeutende Rolle? Haben Standort, Einweihungsdatum, geladene Gäste oder der beauftragte Künstler einen besonderen Bezug zu Berlin? War das Thema „Berlin“ in Paderborn auch sonst von Bedeutung oder war die Errichtung des Gedenksteins ein einmaliges Ereignis? Und was passierte zeitgleich in anderen Städten?

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn lässt sich von den ersten Beratungen im Stadtrat bis hin zu seiner Einweihung anhand von Akten im Stadtarchiv Paderborn und mit Hilfe der zeitgenössischen regionalen Zeitungsberichte nachzeichnen. Als besonders anregend für die Erhellung des historisch-politischen Kontextes erwiesen sich Edgar Wolfrums Untersuchungen zur Geschichte des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁰ Auf eine weiter gefasste Rezeption der Fachliteratur zu den Themen 17. Juni 1953 und Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ wurde verzichtet, da in erster Linie die politischen Hintergründe, welche zur Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn führten, erschlossen werden sollen.

Der Berlin-Gedenkstein in Paderborn von der Planung bis zur Errichtung

Der Antrag, einen Berlin-Gedenkstein in Paderborn zu errichten, wurde im Rat erstmals am 26. Juni 1959 diskutiert.¹¹ Antragsteller war Aloys Schwarze, der in den Jahren 1953 bis 1964 und erneut von 1975 bis 1984 für die SPD im Rat der Stadt Paderborn

⁹ Pierre NORA, Vorwort, in: DERS., *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*, Berlin 1990, S. 7–9, hier S. 7.

¹⁰ Edgar WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage: Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–89)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 382–411.

¹¹ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.



Gedenkstein in Arbeit, mit Josefthomas Brinkschröder, 1960
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Mietusch

saß. Schwarze war Leiter der Lokalredaktion der Freien Presse und nach deren Einstellung der Neuen Westfälischen. Als Begründung für seinen Antrag führte Schwarze an, die „Stadt Paderborn [solle] durch die Errichtung eines Berlin-Gedenksteines ihre Verbundenheit zur alten Reichshauptstadt dokumentieren.“ Als Standort schlug er das Westerntor vor, als Zeitpunkt der Enthüllung die kommende Herbst-Liboriwoche, die auch thematisch unter das Thema Berlin gestellt werden sollte. Außerdem könne „eine Straße in Paderborn nach Berlin benannt werden, zumal es auch in Berlin eine Paderborner Straße“ gäbe.¹²

Schwarzes Antrag fand grundsätzlich die Zustimmung der anderen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters Christoph Tölle (CDU). Allerdings gab Ratsherr Heinrich Jüttemeyer (CDU) zu bedenken, die Kleinliboriwoche böte möglicherweise nicht „den passenden Rahmen für die Errichtung des Gedenksteins“, da Kleinlibori seiner Ansicht nach „mehr im Blickpunkt der engeren Heimat“ stehe. Anders als Schwarze sprach er sich für eine Aufstellung am Detmolder Tor als Ausfallsstraße nach Berlin aus. Um sich auch in der praktischen Berlin-Hilfe zu engagieren, beschloss die Mehrheit der Ratsmitglieder zusätzlich, eine Spende von 1.000 DM für das Kinderhilfswerk Berlin zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des

¹² Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

Ratsherrn Schwarze wurde für weitere Beratungen an den Bauausschuss der Stadt Paderborn verwiesen.¹³

Im Lokalteil des Westfälischen Volksblatts vom 26. Juni 1959 waren der Berlin-Gedenkstein und die 1.000 DM Berlin-Hilfe die dominierenden Themen des Berichts über die Ratssitzung. Das Echo war durchweg positiv; der Berichterstatter untermauerte die Errichtung eines Berlin-Gedenksteins überdies mit dem Argument, „in zahlreichen Städten West-Deutschlands“ sei ein solcher schon verwirklicht worden.¹⁴ Dies macht deutlich, dass es sich bei der Errichtung eines Berlin-Gedenksteins in Paderborn nicht um ein singuläres Ereignis handelte, sondern dass Berlin-Gedenksteine in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland vielerorts aufgestellt wurden. Warum dies so war, wird im Folgenden noch zu untersuchen sein.

In der Sitzung des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juli 1959 trug Ratsherr Schwarze abermals seinen Antrag zur Errichtung des Berlin-Gedenksteins vor und schlug die Verkehrsinsel am Westerntor als Standort vor. Stadtoberbaurat Willi Schmidt dagegen hielt diesen Ort am Westerntor nicht für geeignet, „weil hier der Gedenkstein die Verkehrsteilnehmer ablenken würde.“¹⁵ Sein Vorschlag war eine Errichtung am Detmolder Tor, da es „der Lage nach und auch der Örtlichkeit nach die beste Möglichkeit biete“ und auch bei der „Umgestaltung des Detmolder Tors aus Verkehrsgründen [...] eine evtl. geringfügige Versetzung des Gedenksteines ohne große Kosten“¹⁶ möglich sei. In den Ausführungen Schmidts zeigt sich eine sehr pragmatische Haltung zur Aufstellung des Gedenksteins, in die sich auch sein zweiter Änderungsvorschlag gegenüber dem Antrag Schwarzes einfügt. So schlug der Stadtoberbaurat vor, der Berlin-Gedenkstein solle auch an die ehemals deutschen Ostgebiete erinnern, „zumal ein Antrag vom Bund der Vertriebenen Deutschen bereits vorliege.“¹⁷ Der Bauausschuss nahm nach eingehender Aussprache die Änderungsvorschläge des Stadtoberbau-rats Schmidt an und beschloss, die Errichtung des Gedenksteins schnellstmöglich in die Wege zu leiten.

Der Standort für das Denkmal am Detmolder Tor hatte neben den pragmatischen Überlegungen des Stadtoberbau-rates Schmidt sehr wohl auch politische Motive. Rats-herr Jüttemeyer wies bereits in der ersten Beratung im Rat darauf hin, das Detmolder Tor sei als Ausfallstraße nach Berlin der geeignetere Standort. Es handelt sich um die Bundesstraße 1, die quer durch Deutschland von Aachen über Paderborn nach Berlin und weiter in die vormals deutschen Ostgebiete führte. Da offenbar auch des „Ostens“ gedacht werden sollte, schien die Detmolder Straße als die damalige Hauptverkehrsli-

¹³ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁴ Westfälisches Volksblatt vom 27. Juni 1959.

¹⁵ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁶ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁷ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.



Der fertige Stein, 1960
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Ertmer

nie aus Paderborn heraus in Richtung Osten und nach Berlin der geeignete Standort für ein „Berlin- und Vertriebenenendenkmal“, wie es offiziell hieß, zu sein.

Auf einem Treffen begrüßte die „Schlesische Landsmannschaft“ den Beschluss, neben Berlin auch „der ostdeutschen Landesteile in gebührender Form zu gedenken.“¹⁸ In dem Artikel im Westfälischen Volksblatt über dieses Treffen wird deutlich, dass die Entscheidung des Paderborner Stadtrats für ein kombiniertes Denkmal möglicherweise deshalb beschlossen wurde, um dem Interessenverband der Ostvertriebenen entgegenzukommen. Wörtlich heißt es in diesem Zusammenhang: „Pader-

born als eine der wenigen größeren Städte im Bundesgebiet, die sich bisher nicht in die Reihe der Patenstädte für ostdeutsche Städte oder Kreise eingetragen hat, erfüllt damit [...] etwas, was von den ostdeutschen Neubürgern als Geste des Verständnisses und des Mittragens dankbar anerkannt wird.“¹⁹ Mit dem kombinierten Gedenkstein konnte der Stadtrat so sein Engagement für die Interessen der Ostvertriebenen unterstreichen, ohne einen extra Gedenkstein zu bauen, durch den zusätzliche Kosten auf den Stadthaushalt zugekommen wären.

Der Künstler, der mit der Gestaltung des „Berlin- und Vertriebenenendenkmals“ beauftragt wurde, war der Paderborner Bildhauer Josefthomas Brinkschröder. Er hatte

¹⁸ Westfälisches Volksblatt vom 28. Oktober 1959.

¹⁹ Westfälisches Volksblatt vom 28. Oktober 1959.

zwischen 1934 und 1940 in Berlin gelebt und an der Hochschule für freie und angewandte Kunst in Berlin-Charlottenburg als Meisterschüler von Ludwig Gies studiert.²⁰ Somit gab es eine persönliche Verbindung zwischen dem Künstler und Berlin. Das Westfälische Volksblatt wies anlässlich der Einweihung des Gedenksteins darauf hin, man habe sogar in Erfahrung gebracht, dass Brinkschröder in Berlin den Spitznamen „Der Bär“ getragen habe und jetzt „der Paderborner ‘Bär’ einen Berliner Bären schaffen“ durfte.²¹ Wichtiger als dieser Bezug Brinkschröders zu Berlin wird für seine Beauftragung aber gewesen sein, dass er ein angesehener lokaler Künstler war, der bereits Kunstwerke für die Stadt geschaffen hatte, so z. B. für das Paderborner Rathaus das Geländer im Treppenhaus (1953), die drei Glasschliff-Fenster „Kaiser – Bischof – Hanse“ (1954) und die Türen des Hauptportals (1958). Insgesamt befinden sich in Paderborn 15 seiner Kunstwerke in öffentlichem Besitz. Mit Brinkschröder scheint die Stadt Paderborn also einen Künstler mit der Gestaltung des „Berlin- und Vertriebenenkmals“ beauftragt zu haben, mit dem man in der Vergangenheit positive Erfahrungen gemacht hatte und der als ortsansässiger Künstler der vornehmlich regionalen Bedeutung des Projekts gerecht wurde.

Brinkschröders erste Entwürfe für den Gedenkstein fanden gleichwohl im Kultur Ausschuss der Stadt Paderborn keine Zustimmung. Auch Änderungsvorschläge stießen auf Ablehnung; es sollte „eine stilisierte Form“²² angestrebt werden. Bei der Wahl des Steins waren sich der Künstler und der Kulturausschuss ebenfalls uneins: Brinkschröders Modell sah einen harten Porphyr-Stein vor, wogegen sich der Kulturausschuss für eine „im Hinblick auf das Material [...] einfachere Lösung“²³ aussprach. Damit meinte man wohl einen weicheren Stein, dessen Bearbeitung weniger aufwendig und somit weniger teuer für den Stadthaushalt war. Schließlich wählte Brinkschröder einen rötlich schimmernden Quarzsandstein, ein weit verbreitetes und häufig als Werkstein verwendetes Material.

Der Gedenkstein in seiner realisierten Fassung ist ca. 2,50 m hoch und ca. 80 cm breit. Er zeichnet sich durch seine detaillierte Gestaltung aus. Die Form des Steins ist vom Adler, dem Symbol Deutschlands, bestimmt, der aber erst bei längerer Betrachtung erkennbar wird. Vor allem der Kopf des Vogels im oberen Teil mit seinem Schnabel und Auge, welches als Loch dargestellt ist, ist auszumachen. Im Zentrum des Steins befindet sich der Berliner Bär, der leicht erhobene Blick ist nach links gerichtet. Seine Figur ist aus dem Stein herausgearbeitet und nur durch einen nach oben offenen Kranz, welcher die Schwingen des Adlers andeutet und auch die Arme des Bären beinhaltet, verbunden. Der Bär steht auf einem Sockel, auf den in großen Buchstaben der

²⁰ Michael ASSMANN/Karl Josef SCHWIETERS, Art. Brinkschröder, Josefthomas, in: DIES./Friederike STEINMANN (Hg.), Paderborner Künstlerlexikon, Paderborn 1994, S. 40–44.

²¹ Westfälisches Volksblatt vom 26. Oktober 1960.

²² Kulturamtsprotokoll der Stadt Paderborn vom 1. Februar 1960, StadtA PB.

²³ Kulturamtsprotokoll der Stadt Paderborn vom 1. Februar 1960, StadtA PB.

Name „Berlin“ eingemeißelt ist. Links und rechts neben dem Bären befinden sich auf der Vorderseite Darstellungen von jeweils drei mit Namenszug gekennzeichneten Städten, deren Wahrzeichen in Form ihrer Kirchen abgebildet sind. Auf der linken Seite des Bären sind dies von oben nach unten Aachen, Köln und Paderborn. Auf der rechten Seite von unten nach oben Breslau, Danzig und Königsberg. Auf der Rückseite ist der Stein mit einer großen Zahl von stilisierten Menschen bedeckt, die sich um den Berliner Bären scharen, der im Zentrum der Versammelten steht.

Die Symbolik des Gedenksteins liegt auf mehreren Ebenen. Berlin wird in Form des Bären als das Zentrum Deutschlands dargestellt, ein Eindruck, der durch die Beschriftung des Sockels mit dem Berlin-Schriftzug noch verstärkt wird. Die Deutschen, dargestellt durch die Massen auf der Rückseite des Steins, sind eng mit dem Schicksal Berlins verknüpft bzw. nehmen Anteil daran. Auch die Wahl der Städte auf der Vorderseite ist keineswegs zufällig. Sie erinnert an die bereits erwähnte Bundesstraße 1, die von Aachen über Köln und Paderborn nach Berlin und weiter nach Königsberg führte. Die Städtesymbole zeichnen so entgegen dem Uhrzeigersinn diese Verbindung von West nach Ost nach. So gelingt es Brinkschröder auch, eine Verbindung zwischen Paderborn, Berlin und den ehemaligen deutschen Ostgebieten herzustellen. Die drei Städtesymbole auf der rechten Seite des Berliner Bären erfüllen weiterhin die Aufgabe des Gedenkens an das Schicksal der alten Ostgebiete und der Vertriebenen. Auffällig ist, dass bei der Wahl der Städtesymbole auf DDR-Städte verzichtet wurde. Möglicherweise spiegelt sich dieser Aspekt der deutschen Teilung aber bereits ausreichend in dem Gedenken an das zweigeteilte und besetzte Berlin.

Der „Berlin- und Vertriebenengedenkstein“ wurde in der Herbstliboriwoche 1960 feierlich enthüllt. Der Termin der Enthüllung entsprach dem Antrag Schwarzes im Rat der Stadt, war jedoch, wie bereits erwähnt, nicht unumstritten. Und tatsächlich hätten die jährlich stattfindenden Gedenkfeiern zum 17. Juni 1953, dem „Tag der deutschen Einheit“, einen nahe liegenden Termin für die Einweihung geboten. Gab es bis 1956 zunächst kaum Berichte über Aktivitäten zum 17. Juni in Paderborn, nahmen die Berichte über Gedenkfeiern ab 1956 durch Verbände und Parteien wie „Kolping“ und die „Junge Union“ zu.²⁴ Seit 1958 wurde dieser Tag alljährlich mit einer großen überparteilichen Kundgebung vor dem Paderborner Rathaus begangen, die jedes Jahr mit viel Aufwand im Kulturausschuss der Stadt geplant wurde. Im Jahre 1960 wurde z. B. ein Theaterstück mit dem vielsagenden Titel „Romeo und Julia in Berlin“ aufgeführt. Der 17. Juni als Einweihungstermin für ein Berlin-Denkmal war so nahe liegend, dass das Westfälische Volksblatt in seiner Ausgabe vom 7. Juni 1960 fälschlicherweise die Enthüllung des Steins für eben jenes Datum ankündigte.²⁵ Auf dem Foto, das die Zeitung zu dieser Ankündigung abdruckte, ist der noch unvollendete Stein zu sehen. Als

²⁴ Westfälisches Volksblatt jeweils die Ausgaben des 16.–18. Juni in den Jahren 1953–1960.

²⁵ Westfälisches Volksblatt vom 7. Juni 1960.

Grund dafür, dass der Stein nicht am 17. Juni 1960 eingeweiht wurde, ist anzunehmen, dass er nach den Querelen zwischen Kulturausschuss und Künstler einfach nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte. Allerdings finden sich in den Protokollen der entsprechenden Ausschüsse keine Hinweise darauf, dass der Rat der Stadt Paderborn jemals von den Vorschlägen des Rats Herrn Schwarze, den Stein in der Herbstliboriwoche zu enthüllen, abgerückt war.

Beim Westfälischen Volksblatt tat man sich auch vier Monate später, zur tatsächlichen Aufstellung des Gedenksteins noch schwer, einen Bezug zwischen Herbstlibori und dem Berlin-Gedenkstein herzustellen: „Herbst-Libori, das seinen Ausgang genommen hat von der kirchlichen Feier der Rückführung der vom Tollen Christian geraubten Gebeine des Hl. Liborius (1627), die später mit einem Jahrmarkt verbunden wurde, ist ein Heimat- und Volksfest. Weil dies so ist, könnte man auf den ersten Blick glauben, die Enthüllung eines Berlin-Gedenksteines sprengte den Rahmen dieser Festwoche; in Wirklichkeit aber verträgt sich der künstlerische Wegweiser sehr wohl mit der Tradition unseres kirchlich-weltlichen Volksfestes; denn dieser Stein erinnert uns daran, daß in Berlin auch die Freiheit unserer Heimat auf dem Spiel steht, einer Freiheit, die jeder Landschaft ihre Eigenart läßt und in der allein religiöses Brauchtum und die reine Daseinsfreude am Jahrmarkt zusammenklingen können.“²⁶

Dieser missglückte Versuch, eine Verknüpfung zwischen Herbstlibori und der Errichtung des Berlin- und Vertriebenengedenksteins zu konstruieren, zeigt, dass es



Einweihung, rechts: Bürgermeister Christoph Tölle, 1960.
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Mietusch

höchstwahrscheinlich keine echte Verbindung gab. Somit scheint der Tag der Einweihung, der 25. Oktober 1960, zufällig und in keinem kausalen Zusammenhang mit einem konkreten politischen Ereignis zu stehen. Dennoch wurde der Gedenkstein in einer größeren Zeremonie feierlich enthüllt, die ein großes Echo in der Regionalpresse fand. So berichteten die Westfalenpost und das Westfälische Volksblatt in ihren Ausgaben vom 26. Oktober in halbseitigen Artikeln über die Geschehnisse. Bei der Enthüllung waren u. a. die Mitglieder des Rates, des Kulturausschusses, zahlreiche Vertreter der Vertriebenenverbände und des Berliner Vereins sowie mehrere Schulklassen anwesend. Bürgermeister Tölle hielt eine „kurze festliche Ansprache, die spürbar durchdrungen war von jener warmen und tiefen Sympathie, die uns alle im Hinblick auf das ‘Schicksal Berlin’ bewegt.“²⁷ Tölle betonte dabei besonders die Bedeutung des Detmolder Tores als Ausfallstraße in Richtung Berlin und knüpfte so eine Verbindung zwischen Paderborn und der alten Reichshauptstadt. Er erinnerte an die harte Zeit der Berlin-Blockade und die große Bedeutung Berlins im zweigeteilten Deutschland. Abschließend brachte Tölle die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Zeit nicht mehr fern sei, da Berlin wieder Hauptstadt eines einigen, in Freiheit lebenden Deutschlands sei.²⁸ Vor der Enthüllung durch Bürgermeister Tölle war der Stein mit der Flagge der Bundesrepublik Deutschland bedeckt gewesen. Zum Abschluss der Zeremonie sang man dann gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandliedes. Sowohl diese Symbolik als auch der Inhalt der Rede zeigen, dass die Einweihung des Berlin-Gedenksteins mehr als nur ein Zeichen der Verbundenheit mit der zweigeteilten Stadt war. Es scheint auch eine Feier der Bundesrepublik Deutschland und des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses in Abgrenzung zur DDR gewesen zu sein.

Neben der Einweihung des Gedenksteins fanden 1960 in Paderborn noch einige andere Aktionen zum Thema „Berlin“ statt. So standen die Paderborner Kulturtag im Frühjahr 1960 unter dem Motto „Paderborn sieht Berlin“. Der Kump widmete den Kulturtagen und Berlin seine Novemberausgabe, in der z. B. der Berliner Autor Hans Scholz über die Lesung aus seinen Büchern „Am grünen Strand der Spree“ und „Berlin, jetzt freue dich“ berichtete.²⁹ In einem anderen Bericht beschreibt Professor Otto Wahrlich seine Eindrücke von Paderborn, die er im Rahmen seines Vortrags über „Geist, Witz und Herz des Berliners im Spiegel der Berliner Literatur“ während der Kulturtag gehabt habe.³⁰ Die Titelseite der Ausgabe ziert eine Zeichnung von Brinkschröders Berlin-Gedenkstein. Weiterhin wurde 1960 die „Londoner Straße“ in Schloss Neuhaus in „Berliner Straße“ umbenannt, was 1976 allerdings wieder rückgän-

²⁷ Westfälisches Volksblatt vom 26. Oktober 1960.

²⁸ Westfalenpost vom 26. Oktober 1960.

²⁹ Hans SCHOLZ, Paderborn – mit Berliner Augen gesehen, in: Der Kump: Paderborner Monatsschau 7, 11/1960, S. 2f.

³⁰ Otto WAHRLICH, Erinnerungen an Paderborn, mit Johannisbeersaft, in: Der Kump: Paderborner Monatsschau 7, 11/1960, S. 4f.

gig gemacht wurde. Da gab es aber in Paderborn bereits den „Berliner Ring“ (1966), der diesen Namen bis heute trägt. Die Straßenumbenennung geht möglicherweise auf den Vorschlag des Rats Herrn Schwarze zurück, der diesen bei seinem Antrag zum Berlin-Gedenkstein unterbreitete.³¹ Auf die Spende an das Kinderhilfswerk Berlin und die seit 1958 alljährlichen stattfindenden großen Kundgebungen zum 17. Juni 1953 wurde bereits eingegangen. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn keine einmalige Aktion darstellte, sondern das Thema Berlin in Paderborn auch sonst eine gewisse Rolle spielte.

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn in ihrem historischen Kontext

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn ist im historischen Kontext der deutschen Teilung und des 17. Juni 1953 zu sehen. Dass dieses Datum eng mit dem Gedenken an Berlin verknüpft war, zeigt bereits die Tatsache, dass das Westfälische Volksblatt die Errichtung des Paderborner Gedenksteins fälschlicherweise für den 17. Juni 1960 angekündigt hatte.³² Demnach scheint die Bedeutung des 17. Juni 1953 in den 1950er und frühen 1960er Jahren für die Bundesrepublik über die Bedeutung der Ereignisse des niedergeschlagenen Aufstandes hinauszugehen. Kurz skizziert war der Verlauf des Aufstandes folgender: Am 16. Juni 1953 protestierten einige hundert Bauarbeiter in Ostberlin gegen den „Neuen Kurs“ der SED, der für sie eine Erhöhung der Arbeitsnormen bei gleich bleibendem Lohn vorsah. Der Protestzug in das Regierungsviertel schwoll schnell an und Streiks breiteten sich zunächst in Berlin aus. Am 17. Juni 1953 brach ein Aufstand in der gesamten DDR als Folge von lange aufgestauter Unzufriedenheit mit dem Regime aus. Der Aufstand, an dem sich nach verschiedenen Quellen bis zu einer Millionen Menschen beteiligt haben sollen, wurde von der Roten Armee und der Volkspolizei der DDR blutig niedergeschlagen.³³

Die unmittelbaren und zeitnahen Reaktionen in der Bundesrepublik auf den Aufstand sind ebenso wie die vielschichtigen Nuancen, mit denen der 17. Juni in der Folgezeit geschichtspolitisch bedeutsam wurde, ein Thema für sich. In Zeitungsartikeln aus den Tagen, die dem 17. Juni 1953 folgten, wurden die Ereignisse etwa mit dem Sturm auf die Bastille 1789 in Beziehung gesetzt: in beiden Fällen sei das Streben des Volkes nach Freiheit zum Ausdruck gekommen.³⁴ So boten die dramatischen Ereignisse des 17. Juni 1953 denn auch eine wichtige Legitimation für den westdeutschen Teil-

³¹ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

³² Westfälisches Volksblatt vom 7. Juni 1960.

³³ Einen guten Überblick über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen sowie viel Archivmaterial zum 17. Juni 1953 bietet die von der Bundeszentrale für politische Bildung/bph, dem DeutschlandRadio und dem Zentrum für zeithistorische Forschung, Potsdam e. V. zum 50. Jahrestag des Aufstandes eingerichtete Homepage: www.17juni53.de.

³⁴ Edgar WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 388.

staat, der bis dato kaum an Traditionen anknüpfen konnte. Bereits am 3. Juli 1953 beschloss der Bundestag die Einführung eines Feiertags zum Gedenken an den Juni-Aufstand in der DDR, den „Tag der deutschen Einheit.“ Alle Parteien im Bundestag bis auf die Kommunisten stimmten für dieses Gesetz, allerdings hatten die politischen Richtungen durchaus verschiedene Deutungsmuster der Ereignisse.³⁵

Die SPD sah den 17. Juni als Aufstand der Arbeiterklasse, der sich nicht nur gegen die politische Führungsspitze der DDR gerichtet habe, sondern auch als Auflehnung gegen Konrad Adenauers Politik der Westintegration zu verstehen sei. Diese Sichtweise manifestierte sich in den Diskussionen um die Wiederbewaffnung, um den Vertrag über die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ sowie um die Ablehnung der Stalin-Note vom März 1952 durch die Regierung Adenauer. Durch den Aufstand sah sich die SPD in ihrem Kurs, der Wiedervereinigung Deutschlands höchste Priorität einzuräumen, bestätigt.

Die Liberalen dagegen sahen den Aufstand als Erbe des freiheitlich-demokratischen Nationalverständnisses der Revolution von 1848. In ihren frühen Gedenkfeiern zum 17. Juni versuchten Vertreter der FDP gar die germanisch-protestantische Leitvorstellung des Kaiserreiches wieder zu beleben, indem man nächtliche Großkundgebungen am Denkmal Hermann des Cheruskers abhielt. In den Augen der FDP handelte es sich beim 17. Juni 1953 nicht um einen Arbeiteraufstand, sondern um eine echte Volkserhebung.

Der in der öffentlichen Meinung verbreitete Antikommunismus jener Jahre erhielt durch die Ereignisse neue Nahrung. Bundeskanzler Konrad Adenauer und weite Teile der CDU sahen sich in ihrem Kurs der Westintegration bestätigt und trieben diese weiter voran. Sie deuteten den 17. Juni 1953 als eine Art nachgeholte bürgerliche Revolution. Die CDU war gleichsam der politische Gewinner des Aufstandes, wie in den Ergebnissen der stark unter dem Eindruck der Ereignisse des 17. Junis stehenden Wahlen zum 2. Bundestag vom September 1953 deutlich wurde. Die Partei von Bundeskanzler Adenauer legte um fast 15% zu (1949: 31%; 1953: 45,2%) und gewann die absolute Mehrheit der Sitze, während die Stimmen der SPD fast unverändert knapp unter 30% lagen und die Liberalen 2,5 Prozentpunkte verloren, d. h. lediglich auf 9,5% der Stimmen kamen.

Ein Ergebnis des Aufstandes vom 17. Juni 1953 war, dass der antikommunistische Grundkonsens in der Bundesrepublik gefestigt wurde und den nationalen Grundkonsens ablöste, was zur Festigung des „Provisoriums Bundesrepublik“ führte.³⁶ In den 1950er Jahren stand der 17. Juni 1953 für dreierlei: zunächst vor allem für die geschichtliche Rehabilitation der deutschen Nation, sodann für das von den Alliierten verordnete und den Deutschen erlittene ‘Unrecht’ der Spaltung des Bismarckreiches

³⁵ Die verschiedenen Deutungsmuster des 17. Juni 1953 bei WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 390–395.

³⁶ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 395.

und schließlich, gemeinsam mit dem 20. Juni 1944, als Beweis für die antiautoritäre Gesinnung der Deutschen.³⁷

Mit dem Scheitern der Berliner Vierer-Konferenz zur Deutschlandfrage 1954 wurde mehr und mehr deutlich, dass die durch den 17. Juni geschürte Hoffnung einer baldigen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eine trügerische gewesen war. Als Reaktion darauf wurde 1954 das überparteiliche Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ gegründet, dessen Ziel es nach den Vorstellungen des Initiators Jakob Kaiser war, eine „Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ zu sein und der auf ganzjährige plebiszitäre Aktivitäten setzte.³⁸ Das Kuratorium war von großer Bedeutung für die Inszenierung des Gedenkens an den 17. Juni 1953;³⁹ es war in den 1950/60er Jahren in fast jeder mittleren oder größeren Gemeinde vertreten. In Paderborn war 1962 die Gründung eines Ortskuratoriums als Reaktion auf den Schock des Mauerbaus geplant. In der Einladung zum Gründungstreffen heißt es im Kump: „Gerade nach dem 13. August 1961 ist es wichtig, die Aufgabe des Kuratoriums, ‘den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken’, durchzuführen. [...] Gerade jetzt im Schatten der Mauer muß alles getan werden, um eine Erstarrung der gegenwärtigen Teilung und die Festigung des kommunistischen Imperialismus in Deutschland zu verhindern.“⁴⁰ Und in der Warte heißt es zur Gründung des Ortskuratoriums: „Jede Möglichkeit, dem Ziel der Wiedervereinigung einen Schritt näherzukommen, muß genutzt werden, auch wenn diese Möglichkeit noch so klein ist.“⁴¹

In beiden Ankündigungen scheint eine gewisse Hoffnungslosigkeit betreffend des Zieles der Wiedervereinigung durch – sie klingen wie Durchhalteparolen in einem längst verlorenen Kampf. Es blieb bei diesen Ankündigungen der Gründung: das Paderborner Ortskuratorium „Unteilbares Deutschland“ wurde erst 1982 gegründet, zu einem Zeitpunkt, als die Bedeutung des Vereins längst nicht mehr die war wie in den 1950/60er Jahren. Denn mit dem Mauerbau und der damit verbundenen Zementierung der deutschen Teilung erlebte das Kuratorium zwar noch einmal einen großen Zulauf und war 1962 auf dem Höhepunkt seines Einflusses, spätestens aber mit der neuen Ostpolitik Brandts und der Anerkennung der DDR verlor es rapide an Bedeutung.

Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ war zwar überparteilich, galt aber im Wesentlichen als Sammelbecken der deutschlandpolitischen Feinde Adenauers oder

³⁷ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 403.

³⁸ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 397.

³⁹ Z. B. gab es eine große Plakataktion, die unter der Schlagzeile „17. Juni“ einen in Stacheldraht gefangenen stilisierten Menschen mit um Hilfe rufenden, erhobenen Armen zeigt. In der Fußzeile des Plakats steht der Name des Vereins, „Unteilbares Deutschland“, vgl. www.hdg.de/final/deu/page151.htm.

⁴⁰ Jan Jürgen BEEKING, *Unteilbares Deutschland*, in: *Der Kump. Paderborner Monatsschau* 9, 6/1962, S. 14–15.

⁴¹ *Unteilbares Deutschland* in: *Die Warte* 7, 1962, S. 110.

auch als „linker“ Verein.⁴² Wolfrum unterscheidet drei Stoßrichtungen der Aktivitäten des Kuratoriums: „die Gestaltung sozialer Räume durch historische Orientierungszeichen; virtuelle nationale Vergemeinschaftung durch symbolische Politik; und Lebendighalten nationaler Gedächtnisorte.“⁴³ Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn lässt sich der ersten Kategorie zuordnen. Es handelte sich dabei um keinen Einzelfall, sondern es wurden Hunderte von Mahnmalen und Gedenksteinen in ganz Deutschland aufgestellt. Wie auch in Paderborn wurden Straßen auf Initiative des Kuratoriums umbenannt (das berühmteste Beispiel ist die „Straße des 17. Juni“ in Berlin). Auch Berlin-Wochen, wie sie im Frühling 1960 in Paderborn stattgefunden haben, waren an der Tagesordnung. So berichtete das Westfälische Volksblatt in der gleichen Woche, in der in Paderborn die Errichtung des Gedenksteins vorgenommen wurde in einem längeren Artikel mit dem Titel „In Wien drehte sich alles um Berlin“ über eine Berlin-Woche in der österreichischen Hauptstadt, an der auch Berlins regierender Bürgermeister Willy Brandt teilnahm.⁴⁴ Dies zeigt, dass die Veranstaltungen und Solidaritätsbekundungen für Berlin sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgingen. Im Vergleich mit der Woche in Wien war die Errichtung des Gedenksteins in Paderborn nur von regionaler Bedeutung, brachte aber ähnliche Mahnungen und Hoffnungen zum Ausdruck. So heißt es wörtlich: „Bei allen Bemühungen, den Wienern die besondere Lage Berlins vor Augen zu führen, waren die Vertreter des Westberliner Senates bestrebt zu vermeiden, daß bei ihren Gesprächspartnern der Eindruck entsteht, daß Berlin eine Sache für sich und ein isoliertes und lokales Problem sei. Es ging ihnen darum darzutun, daß die Berlin-Frage gleichbedeutend mit der Deutschlandfrage ist, und daß Berlin für das Prinzip der Freiheit und der Selbstbestimmung steht.“⁴⁵

Insgesamt war die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn also in vielerlei Hinsicht typisch für die Aktivitäten des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“. Auch die Tatsache, dass der Antrag auf die Errichtung eines Berlingedenksteines in Paderborn aus der SPD-Fraktion kam, passt in das Bild des Kuratoriums. Wie erwähnt sammelten sich in dem Verein diejenigen, die das Ziel der Wiedervereinigung über das Ziel der Westintegration stellten oder diese gar als kontraproduktiv für eine schnelle Lösung der deutschen Frage ansahen. Bis 1960 war dies die offizielle Position der SPD.⁴⁶ Somit verwundert es nicht, dass Aloys Schwarze, der den Antrag auf die Er-

⁴² WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 397.

⁴³ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 398.

⁴⁴ Westfälisches Volksblatt vom 20. Oktober 1960.

⁴⁵ Westfälisches Volksblatt vom 20. Oktober 1960.

⁴⁶ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 402, datiert die Abkehr von dieser Politik und die endgültige Akzeptanz der Westbindung der Bundesrepublik auf eine Bundestagsrede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960.

richtung des Paderborner Berlin-Gedenksteins gestellt hatte, der SPD angehörte.⁴⁷ Mit der politischen und religiösen Ausrichtung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ lässt sich möglicherweise auch erklären, warum in Paderborn bis 1982 nie ein Ortskuratorium gegründet wurde. Erstens war Paderborn politisch eine Hochburg der CDU, in der es ein SPD-naher Verein wie das Kuratorium traditionell schwer gehabt haben dürfte. Zweitens war der überwiegende Anteil der Paderborner Bevölkerung katholisch, und das Kuratorium war stark von protestantischen Kreisen beeinflusst, die danach trachteten, die „Ersatzlösung Bundesrepublik“ zu überwinden und die „unter kommunistischem Terror gehaltenen Deutschen Protestanten“ zu befreien.⁴⁸ Insgesamt bot Paderborn also denkbar schlechte Bedingungen für das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, so dass es zur Zeit seiner politischen Blüte nicht zu einer Gründung eines Ortskuratoriums kam.

Mit dem Mauerbau 1961 änderte sich auch die Wahrnehmung des 17. Juni 1953, der nun zusehends als „gescheiterte Revolution“ gesehen wurde. Mit der zunehmenden Festigung der deutschen Teilung und mehr noch mit deren Anerkennung durch die neue Ostpolitik Willy Brandts änderte sich auch die Rolle des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, das zwar weiterhin bestand, aber politisch rapide an Bedeutung verlor.⁴⁹ Zur Zeit der Planung und der Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn 1959/60 war die politische Konstellation aber noch relativ ungebrochen die der 1950er Jahre.

Resümee

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn war keineswegs ein singuläres Ereignis, sondern war Teil einer bundesweit angelegten Kampagne, die es sich zum Ziel gemacht hatte, das Gedenken an Berlin und den verlorenen Nationalstaat aufrechtzuerhalten, und so das Ziel der Wiedervereinigung lebendig zu halten. Wirklich erfassen kann man die Bedeutung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn also erst aus der bundes- und deutschlandpolitischen Lage der 1950er Jahre heraus, insbesondere im Zusammenhang mit dem Wirken des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland.“ In dem Prozess seiner Entstehung bietet der Berlin-Gedenkstein in Paderborn viel Typisches für das Wirken des Kuratoriums, so z. B. die Art des Gedenkens mit Mahnmahl, einer Straßenumbenennung und Kulturtagen unter dem Motto Berlin. Es lassen sich auch durchaus regionale Besonderheiten erkennen, wie z. B. die Einweihung des Steins wäh-

⁴⁷ Leider ließ sich nicht feststellen, ob Schwarze selbst Mitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ war oder ob er an der geplanten Gründung des Paderborner Ortskuratoriums beteiligt war. Dass er zumindest den Zielen des Kuratoriums zugeneigt war, ist aber anzunehmen.

⁴⁸ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 399.

⁴⁹ Zur weiteren Entwicklung der Wahrnehmung des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik siehe WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 403–411.

rend des für Paderborn nach Libori zweitwichtigsten Jahresfesthöhepunktes, des Kleinlibori-Festes, oder die marginale Bedeutung des Kuratoriums in Paderborn.

Bei der Planung des Gedenksteins in Paderborn ist ein sichtbares Bemühen um einen Bezug zu Berlin zu erkennen. Beispiele dafür sind der Standort am Detmolder Tor, möglicherweise der beauftragte Künstler und die Paderborner Kulturtage mit ihren Berliner Gästen. Insgesamt aber scheinen pragmatische Überlegungen überwogen zu haben, insbesondere wenn es um finanzielle Fragen ging. Symptomatisch dafür ist die Kombination des Denkmals mit dem Gedenken an das Schicksal der Ostvertriebenen oder die Kontroverse um die Gestaltung des Steines. Schließlich wird in zahlreichen Details erkennbar, dass Gedächtnis und Erinnerung stets „Konstruktion“ ist, wie die Formel, in Paderborn habe „der Paderborner ‘Bär’ einen Berliner Bären (ge)schaffen“, deutlich wird.

Architektur und Kunst in der Franziskanerprovinz Saxonía.

Ein Forschungsprojekt des Instituts für franziskanische Geschichte in Münster

von Roland Pieper und Jürgen Werinhard Einhorn OFM

Neuzeitliche Autoren sehen, in unterschiedlichen Akzentuierungen, in Franziskus von Assisi (1182–1226) einen Vorläufer der Reformation, den Bruder Immerfroh der Jugendbewegung, einen Sozialrevolutionär, einen Verbündeten im Ringen um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Leben und ursprüngliche Zielsetzung des Armen von Assisi durch historisch-kritisches Quellenstudium zu erforschen, ist als die sogenannte „Franziskanische Frage“ weithin noch offen. Verlässlicher zu beantworten ist die Frage, wie die franziskanische Bewegung in ihrer Geschichte die Impulse der Frühe verstanden, gelebt, modifiziert oder verworfen hat. Zu den heute noch greifbaren oder erschließbaren Zeugen dieser Geschichte gehören Architektur und Kunst. Diese zum Sprechen zu bringen, ist eine historisch-spirituelle Aufgabe.

1. Die Franziskanerprovinz und ihr Forschungsinstitut

Die Aussendung der Brüder nach Deutschland 1221 war umsichtig geplant, nach ersten Fehlschlägen zwei Jahre vorher¹. Vorbereitendes Training, Kontaktaufnahme mit Ortsbischof und Stadtreger wie auch Schwerpunktbildung führten 1222 zur Gründung erster Niederlassungen in Mainz, Worms und Köln (Rheinschiene), 1223

¹ Elm, Kaspar: *Sacrum commercium. Über Ankunft und Wirken der ersten Franziskaner in Deutschland*, in: Heinig, Paul-Joachim u. a. (Hg.), *Reich, Regionen und Europa in Mittelalter und Neuzeit. Festschrift für Peter Moraw*, Berlin 2000, S. 389–412.

(drei Jahre vor dem Tod des Franziskus) in Braunschweig, Hildesheim, Goslar, Halberstadt und Magdeburg, 1228 zur Einrichtung eines Studienhauses in Magdeburg, 1230 zur Errichtung der Provinz Saxonía, vor nunmehr gut 750 Jahren². Wahrscheinlich 1274 werden für die Saxonía zwölf organisatorisch-pastorale Unterbezirke festgeschrieben, die sogenannten Kustodien, benannt nach Zentralorten bzw. Regionen: Magdeburg, Halberstadt, Bremen, Lübeck, Stettin, Brandenburg, Thüringen, Leipzig, Meißen, Goldberg, Breslau, Preußen. Sie umfassen im 14. Jahrhundert insgesamt 87 Konvente. Vor der Reformation werden 116 Konvente gezählt, da die Reformbewegung der sogenannten Observanz unter strengerer Einhaltung des Armutsgebots zu Neugründung bzw. Umwidmung von Konventen führte.

Die Lage der Konvente heute

Die 21 Konvente der heutigen Sächsischen Ordensprovinz vom Hl. Kreuz liegen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin mit Schwerpunkt in Westfalen und Niedersachsen. Die Dezimierung sowie die Verteilung der Häuser spiegeln die Einwirkungen

² Schmies, Bernd: *Kirsten Rakemann, Spuren franziskanischer Geschichte. Chronologischer Abriss der Geschichte der Sächsischen Franziskanerprovinz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (Saxonía Franciscana Sonderband)*, Werl 1999, Übersichten S. 780f. mit Orts- und Literaturnachweisen sowie zwei Karten.

von Reformation und Gegenreformation sowie die des Zweiten Weltkriegs mit seinen politisch-territorialen Folgen. Auch Rückgänge in den personellen und wirtschaftlichen Ressourcen seit den siebziger Jahren haben zu der Notwendigkeit geführt, traditionelle Standorte aufzugeben.

Die alten Standorte Osnabrück, Hannover, Hamburg und Berlin konnten erst nach dem Krieg in neuen Häusern erneut besetzt werden, der alte Standort Neubrandenburg nach der Wiedervereinigung. Die Saxonien-Klöster der ehemaligen deutschen Ostgebiete gingen nach 1945 an die polnische Ordensprovinz, die Klöster auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik bildeten 1973 die „Föderation der Franziskaner in der DDR“, die 1991 mit der Saxonien vereinigt wurde.

Institutsgründung und Problemstellung

1988 gründete die Sächsische Ordensprovinz das „Institut für franziskanische Geschichte (Saxonien)“, abgekürzt IFG, mit dem Auftrag, eine Geschichte der Ordensprovinz zu erarbeiten. Diese Entscheidung war durch die Überzeugung bestimmt, dass es auch angesichts personeller und finanzieller Engpässe eine Verpflichtung gebe, sich um der Zukunft willen über die Vergangenheit Rechenschaft zu geben und an Quellen und Beständen zu sichern, was sonst verloren ginge: eine Art „historischer Umweltschutz“.

Dieses Vorhaben, die Geschichte der Saxonien von ihren Anfängen her aufzuarbeiten, sieht sich mehreren Problemen gegenüber. Die Erforschung kann sich grundsätzlich nicht auf die Bearbeitung der heute bestehenden Klöster beschränken, das heißt, sie muss nicht nur die Klöster der ehemaligen deutschen Ostgebiete einschließen, sondern auch die Klöster berücksichtigen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zum jeweiligen Territorium der historisch sich wandelnden Saxonien gehört

haben: im Rheinland und in Hessen. Von daher liegt eine Zusammenarbeit mit den anderen heutigen Ordensprovinzen in Deutschland nahe, der Colonia, der Thuringia und der Bavaria, auch wenn letztere territorial nicht betroffen ist. Alle jemals saxonischen Klöster zusammengenommen, handelt es sich für das 13. bis 20. Jahrhundert um etwa 200 unterschiedliche Gründungen (13.–15. Jh.: 120; 16.–20. Jh.: 85). Ihre Erforschung erscheint als eine personell und vom Zeitrahmen her kaum zu bewältigende Aufgabe.

Andererseits drängen Forscher in grenzübergreifender Kooperation zunehmend darauf, die Kontinuität der geopolitischen Räume angesichts der machtpolitisch verursachten Gegebenheiten im Ost-West-Verhältnis nicht zu übersehen. Zeit ist insofern im Verzuge, als die Wende in Deutschland den Zugang zu den franziskanischen Stätten der alten Saxonien erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht hat und nun eine Bestandsaufnahme der immerhin 45 (teil)erhaltenen Bauten (von insgesamt 70) angezeigt ist: Weder im Osten noch im Westen ist der erhaltene Denkmalbestand ausreichend bekannt. Anfragen zur Geschichte und zur ordensspezifischen Interpretation eines Standorts häufen sich in dem Maße, wie das Sensorium der lokal Kulturverantwortlichen wie der interessierten Bürger für die (politisch bewusst verschüttete Mittelalterhistorie) wächst.

Das Institut mit Sitz in Münster sucht sich den beschriebenen Erfordernissen zu stellen. Die Forschertätigkeit eigener Historiker und Kunsthistoriker früherer Jahrzehnte soll durch Kooperation heutiger Franziskaner mit Fachleuten, die selbst nicht dem Orden angehören, fortgeschrieben und intensiviert werden. Verantwortlicher Leiter ist Prof. Dr. Dieter Berg, im Hauptamt Universitätslehrer in Hannover, Mitarbeiter (mit insgesamt ca. 75 Stunden) sind Bernd Schmies als Geschäftsführer

und zwei bis vier fachlich ausgewiesene Mitarbeiter. Ein wissenschaftlicher Beirat von Ordensmitgliedern und von externen Hochschullehrern begleitet die Arbeit des Instituts.

Bei der provinzspezifischen Forschung werden „Bezüge zur Geschichte des Gesamtordens, zur allgemeinen Ordens- und Kirchengeschichte sowie zur Stadt- und Landesgeschichte der jeweils untersuchten geopolitischen Räume hergestellt“³. Zum Institut in den Räumen des Franziskanerklosters gehören eine Bibliothek sowie bibliographische und prosopographische Datenbestände mit insgesamt etwa 20.000 Titeln und ein Forschungsarchiv mit Originalen und Kopien aus relevanten Archiven. Gästen aus der Fachwelt wird die Mitnutzung der Bestände ermöglicht. Die Kooperation mit der Bischöflichen Diözesanbibliothek und der Universitäts- und Landesbibliothek Münster ist intensiv. Die Druckvorlagen für die Publikationen des Instituts werden im Hause erstellt; Werbung, Herstellung und Vertrieb erfolgen durch einen Verlag. Der Etat des Instituts ist in den Haushalt der Provinz eingestellt. Zur Drucklegung werden nach Möglichkeit externe Mittel eingeworben.

2. Das Projekt „Geschichte der Franziskanerprovinz Saxonía“

Eine Gesamtdarstellung der Provinzgeschichte ist durch vorab bereitgestellte Untersuchungen zu ausgewählten Standorten, Regionen und Themen nach Art von Modulen vorbereitet worden. In der Schriftenreihe „Saxonía Franciscana“ wurden in den Jahren 1992 bis 2001 zwölf Bände sowie der erwähnte Sonderband herausgegeben⁴. Neben den Konventen in Niedersachsen (Lüneburg, Göttingen, Osnabrück, Hildesheim, Hannover), Westfalen (Dortmund,

Münster, Paderborn), Sachsen-Anhalt (Halberstadt, Halle), Berlin/Brandenburg (Berlin)⁵ und Mecklenburg⁶ werden auch Themen wie „Bettelorden und Stadt“⁷ und „Könige, Landesherren und Bettelorden“⁸ behandelt. Zu den publizierten Arbeitsmitteln gehört eine Bibliographie zum franziskanischen Westfalen⁹. Im ersten Band von „Saxonía Franciscana. Beihefte“ wurden Lebensbilder Sächsischer Franziskanerprovinziale vom 13. bis zum 20. Jahrhundert vorgelegt („Management und Minoritas“, 2003). Zu diesen „Modulen“ soll als Sonderband zur Provinzgeschichte auch ein Bildband „Franziskaner zwischen Ostsee, Thüringer Wald und Erzgebirge“ gehören, verantwortet von den Autoren dieses Beitrags.

⁵ Neben dem Band 3: Berg, Dieter (Hg.): Franziskanisches Leben im Mittelalter. Studien zur Geschichte der rheinischen und sächsischen Ordensprovinzen, Werl 1994, mit Monographien zu Konventen, vgl. auch drei Einzeldarstellungen: Logemann, Silke: Die Franziskaner im mittelalterlichen Lüneburg (Bd. 7), Werl 1996; Schlothuber, Eva: Die Franziskaner in Göttingen. Die Geschichte des Klosters und seiner Bibliothek (Bd. 8), Werl 1996; Berg, Dieter (Hg.): Bürger, Bettelmönche und Bischöfe in Halberstadt. Studien zur Geschichte der Stadt, der Mendikanten und des Bistums vom Mittelalter bis zur frühen Neuzeit (Bd. 9), Werl 1997.

⁶ Ulpts, Ingo: Die Bettelorden in Mecklenburg. Ein Beitrag zur Geschichte der Franziskaner, Klarissen, Dominikaner und Augustiner-Eremiten im Mittelalter (Bd. 6), Werl 1995.

⁷ Berg, Dieter (Hg.): Bettelorden und Stadt. Bettelorden und städtisches Leben im Mittelalter und in der Neuzeit (Bd. 1), Werl 1992.

⁸ Berg, Dieter (Hg.): Könige, Landesherren und Bettelorden. Konflikt und Kooperation in West- und Mitteleuropa bis zur frühen Neuzeit (Bd. 10), Werl 1998.

⁹ Bibliographie zur Geschichte der sächsischen Franziskanerprovinzen 1: Franziskaner in Westfalen (Bd. 4), Werl 1994.

³ Zielsetzung des IFG gemäß Satzung.

⁴ Wie Anm. 2.

Die Provinzgeschichte selbst soll bis 2006 abgeschlossen sein und folgende fünf Bände umfassen:

1. Von den Anfängen bis zur Reformation
2. Von der Reformation bis zum Kulturkampf
3. Vom Kulturkampf bis zum Ende des 20. Jahrhunderts
4. Die Sächsischen Franziskaner und ihre Missionen von den Anfängen bis zur Gegenwart
5. Architektur und Kunst in der Sächsischen Franziskanerprovinz.

Die Bände behandeln Spiritualität und Selbstverständnis, Organisation und Kommunikation, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Observanz- und Unionsbestrebungen, Seelsorgefelder und -konzeptionen, Mission, Liturgie, Studien- und Schulwesen, Historiographie, Bibliotheken und literarisches wie künstlerisches Schaffen. Die etwa 30 Autorinnen und Autoren, fünf von ihnen aus dem Orden, sind auf dem jeweiligen Fachgebiet durch Publikationen ausgewiesen und erarbeiten ihre Beiträge auf der Basis von Werkverträgen.

Erstmals im Rahmen einer Provinzgeschichte soll den künstlerischen Erscheinungsformen des Franziskanischen ein vergleichsweise breiter Raum gegeben werden. Franziskus selbst hat sein „Porträt“ in seinen Segensspruch für Bruder Leo hineingezeichnet, eine Fensternische mit dem franziskanischen Tau-Zeichen (T) signiert, er war ein guter Sänger, Darsteller und Tänzer. „Anschaulichkeit“ kann als eines der Signa des Franziskanischen in Predigt, Schrifttum und eben auch visueller Darstellung gelten. Dem soll auf doppelte Weise nachgegangen werden. Dem oben bemerkten Interesse an franziskanischen Architektur- und Kunstzeugnissen speziell in den neuen Bundesländern soll durch den genannten Bildband Rechnung getragen werden. Die bei diesen Recherchen erhobenen

Architektur- und Ausstattungsbelege und gewonnenen Erkenntnisse sollen in einer wissenschaftlichen Monographie zu Architektur und Kunst versammelt werden und dabei den Bereich der ganzen Saxonía berücksichtigen.

3. Die wissenschaftliche Monographie

Der Band soll ein umfassendes Kompendium zu Architektur und Kunst in der gesamten Ordensprovinz in ihren heutigen Grenzen bilden. Dabei werden neben den bestehenden Zeugnissen auch solche Berücksichtigung finden, die untergegangen und nur aus älteren Bild- oder Schriftquellen zu erschließen sind. Es werden thematische Schwerpunkte in Aufsatzform von verschiedenen Autoren behandelt. Der Band wird durchgehend vor allem mit historischen Plänen und fotografischen Aufnahmen bebildert, fast ausschließlich schwarzweiß.

Eine wichtige Zielrichtung für die einzelnen Themenschwerpunkte wird sein, das Selbstverständnis des Ordens als Voraussetzung zur Schaffung von Kunst herauszuarbeiten. Der Liturgie der Bettelorden in ihrem Ursprung, aber auch im Wandel durch die Jahrhunderte wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt; die Bedeutung der Predigt – ihr pastoraler Rang und die Position des Predigtortes – steht hier an erster Stelle. Der schon in den historischen Bänden der Provinzgeschichte behandelte Aspekt wird auf einzelne Parameter geprüft, die allgemein zur Schaffung von Kunst, besonders aber für die Herausbildung künstlerischer Eigenarten und Besonderheiten des Ordens maßgeblich gewesen sein könnten.

Die Architektur der Sakralbauten

Die Kirche als Lebensmittelpunkt aller Ordensgemeinschaften wird besondere Berücksichtigung finden. In den bestehenden, besonders auch den bekannteren Beispielen

ist die Kirchenarchitektur der Franziskaner des Mittelalters bis zur Reformation jüngst ausgezeichnet dokumentiert worden¹⁰. Erweitert und bereichert wird die Darstellung um jene Bauten, von denen nur mehr Reste erhalten sind, sowie um gänzlich verschwundene Bauwerke. Ein weiteres Architekturkapitel erschließt die Bauten aus der Zeit der Gegenreformation bzw. der Katholischen Reform bis zur Säkularisation, die schwerpunktmäßig in Westfalen und dem Missionsgebiet in Niedersachsen liegen, dem alten Niederstift Münster. Ein dritter Abschnitt behandelt die Architektur der seit der Wiederzulassung von Ordensgemeinschaften 1843 gegründeten Niederlassungen und spannt den Bogen über die Zeit des Wiederaufbaus nach 1945 bis in die neueste Zeit, wo nach 1989 Ordensniederlassungen in den sozialen Brennpunkten von Plattenbausiedlungen in den Neuen Bundesländern gegründet wurden (Neubrandenburg), aber auch in der Zeit der Deutschen Demokratischen Republik unter Opfern aufrecht erhaltene Klöster durch die Übernahme sozialer Aufgaben neuen Aufschwung erhielten (Berlin-Pankow, Halberstadt). Wie wirkt sich das auf den Organismus „Kloster“ aus? Wie auf die Anlage und Gestaltung sakraler Räume?

Seit vielen Jahren setzt sich die Erkenntnis, dass Ordensbrüder auch im Mittelalter nicht in einem politischen Vakuum gehandelt haben, in der Forschung zunehmend durch¹¹. Und auch, dass die Architek-

tur mittelloser Ordensgemeinschaften davon nicht unbeeinflusst geblieben ist. Nicht zuletzt die Symbiose aus kirchlicher Ortsgewalt, Adel, Bürgergemeinschaften der Städte und handwerklich begabten wie zum Teil gelehrten Ordensbrüdern hat stringente architektonische Konzepte ins Leben gerufen, die in vielen Gegenden Deutschlands gleichsam Initialzündungen für bauliche Neuerungen bildeten. So wird die gotische Konstruktionstechnik konsequent zur Einsparung von Baumaterial und von Bauzeit angewendet und ermöglicht dabei zudem die Option, eine Kirche nachträglich mit verhältnismäßig wenig Aufwand erweitern zu können. Die zweischiffige Asymmetrie entstand nicht immer, aber oft erst durch Erweiterungen. Besonderheiten stellen auch die Langchöre der Kirchen zur Aufnahme des Chorgestühls dar. Dachwerke, die zwei oder drei hohe Hallenschiffe überspannen, bildeten neue, herausragende Konstruktionen im Bauen seit der Mitte des 13. Jahrhunderts. So führen die Bettelorden – gleichsam nebenbei – die Gotik in Deutschland stilistisch und konstruktiv in einer bereits reifen Stilstufe ein.

Die Untersuchung der Einzelformen soll dabei klären, wie dies geschah. Folgen Maßwerke, Portale, Kapitellplastik und Profile in der ganzen Ordensprovinz ähnlichen, verbindlichen Vorgaben? Gibt es nach Ausweis der Einzelformen andere Baugruppen als nach den Raumbildungen? Auch der Bauplastik, die sich weitgehend auf Kapitellen und Schlusssteinen sowie an Portalen findet, wird ein Kapitel mit stilisti-

¹⁰ Schenkluhn, Norbert: Architektur der Bettelorden. Die Baukunst der Dominikaner und Franziskaner in Europa, Darmstadt 2000.

¹¹ Zu den frühesten Untersuchungen gehören Freed, John B.: *The Friars and German Society in the Thirteenth Century*, Cambridge/Mass. 1977; und Hecker, Norbert: *Bettelorden und Bürgertum. Konflikt und Kooperation in deutschen Städten des Spätmittelalters*, Frankfurt/Main 1981. Für das Gebiet der Ordensprovinz Saxonia sind u. a.

zu nennen Vöckler, Matthias: *Die Stellung und Wirksamkeit der Bettelorden in Thüringen von 1224 bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts*, Diss. Jena 1987, und Pieper, Roland: *Die Kirchen der Bettelorden in Westfalen. Baukunst im Spannungsfeld zwischen Landespolitik, Stadt und Orden im 13. und frühen 14. Jahrhundert*, Werl 1993.

schen wie ikonographischen Analysen gewidmet.

Die Klosterarchitektur

Klosteranlagen sind Gesamtorganismen, für die sich mit dem Auftreten der Bettelorden in Mitteleuropa Baugewohnheiten, ja Standards durchgesetzt haben. Den Entwicklungslinien ist im Einzelnen nachzugehen und dabei die Frage zu berücksichtigen, inwieweit die Grundstückssituationen, die Einbindung der Anlagen in topographisch städtische Strukturen auf die Organisation von Klosteranlagen eingewirkt haben. Strukturen, die sich im Untersuchungsgebiet zum Teil vor dem Auftreten von Franziskanern bereits gebildet hatten, (beispielsweise in den größeren Städten Westfalens), zum Teil mit dem Auftreten entstanden (in zahlreichen Städten besonders in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und zum Teil auch in Sachsen) oder sich erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in aufgesiedelten Städten entwickelt haben (besonders in kleineren Städten Westfalens). Die Ergebnisse zahlreicher archäologischer Untersuchungen fließen ein, z. B. Lemgo und Zittau.

Dem strukturellen Teil folgen Einzeluntersuchungen. Zahlreiche Kreuzgänge sind noch ganz oder in weiten Teilen erhalten, aber auch Reste ergänzen das Bild von Entwicklungen und regionalen Besonderheiten. Auch von den Räumen der Klausuren sind gute Beispiele (oft mit wenigen späteren Umbauten) erhalten, insbesondere Sakristeien, Kapitelsäle, Krankenstuben, Wärmestuben und Speisesäle. Die Wohnbereiche dagegen sind fast immer mehrfach umgebaut und den wachsenden Bedürfnissen der Neuzeit angepasst worden (Stralsund), wenn sie überhaupt als solche erhalten sind. Vieles ist aber über Bauforschungen zu rekonstruieren, soweit sie bereits – meist im Vorfeld von Umbauten, Restaurierungen oder Umnutzungen – erfolgten,

oder über Planmaterialien aus Archiven. Besondere Aufmerksamkeit soll auch auf die Bibliotheksräume gelegt werden, von denen mehrere erhalten sind (u. a. Angermünde, Brandenburg). Die Wirtschaftsgebäude dagegen sind in der Regel nicht oder nur stark umgebaut erhalten; das gilt auch für Küchen und Wirtschaftsräume innerhalb der Klosterhauptgebäude. Einzelaspekte wie Dachwerke, Warmluftheizungen, Fußböden, Treppen u. v. m. finden ebenfalls Berücksichtigung.

Die Ausstattung der Kirchen und der Konventsgebäude

Der dritte große Abschnitt wird sich mit der Ausstattung der Konvente befassen, mit der wandfesten wie der beweglichen. Da gerade die Herkunft von Ausstattung wie Altären oder Kleinplastik oft nicht mehr genau nachzuvollziehen ist, Ausstattungsstücke vielfach auch nach Reformation und Säkularisation in einem neuen sakralen oder profanen (Museum, Privatbesitz) Kontext anzutreffen sind, wird die Ausstattung nach der Behandlung der Architektur in einem eigenen Abschnitt untersucht.

Dabei nahmen wandfeste Ausstattungen wie Lettner, Sakramentshaus und Heiliges Grab dennoch unmittelbar Verbindung mit der Architektur auf und waren im Falle des Lettners sogar Teil eines Raumnutzungskonzepts. Eine Verzahnung der Untersuchung mit dem Architekturteil Sakralbau ist hier nicht nur möglich, sondern unumgänglich. Auch Fensterverglasungen und Raumfassungen binden sich als Teile der Wände zwar stark an die Architektur, bilden aber besonders dort, wo ikonographische Programme erkennbar werden, zumindest eine Sinneinheit mit der weiteren Ausstattung eines Raumes. Dies gilt im weitesten Sinn auch für die Fußböden, wobei dem Bestattungswesen des Ordens (Grabplatten, Grabtuben u. ä.) an

dieser Stelle Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Der Predigtort als solcher ist schon im Architekturteil Untersuchungsgegenstand. Predigtstühle und Kanzeln sollen sowohl in ihrer Einbindung in die allgemeine Kunstgeschichte, als auch in ihren pastoral-funktionalen Besonderheiten (bewegliche Predigtstühle, Außenkanzeln) untersucht werden. Wenige Chorgestühle sind erhalten; berühmt ist das der Franziskaner-(Obermarkt-)Kirche in Görlitz. Auf die Musik und das Musikverständnis des Ordens werfen Kapitel zu Glocken und Orgeln Schlaglichter.

Die wohl umfassendsten ikonographischen Programme finden sich auf den Altären. Herausragende Beispiele mittelalterlicher Flügelaltäre sind erhalten – genannt seien nur die Altäre in der Pfarrkirche in Gransee und der in der Buchholzer Pfarrkirche erhaltene Altar aus der Franziskanerkirche in Annaberg. Besonders in Westfalen reicht hier die Kontinuität bis zur Säkularisation und weiter in das 19. und 20. Jahrhundert hinein. Neben einer Analyse der – nicht zuletzt speziell franziskanischen – Ikonographie sind stilistische Entwicklungslinien aufzuzeigen. Die selbständige Relief- und Vollplastik (ohne Bauplastik) einschließlich der Kleinplastik in ihren vielfältigen Aufgaben und Funktionen in Kirche, Kloster und Klostergelände (Vorplatz, Garten, Friedhof) ergänzt den Themenbereich.

Es schließen sich Kapitel zur Untersuchung der *Vasa Sacra*, zur Textilkunst (besonders Paramente), zur Kunst aus dem Bereich der Volksfrömmigkeit (z. B. *Arma Christi* bei Prozessionen, Fahnen), zur Graphik und bildlichen Buchkunst sowie zum Kunsthandwerk (z. B. Bucheinbände) an.

Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen das Material. Eine Karte soll die Architektur wie die außerhalb von ehemaligen und heutigen Franziskanerstandorten

erhaltene Ausstattung in ihrer geographischen Streuung veranschaulichen.

Noch ist unsere Autorengruppe klein. Kommt die hohe Wertschätzung klösterlicher Kunst und Kultur dem Forschungsvorhaben sehr entgegen, so läuft die derzeitige wirtschaftliche wie politische Situation einer stringenten und effizienten Durchführung konträr. Zahlreiche, besonders jüngere und junge Wissenschaftler werden zunehmend in die riskante Selbständigkeit abgedrängt, oft fernab ihrer eigentlichen Ausbildung. Etatkürzungen und Stellenstreichungen im Bereich der Universitäten und Hochschulen bedingen durch konstant steigende Arbeitsvolumina der Lehrenden, dass sie eigenen Forschungsprojekten kaum die erforderliche Aufmerksamkeit widmen können; für weitere Projekte bleibt wenig Zeit. Dennoch wird eine Hauptaufgabe in den nächsten zwei Jahren darin bestehen, qualifizierte Mitarbeiter für dieses interessante, weil in weiten Teilen unerforschte Gebiet der Architektur- und Kunstgeschichte zu gewinnen. Nicht zuletzt dieser Beitrag soll ein Anstoß dazu sein.

4. Der Bildband

Der Bildband, der das Gebiet der heutigen Neuen Bundesländer abdeckt, muss inhaltlich, sprachlich und im Layout seiner Doppelfunktion als Abbildungsteil zum wissenschaftlichen Band (erhaltene Denkmäler im heutigen Zustand) und als Einstieg für breite Interessentenkreise in das Thema „Architektur und Kunst der Franziskaner“ gerecht werden. Das Medium „Bild“ steht daher im Vordergrund, ausgehend von existenter Architektur und erhaltenen Zeugnissen der Kirchengestaltungen. Der Bildband erscheint daher weit vor dem wissenschaftlichen Band, ist eigenständig, in den Texten wissenschaftlichen Ansprüchen genügend und ausschließlich farbig, zum Teil großformatig bebildert.

Die regionale Beschränkung auf die Neuen Bundesländer mag zunächst verwundern, doch bilden sie mit Westfalen zusammen das Kerngebiet der Ordensprovinz seit dem 13. Jahrhundert. Die politisch-ideologische Ausrichtung der Deutschen Demokratischen Republik hat jedoch, wie oben angedeutet, das Bewusstsein nicht zuletzt für kirchliche Orden, besonders aber für den Zusammenhang zwischen Architektur, Kunst und Ordensspiritualität nahezu ausgelöscht. Umgekehrt sind die Zeugnisse der Orden auch in den Alten Ländern nur wenig bekannt. Hier bietet sich die Chance, kulturinteressierte Bevölkerungskreise in Ostdeutschland für ein neuartiges Thema zu sensibilisieren und zudem auch im Westen bislang fast unbekannte Objekte vorzustellen.

In einzelnen, in ihrer Länge am Umfang des Bestandes orientierten Abschnitten werden die Konvente in ihren Bauten, baulichen Resten und erhaltener Ausstattung vorgestellt, dem aktuellen Bezug gemäß nach Bundesländern gegliedert. Ein Einleitungsteil führt in die Geschichte des Franziskanerordens, seiner Zielsetzungen und seiner Ausbreitung ein, ein Schlussteil fasst in aller Kürze das Material nach thematischen Schwerpunkten zusammen und fügt

eine Würdigung an. Ein Glossar der Fachausdrücke, eine knappe Auswahl weiterführender Literatur zum Orden, seiner Geschichte und seiner Kunst sowie eine Karte mit der Verzeichnung der behandelten Bausubstanz und Ausstattung runden den Band im Blick auf den interessierten Laien, aber auch für den „Klostertouristen“ ab. Doppelungen mit der späteren wissenschaftlichen Monographie können so vermieden werden.

Die beiden Autoren haben in den Sommermonaten 2001 bis 2003 das gesamte Gebiet bereist. Architektur und Ausstattung wurden auf Diamaterial mit Architekturkameras im Mittelformat, mit einer Panoramakamera mit Rotationsoptik sowie mit Kleinbildkameras in kennzeichnender Bildwahl und ausgezeichneter Qualität fotografiert. Aus etwa 1500 druckfähigen Aufnahmen kann eine enge Auswahl getroffen werden. Nicht zuletzt im Hinblick auf den wissenschaftlichen Band wurden in Museen, Archiven und im Gespräch mit den Menschen vor Ort Material und Informationen gesammelt, die bislang häufig über Publikationen nicht zugänglich sind. Die Fertigstellung des Manuskripts ist für den Sommer/Herbst 2004 geplant, der Druck soll sich unmittelbar anschließen.

Language of Religion – Language of the People

Judaism, medieval Christianity and Islam

Internationale Tagung des IEMAN vom 5. bis 9. Juli 2003 in Paderborn

von *Claudia Weskamp*

Konzeptionen wie „der lateinische Westen“ oder „das christliche Abendland“ sind in vielen Lebensbereichen, wie Politik, Wissenschaft und Alltag, seit langem weit verbreitet. Dieser Umstand zeigt, wie tief die Bedeutung von Sprache und Religion für die kulturelle Ausgestaltung Europas im allgemeinen Bewusstsein verwurzelt ist. In

neuerer Zeit nimmt daneben das Bewusstsein zu, dass die kulturelle Konstituierung Europas nicht monokausal erklärt werden kann, sondern Ergebnis eines langfristigen Zusammenwirkens verschiedener sprachlicher, kultureller und religiöser Einflüsse ist.

In den für Europa zentralen Kulturgemeinschaften Judentum, Christentum



Empfang der Tagungsteilnehmer durch den Bürgermeister der Stadt Paderborn Heinz Paus

und Islam bildet Sprache eine grundlegende Kategorie. Alle drei Religionen halten ihr Verhältnis zu dem einen Gott schriftlich fest. Die vielschichtige Beziehung zwischen Sprache und Religion zeigt sich allerdings nicht nur in religiösen Texten, sondern erweist sich als grundlegender Faktor bei der kulturellen Entwicklung Europas insgesamt.

„Language of Religion – Language of the People. Judaism, medieval Christianity and Islam“ lautete der Titel einer internationalen Tagung, die vom Paderborner Institut zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens (IEMAN) organisiert wurde. Mehr als 40 Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen aus fünfzehn Nationen begegneten sich vom 5. bis 9. Juli 2003 in Paderborn zum interdisziplinären Austausch. Michael Richter (Konstanz) und David Wasserstein (Tel

Aviv/Jerusalem) veranstalteten diese Tagung mit den Direktoren des IEMAN, Ernst Bremer und Jörg Jarnut. Finanziell unterstützt wurde dieses Forschungsunternehmen von der Gerda-Henkel-Stiftung Düsseldorf.

Die räumlichen und zeitlichen Koordinaten, innerhalb derer die Tagungsteilnehmer das Verhältnis von Religion und Sprache bei der kulturellen Ausgestaltung Europas untersuchten, waren weit gesteckt. Zeitlich reichte der Horizont von der Spätantike bis zum ausgehenden Mittelalter, räumlich von den britischen Inseln bis Ägypten und von Spanien bis Israel, einschließlich Mittel- und Osteuropas. Besonders intensiv wurden dabei von den Vortragenden das muslimisch beherrschte Spanien (*al-Andalus*) und die britischen Inseln behandelt.

Im einleitenden Vortrag legte **Michael**

Richter (Konstanz) die Ursprünge und Entwicklungen der Sakralsprachen Latein, Hebräisch und Griechisch in Spätantike und Frühmittelalter dar. Im Fall von *al-Andalus* zeigte **Roger Wright** (Liverpool) auf, dass das bis in die jüngste Gegenwart verbreitete Bild eines „muslimischen Spaniens“ revidiert werden müsse zugunsten eines „multikulturellen Spaniens“, in dem aufgrund verbreiteter Bilingualität weder Religion noch Sprache grundlegende Faktoren für die Identifikation gewesen zu sein scheinen. Zudem seien Konflikte zwischen verschiedenen christlichen bzw. muslimischen Gruppen einschneidender gewesen als zwischen Christen und Moslems. Weitere Vortragende unterstützten diese Position, wie **Cleophea Ferrari-La Roche** (Erlangen), die die christlich-arabischen Lehrtraditionen im Mittelalter untersuchte und auf die vielfältige Rezeption, Übersetzung und Kommentierung von Texten der jeweils anderen Religionsgemeinschaft hinwies. **Hanna E. Kassis** (Vancouver, BC) verdeutlichte, dass der Islam die einzige Religion ist, die in ihrer heiligen Schrift ausdrücklich die Sprache ihrer Verkündigung benennt. Was bedeutete dieser Umstand für die arabischsprachigen Christen und Juden im muslimisch beherrschten Spanien, die Arabisch ebenso als Sprache ihrer religiösen Verkündigung verwandten? Die Vortragende sieht gelegentliche Konflikte aber eine überwiegende Koexistenz der verschiedenen religiösen Gruppen.

Einige Vorträge widmeten sich speziell der Problematik der Übersetzung. So untersuchte **Charles Burnett** (London) die religiösen und kulturellen Bezüge in wissenschaftlichen Übersetzungen vom Arabischen ins Lateinische. **Jonathan P. Decter** (Brandeis, MA) beschäftigte sich mit der Übersetzung arabischer Texte ins Hebräische und dem jeweiligen Umgang mit islamischen Konzepten und Zitaten aus dem Koran. **Mayte Penelas** (Granada) zeigte

auf, dass vor allem biblische Texte vom Lateinischen ins Arabische übersetzt wurden. Akkulturation im Fall der Christen in *al-Andalus* bedeutete zunehmende Arabischsprachigkeit. Die Vortragende untersuchte diesen Akkulturationsprozess anhand eines arabischsprachigen christlichen Textes des 9./10. Jahrhunderts aus *al-Andalus*.

Die Bedeutung von Eigen- und Fremdwahrnehmung lotete **Esperanza Alfonso** (Madison, WI) in ihrem Vortrag zur Darstellung des Islam in der mittelalterlichen hebräischen Dichtung und Exegese aus. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war die unterschiedliche Auslegung des alttestamentarischen Berichts um Abraham, Sarah, Hagar und Ismael. **Svetlana Luchitskaja** (Moskau) legte dar, welche Bedeutung die Auseinandersetzung des Christentums mit der muslimischen Bewertung von Sakralbildern für die Ausbildung der christlichen Konzeption von Kultbildern hatte.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete in mehreren Vorträgen die sprachliche Situation auf den mittelalterlichen britischen Inseln, auf deren Besonderheit bereits Michael Richter in seinem einleitenden Vortrag eingegangen war: Anders als Britannien war Irland keine römische Provinz gewesen. Die Auswirkungen dieser Ausgangslage auf die Christianisierung von Irland und Wales untersuchten **Morfydd Owen** (Aberystwyth) und **Próinséas Ní Chatáin** (Dublin) anhand des Vokabulars frühirischer und frühwalisischer Quellen. **Jean-Michel Picard** (Dublin) zeigte interkulturelle Bezüge in der irischen volkssprachlichen Literatur des 7. und 8. Jahrhunderts auf, die er als Adaptationen und Übersetzungen lateinischer, griechischer und hebräischer Vorlagen charakterisierte. Die irische volkssprachliche Literatur sei daher keinesfalls als Zeugnis einer monolithischen keltischen Kultur zu sehen. **Hermann Moisl** (Newcastle) fragte in seinem Vortrag nach



Von links: Prof. Dr. Michael Richter (Konstanz), Prof. Dr. David Wasserstein (Tel Aviv), Prof. Dr. Wolfgang Weber (Paderborn), Prof. Dr. Ernst Bremer (Paderborn), Prof. Dr. Jörg Jarnut (Paderborn)

den Gründen für eine vorrangig lateinischsprachige Literatur im frühmittelalterlichen Britannien und eine überwiegend volkssprachliche Literatur im frühmittelalterlichen Irland. Er führte dies nicht einfach auf unterschiedliche politische Voraussetzungen zurück, sondern auf eine unterschiedlich strukturierte Gesellschaft. So seien in Irland die fest etablierten Priester (Druiden) anders als in Britannien nicht einfach von den christlichen Priestern verdrängt worden, was eine volkssprachliche zunächst mündlich tradierte Literatur begünstigt hätte.

Mit der sprachlichen Situation im mittelalterlichen Nahen Osten beschäftigte sich **Johannes Pahlitzsch** (Berlin). Er stellte bis ins 12./13. Jahrhundert eine besondere Multilingualität der griechisch-orthodoxen Kirche von Jerusalem fest, in der Griechisch, Syrisch und Arabisch ver-

wandt wurden. Dass Multilingualität auch mit Konflikten verbunden war, zeigte **Petr Hlavacek** (Prag) anhand von Sprachstreitigkeiten unter ostmitteleuropäischen Franziskanern im ausgehenden Mittelalter. Während Latein als die universale Sprache der römischen Kirche auf den Provinzkapiteln vorherrschte, kam es in den einzelnen Klostergemeinschaften zwischen den unterschiedlichen volkssprachlichen Gruppen (Deutschen, Tschechen, Polen, Italienern) zu Konflikten, die zeigten, wie der Gebrauch der jeweiligen Volkssprache zu einem wichtigen Kriterium für die nationale Identität wurde. Aber nicht nur der Gebrauch der Volkssprache, sondern auch bestimmte liturgische Besonderheiten konnten zum Kristallisationspunkt nationaler Identitäten werden, wie **Roman Michalowski** (Warschau) anhand der Einführung der verlängerten Fastenzeit in Polen unter

Boleslaw Chrobry (992–1025) darlegte. Um den Zusammenhang von Religion, Sprache und Identität ging es auch im Vortrag von **Istvan Perczel** (Budapest) zum Thema „The role of Syriac in the self-identity of the St Thomas Christians of Malabar.“ Die enge Wechselwirkung zwischen Religion und Sprache verdeutlichte **Anna Kuznetsova** (Moskau/Budapest) anhand verschiedener volkssprachlicher Verschriftlichungsversuche im mittelalterlichen Osteuropa, etwa durch Kyrill und Method. Dem Verhältnis zwischen Liturgie und Sprache in Byzanz widmete sich **Johannes Niehoff-Panagiotidis** (Freiburg). Die sprachlichen und religiösen Auswirkungen einer Kontaktsituation zeigte **Sebastian Richter** (Leipzig) in seinem Vortrag zur Entwicklung des Koptischen in Ägypten im Dialog und in Konfrontation mit dem Griechischen und Arabischen.

Um den Gebrauch von Umgangssprache und Sakralsprache im öffentlichen Raum ging es in dem Beitrag von **Martha Keil** (St. Pölten). Sie untersuchte den Sprachgebrauch deutscher Juden im Spätmittelalter bei Verzeihungsbitten und Bußformeln. **Eckhard Hauswald** (Konstanz) verortete Pirmins *Scarapsus*, einen Kurzkatichismus aus der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts, anhand der in der handschriftlichen Überlieferung erkennbaren

sprachlichen und inhaltlichen Merkmale zeitlich und räumlich neu. **Martin Fuß** (Bonn) widmete sich Gottesbezeichnungen im Althochdeutschen und Altsächsischen. Im abschließenden Vortrag ging **David Wasserstein** (Tel Aviv/Jerusalem) noch einmal auf die Europa bestimmenden Religionsgemeinschaften ein, indem er das Verhältnis von Sprache und Gebet bei Moslems, Christen und Juden in der frühen islamischen Welt in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellte. Im Rahmen der Tagung fand am 8. Juli in der Kaiserpfalz ferner ein öffentlicher Vortrag von **Michele Camillo Ferrari** (Erlangen) zum Thema „Latein in der Mitte. Sprache und Kommunikation im mittelalterlichen Europa“ statt, der auf reges Interesse stieß.

Deutlich wurde bei allen Vorträgen, dass die Vorstellung klar voneinander abgegrenzter Sprach- und Kulturräume wenig hilfreich bis irreführend ist. Vielmehr ist mit zahlreichen und vielgestaltigen sprachlichen, religiösen und kulturellen Kontaktsituationen zu rechnen, die für die Entwicklung Europas bestimmend waren. Die von dieser Tagung ausgehenden Anregungen und Neuansätze sollen nach Angaben der Veranstalter in einem Tagungsband veröffentlicht und der weiterführenden Forschung zur Verfügung gestellt werden.

WERNER ROLEVINCK, Das Buch zum Lobe Westfalens, hg. v. Annelise Raub, Illustrationen von Andreas Raub, Münster: Aschendorff 2002, 181 S.

Am 26. August 2002 erinnerte die Gemeinde Laer an den 500. Todestag Werner Rolevincks, der dort um 1425 geboren wurde. Aus diesem Anlass besorgte Annelise Raub eine Jubiläumsausgabe seines Westfalenlobs: „De laude antique Saxonia nunc Westphalia dictae“. Versehen mit Illustrationen von Andreas Raub und basierend auf der Übersetzung Hermann Brückners von 1953¹ verlegte Aschendorff das Werk, ergänzt um Vorwort, Nachwort und die Überarbeitung der Anmerkungen und des Literaturverzeichnisses.

Rolevinck trat 1447 in die Kölner Kartause ein und legte 1448 seine Ordensgelübde ab. In großer Zurückgezogenheit und Stille verbrachte er sein Leben, war jedoch zugleich ein scharfer Beobachter von Missständen. Des Weiteren gilt er als bedeutender Förderer christlich-humanistischer Studien, der noch im Alter von 76 Jahren öffentliche Vorlesungen über den Römerbrief hielt. Die 1474 in Köln erschienene Schrift „Zum Lobe Westfalens, des alten Sachsenlandes“ hat ihn bekannt gemacht. Das Werk ist eine bedeutende Quelle zum westfälischen Brauchtum am Ausgang des Mittelalters, geht jedoch in der Rezeption weit darüber hinaus: „Jeder, der am Werden Westfalens und seiner Menschen interessiert ist, sollte sie kennen“ (S. 7). Immer wieder wird Rolevincks Schrift als „älteste Kulturgeschichte einer deutschen Landschaft“ bezeichnet (S. 7).

Sehr zu Recht weist die Herausgeberin indes auf ein methodisches Problem hin. Der „Historiograph“ oder „Kulturgeschichtsschreiber“ Rolevinck verfügte über ein grundsätzlich anderes Modell von Geschichtsschreibung: Die methodische Geschichtswissenschaft und Geographie, die

unser aktuelles Denken prägen, gab es zu seiner Zeit noch nicht. Die Einleitungen und Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln der Schrift Rolevincks sollen diese Auffassungsunterschiede zwischen Autor und Leser beheben, und in der Tat finden sich hilfreiche Hinweise auf thematische Kontexte, Intentionen des Verfassers und sprachliche Besonderheiten, die auch in dieser Neuausgabe nicht völlig angeglichen werden sollten. Alles in allem ist auf der Grundlage der philologischen Edition Brückners ein flüssig lesbares und lebendig gestaltetes Buch entstanden, das jedoch in einigen der von der Herausgeberin selbst angesprochenen Probleme keine befriedigenden Lösungen bietet.

Auch wenn in diesem Fall keine philologische Edition vorliegt, kann der Leser zwischen zwei Titeln wählen: „Das Buch zum Lobe Westfalens“ heißt es auf dem Umschlag und Buchrücken, „Ein Buch zum Lobe Westfalens des alten Sachsenlandes“ heißt es auf dem Titelblatt. Ergänzt um die Überschrift zum Quellentext selbst, der „Ein Westfalenbuch“ lautet, erweitert sich die Titulatur des vorliegenden Bandes um eine weitere Möglichkeit. Der Wechsel im Sprachduktus, so sehr die vorliegende Fassung auch mit der von 1953 übereinstimmen mag, nimmt dieses Wechselspiel immer wieder auf – einmal muss der spätmittelalterliche Duktus mit Anmerkungen oder Vorbemerkungen erläutert werden, ein andermal wurden Satzstruktur und Ausdruck der heutigen Sprache angepasst. Dieser diachrone Bruch wird fortgesetzt in den dem Text beigegebenen Illustrationen. Auch wenn das Original vielleicht keine Bebilderung vorwies, stellt sich doch die Frage, warum ein zeitgenössischer Künstler hier so tut, als ob er ein mittelalterlicher Holzschnitzer sei. Seltsam unentschieden erscheint diese Wahl.

Diese Unebenheiten lassen auch die Fra-

¹ Werner Rolevinck, Ein Buch zum Lobe Westfalens des alten Sachsenlandes, übers. u. hg. v. Hermann Brückner, Münster 1953.

ge nach dem angesprochenen Publikum aufkommen: Trotz des Anmerkungsapparates und der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas bleibt die eigentliche Lektüre und Präsentation eher im Bereich des Populärwissenschaftlichen, was der Intention der Herausgeberin auch gar nicht im Wege steht. Textkritisch ist dagegen wohl nach wie vor die zweisprachige Ausgabe Brückners zu empfehlen, zumal der Text auch hermeneutisch oder methodisch nicht neu erschlossen wird – es bleibt in den Bemerkungen Raubs bei den bereits bekannten Klassifizierungen und Bewertungen.

Wünschenswert wäre folglich eine zweisprachige Ausgabe, die zudem die aktuellen historiographischen Diskurse und, gerade vor dem Hintergrund der „ältesten Kulturgeschichte einer deutschen Landschaft“, die neue Kulturdebatte aufnimmt. Die völlig unkritische Verwendung des Begriffes der „Kulturgeschichte“ ist sicherlich nicht dieser Edition zuerst vorzuwerfen, doch wäre es wünschenswert, dass ausgehend von dieser Herausgabe eine Hinterfragung des Begriffes stattfände. Vielleicht könnte sogar in diesem Zusammenhang, gerade im Bereich der Regionalgeschichte, der Begriff der „Kulturgeschichte“ einmal mit Inhalt gefüllt werden. Steht hier Kultur im Gegensatz zur Natur? Verwendet Rolevinck die Kultur als Leitbegriff, um das Spezifische Westfalens und der Westfalen herauszuarbeiten, verstand Rolevinck seine Schrift gar als Antithese zur dominanten Form der Geschichtsschreibung seiner Zeit? Ist also das „Buch zum Lobe Westfalens“ eine Kulturgeschichte?²

Kulturgeschichte scheint nach wie vor ein beliebiges Attribut im Bereich der Geschichte zu sein, mit dem sich ein Leser be-

sonders leicht identifizieren kann: wenig theoretischen Debatte, keine Definition, nur die (bisweilen undifferenzierte) Schilderung menschlichen Verhaltens und menschlicher Affekte. Gerade die Schrift Rolevincks mit ihren verschiedenen Adressaten und Darstellungsebenen würde sich ganz hervorragend für die Überprüfung einer heute gebräuchlichen Kategorie eignen. Die Anreicherung des dem Autor am Herzen liegenden Stoffes durch Humor (S. 82), der Verweis auf die Herkunft und die Errungenschaften seiner Landsleute und die daraus abzuleitenden Pflichten, die Erklärung und Beschreibung von Brauchtum, das z. T. bis heute gepflegt wird, eine Analyse der Klassenverhaltensweisen (S. 84), die sprachliche Sicherheit in der Wahl der Beschreibung und der direkten Ansprache des Lesers, die einen großen Leserkreis durch die Verbindung von geistlichem und weltlichem Stoff erreichen soll, sind Aspekte, die eine differenzierte Analyse verdienen.

„Denn ich richte dieses bescheidene Buch nicht an Einsiedler und Mönche, sondern an Menschen, die an den Sorgen des täglichen Erwerbslebens zu tragen haben“ (S. 144) – diese Intention findet sich auch im Stil der Herausgabe von Annelise Raub fortgeführt. Die mäkelnden Einsiedler, die die Muße haben, sich weitergehende Gedanken über diesen Lesestoff zu machen, sollten diese Zielgruppe nicht aus den Augen verlieren, doch auch hier bietet sich Rolevincks Werk als Wegweiser in aktuelle Debatten an, etwa jene über die Popularisierung der Wissenschaft. Der Wert dieser Schrift – und auch der neuen Ausgabe – ist somit für sämtliche Lesergruppen nicht zu unterschätzen: Der an Westfalen Interessierte wird der Lektüre mancherlei Wissenswertes, Skurriles und Erleuchtendes entnehmen können, dem Philologen, Hermeneutiker oder Historiker drängen sich auf sehr subtile Art nach wie vor aktuelle methodische Probleme auf.

Mareike Menne, Paderborn

² Vgl. die Klassifikationsvorschläge von Ute DANIEL, Kulturgeschichte, in: NÜNNING, Ansgar/ NÜNNING, Vera (Hg.), Konzepte der Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven, Stuttgart/Weimar 2003, S. 186–204.

Am Vorabend der Kaiserkrönung. Das Epos „Karolus Magnus et Leo papa“ und der Kaiserbesuch in Paderborn 799, hg. v. PETER GODMAN, JÖRG JARNUT und PETER JOHANEK, Berlin: Akademie Verlag 2002, 369 S.

Der Band vereinigt die Beiträge zu einem internationalen Symposium, das im Zusammenhang mit der Paderborner Ausstellung „799 – Kunst und Kultur der Karolingerzeit“ Ende Oktober 1999 in Paderborn stattfand. Seine insgesamt 20 Aufsätze spannen einen viel weiteren Bogen, als es der Untertitel des Bandes nahe legen könnte: Sie sind keineswegs nur dem Papstbesuch in Paderborn und dem Gedicht „Karolus Magnus et Leo papa“ gewidmet, sondern behandeln verschiedene Aspekte der karolingerzeitlichen Dichtung und der Politik Karls des Großen, beleuchten Fragen der Religiosität und der Mission im 8. und 9. Jahrhundert, skizzieren die Gesellschaftsstruktur und die Verfassung des Frankenreiches, diskutieren Probleme der Architekturgeschichte, des Handels und des Militärwesens der Zeit und vieles andere mehr.

Dem im Untertitel angesprochenen Thema im engeren Sinne sind fünf Beiträge gewidmet. Johannes Fried, Rudolf Schieffer, Matthias Becher und Verena Epp behandeln die Ereignisse der Jahre 799/800, Francesco Stella die Frage nach dem Verfasser der Verse „Karolus Magnus et Leo papa“. Da Frieds Beitrag andernorts erschienen ist, muss sich der Leser des Bandes mit einer zweiseitigen Zusammenfassung der Kernthesen begnügen. Demzufolge wäre Leo III. 799 nicht nur geblendet, sondern förmlich abgesetzt und in Klosterhaft überwiesen worden; spätestens seit 798 soll zudem Karl der Große mit byzantinischer Hilfe auf ein vom Papst unabhängiges Kaisertum hingearbeitet haben. – Rudolf Schieffer zeichnet nach, welche Nachrichten über das Attentat auf den Papst in das Frankenreich gelangten und wie sie dort diskutiert wurden. Wenn die fränkischen Quellen von einem Erfolg des Anschlags sprechen und eine wundersame Hei-

lung des Papstes behaupten, dann sei dies „nicht so sehr die Folge getrübler Wahrnehmung wie vielmehr einer politischen Sprachregelung“, die bewusst auch dann noch aufrechterhalten wurde, als man längst um das Scheitern des Anschlags wusste. – Matthias Becher vermag durch eine minutiöse Untersuchung sowohl die Ereignisabläufe der Jahre 799/800 als auch die Chronologie zentraler Quellen für diese Ereignisse, nämlich die Abfolge der überlieferten Briefe Alkuins, neu zu ordnen. Demnach kam Leo III. wohl erst Mitte September in Sachsen an, deutlich später, als es die Forschung bisher vorausgesetzt hat. Diese Neueinschätzung aber hat Konsequenzen für die Vorgeschichte der Kaiserkrönung: Hatte Helmut Beumann angenommen, Papst und Kaiser hätten darüber 799 in einem (langen) gemeinsamen Aufenthalt in Paderborn verhandelt, so legt Bechers Studie nun nahe, dass dort eher verschiedene Parteien des fränkischen Hofes darüber berieten, wie man im Falle Leos weiter vorgehen solle. – Verena Epp vertritt die These, dass gerade in dieser Frage der Ostgotenkönig Theoderich für Karl vorbildhaft gewesen sei: Sie zeigt überraschend viele Parallelen zwischen dem Eingreifen Theoderichs in das Laurentianische Papstschisma einerseits und Karls Verhalten gegenüber dem von Absetzung bedrohten Leo III. in den Jahren 799/800 andererseits auf und folgert, dass diese Parallelen nur aus einem bewussten Anknüpfen zu erklären seien. – Francesco Stella kommt aufgrund von Stilvergleich, Chronologie, Überlieferung und Inhalt des Gedichts über die Zusammenkunft von Karl und Leo in Paderborn zu dem Ergebnis, dass am ehesten Modoin als Autor in Frage komme. Schon Helmut Beumann und Peter Dronke hatten das für möglich gehalten; Stella bringt

neue Argumente – letztlich aber wird auch diese Zuschreibung strittig bleiben. Bedauerlicherweise konnte Stella noch nicht zum jüngsten einschlägigen Aufsatz von Franz Brunhölzl Stellung nehmen (in: *Historisches Jahrbuch* 120 (2000), S. 274–283), der den Text ganz anders in der Literaturgeschichte verortet.

Den weiteren literaturgeschichtlichen und sprachwissenschaftlichen Hintergrund des Gedichts behandeln die Beiträge von Fidel Rädle und Michel Banniard. Rädle beleuchtet dabei anhand einer Reihe von Beispielen die Formen, in denen Herrscherlob in der Dichtung der Karolingerzeit geäußert werden konnte. Banniard geht der Frage nach, welche Gruppen in der Lage gewesen sind, derartige Texte zu verstehen, und vermag hier aufgrund sprachwissenschaftlicher Überlegungen drei verschiedene Rezipientenkreise zu differenzieren.

Der christlichen Mission, die vom Frankenreich im 8. und 9. Jahrhundert ausging, widmen sich die Beiträge von Lutz E. von Padberg, Hedwig Röckelein und Ian Wood. Von Padberg behandelt jene Theorien zur Missionsweise, deren Spuren sich in einigen fränkischen Quellen erhalten haben. Dabei grenzt er eine in der Frühzeit praktizierte „imperialmissionarische“ Missionsform ab von einer sich später durchsetzenden, zunächst vor allem von Angelsachsen propagierten Methode, derzufolge die zu Bekehrenden erst individuell belehrt, dann getauft werden sollten. Die Quellen, die diese Debatte dokumentieren, wurden freilich erst etliche Jahre, zum Teil auch erst Jahrzehnte nach dem Beginn der Sachsenkriege Karls des Großen verfasst. So bleibt fraglich, ob tatsächlich auch schon die Eröffnung des Sachsenkriegs 772 „auf vorausschauender Planung“ (125) beruhte, wie von Padberg anzunehmen scheint. – Hedwig Röckelein vergleicht die vieldiskutierte Dotation eines Paderborner *monasterium*, die laut der älteren Forschung anlässlich des Treffens zwischen

Leo und Karl von 799 beschlossen worden sein soll und gern als Gründungsakt des Paderborner Bistums gedeutet wurde, mit anderen Fällen derartiger „Aufbauhilfen westfränkischer Zellen für in Sachsen tätige Missionare und geistliche Institutionen“. Die strittige Dotation selbst bringt sie vorsichtig in Zusammenhang mit einer späteren Reise des Papstes ins Frankenreich und datiert sie daher in die Jahre 804/5. – Ian Wood macht darauf aufmerksam, dass eine hagiographische Erzählung über die Sachsenmission zu fehlen scheine, da die Christianisierung dieses Gebiets nicht wie etwa diejenige Frieslands oder Hessens und Thüringens durch Missionarsviten strukturiert werde. Er zeigt aber, dass gerade diese anderen zeitgenössischen Viten, insbesondere die Willibrord-Vita des Alkuin und Liudgers Vita Gregors von Utrecht, als Stellungnahmen zur zeitgleichen Mission in Sachsen gelesen werden sollten.

Die übrigen Beiträge des Bandes beleuchten verschiedene Aspekte der Gesellschaft und Kultur des Frankenreichs in den Jahren um 800: Régine Le Jan präsentiert den fränkischen Adel um 800 als eine durch vielfältige Treuebindungen und durch Verwandtschaft untereinander vernetzte und durch sakrale Vorstellungen legitimierte Personengruppe, die aber nicht nur als Konkurrenz des Herrschers gesehen werden dürfe, sondern das Reich durchaus mitgetragen habe. – Uwe Lobbedey bietet eine kritische Bestandsaufnahme karolingerzeitlicher Westwerke und Westchöre. Überzeugend weist er nach, dass sie nicht, wie in der älteren Forschung, als feste, von Anfang an mit einem bestimmten Bedeutungsgehalt aufgeladene Bauformen mit einer Kontinuität bis ins 12. Jahrhundert angesehen werden dürfen; statt dessen handele es sich im 9. Jahrhundert noch um „Prototypen“, die erst in der Folgezeit zu gängigen Bautypen weiterentwickelt worden seien. – Karl Hengst zeichnet nach, wie die fränkischen

Historiographen nach der Zerstörung der *Urbs Karoli* in Paderborn (777/78) die Dramatik dieses Ereignisses herunterzuspielen suchten, und bemüht sich, das sogenannte „Blutbad“ von Verden (782) als Irrtum eines fränkischen Schreibers zu deuten, der in seiner Vorlage ein *delocare* („deportieren“) irrtümlich als *decollare* („enthaupten“) gelesen habe. – Henry Mayr-Harting widerspricht Arnold Angenendts Auffassung von Karls Religion: Sie sei nicht in erster Linie von magischen Vorstellungen geprägt, sondern durchaus ethisch gewesen. – Bernard S. Bachrach will Karls militärisches Handeln als Ausfluss einer umfassenden Strategie erklären, die darauf gerichtet gewesen sei, das gesamte ehemals dem weströmischen Imperium unterstehende Gebiet zurückzuerobern (eine Sichtweise, die angesichts der Beziehungen des Frankenherrschers etwa zu den Sachsen, zu den Awaren und zu den angelsächsischen Königreichen allerdings kaum überzeugt). – Michael McCormick untersucht die Verbreitung arabischer Münzen im Karolingerreich in den Jahren um 800 und vermag auf diese Weise das Bild einer statischen, kleinräumigen, rein ländlichen Wirtschaft zu hinterfragen: Die Münzen zeugen von regem Warenaustausch mit der arabischen Welt. – Ernst Treppe zeichnet in seinem Beitrag den Wandel nach, der sich in der Einstellung gegenüber dem Islam unter Ludwig dem Frommen vollzog: Erst jetzt entwickelte sich am fränkischen Hof ein feindseliges Islam-Bild. Als Schlüsselerlebnis in der Biographie des Karls-Sohnes sieht Treppe dabei die Eroberung Barcelonas durch Ludwig im Jahre 801 an. – Janet Nelson geht in ihrem Beitrag von einer Bemerkung im Gedicht „Karolus Magnus et Leo papa“ aus, derzufolge Karl der Große ein *pater optimus* gewesen sei. Sie nimmt diese Cha-

rakterisierung zum Anlass, um die Spannungen innerhalb der Karolingerfamilie von der Mitte des 8. Jahrhunderts bis zur Kaiserkrönung nachzuzeichnen. Das Treffen zwischen Frankenherrscher und Papst in Paderborn sieht sie dabei als wichtige Marke: Hier habe Karl seinen gleichnamigen Sohn als Nachfolger für die gesamte Francia vorgesehen, eine Entscheidung, die in der „*Divisio regnorum*“ von 806 nur noch einmal bekräftigt worden sei. – Roger Collins analysiert, wie die Karolinger Ende des 8. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 9. Jahrhunderts die fränkische Geschichte der Merowingerzeit neu schrieben, um einerseits karolingische Traditionen dort hineinzubringen und andererseits die Bedeutung der Merowinger herunterzuspielen. Mittel dazu war nicht nur die Abfassung neuer Texte, sondern auch die Überarbeitung und Fortführung bestehender und die neuartige Zusammenstellung verschiedener älterer historiographischer Schriften in einem einzigen Manuskript. – Renato Bordone schließlich stellt die Städte der Karolingerzeit in ihrer Eigenart als Bischofssitze, Knotenpunkte des Handels und Herrschaftszentren vor.

Alles in allem bietet der gelungene Band, den ein sorgfältig gearbeitetes Register beschließt, ein so breites wie überzeugendes Panorama aktueller Forschungen zur Geschichte des Frankenreiches unter Karl dem Großen: Die Ereignisse unmittelbar vor der Kaiserkrönung, zentrale Quellen und die kulturellen wie gesellschaftlichen Hintergründe dieses epochalen Vorgangs in der europäischen Geschichte erscheinen nun in neuem Licht.

Steffen Patzold, Hamburg

NORBERT BÖRSTE (HG.), Vom Stadtboten zur Informationsgesellschaft. Post- und Kommunikationsgeschichte in Paderborn und Ostwestfalen-Lippe (Studien und Quellen zur Westfälischen Geschichte, Bd. 46), Paderborn 2002, 272 Seiten, durchgehend bebildert.

Alle Welt spricht von der Informations- oder sogar Kommunikationsgesellschaft, in der wir uns befinden. Informationen sind Rohstoff, der gehandelt und verarbeitet wird, der das Lebenselixier der post-modernen Gesellschaft ist. Da macht es Sinn, nach den Entwicklungslinien zu fragen, die weit in die Vergangenheit zurück reichen. „Vom Stadtboten zur Informationsgesellschaft“, so lautet der Titel des Begleitbandes zu einer Ausstellung, die von Oktober 2002 bis Januar 2003 im Historischen Museum im Marstall in Paderborn stattfand. Die Autoren der thematisch in sich abgeschlossenen Aufsätze gehen u. a. der Frage nach, wie sich die Technik der Nachrichtenübermittlung in Paderborn und Ostwestfalen-Lippe entwickelt hat. Betrachtet wird das frühe Post- und Fernmeldewesen ebenso wie die Funktion der Eisenbahn als Nachrichtenträger oder die Geschichte der Zeitungen im Hochstift Paderborn. Gleichwohl kann der Untertitel – „Post- und Kommunikationsgeschichte“ – zu Missverständnissen führen, handelt es sich im weiteren Sinne nämlich nicht um eine Kommunikationsgeschichte, die sich der kommunikativen Kontakte und des gesellschaftlichen Wandels annimmt und so die Verbindung von Technik, Modernisierung und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt stellt. Inhaltliches Ziel ist es vielmehr, sich mit der „technischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kommunikationsgeschichte auseinander zu setzen“ (S. 7).

Doch auch unter dieser technikgeschichtlichen Orientierung bleibt zu fragen, was denn das Besondere an den Verhältnissen in Paderborn war, welche spezifischen regionalen Ausprägungen der dargestellte Gegenstand erfahren hat? Offensichtlich profitierte die Region in überdurchschnittlichem Maße von der Säkularisation

von 1803, eine Feststellung, die mit den politisch-religiösen Empfindungen der katholischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber den protestantischen Preußen kontrastiert(e). Seine frühe Anbindung an das Post-, Telegrafien- und Eisenbahnnetz verdankte Paderborn einzig dem Bedürfnis der preußischen Regierung, die Kommunikationsstrukturen mit ihren westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen zu intensivieren. Dieser Standortvorteil im Zentrum der Ost-West-Achse zwischen Berlin und der Rhein-Ruhr-Region war es, der in und um Paderborn die Moderne in Gang setzte und Entwicklungen auf diesem Gebiet zum Teil bis in die Gegenwart hinein erklärt. Der Band bietet damit einen fundierten Überblick über die Geschichte der Kommunikationstechnik, noch dazu wo er mit zahlreichen zeitgenössischen Abbildungen vorzüglich ausgestattet ist.

Das kommt nicht von ungefähr, betrachtet man die Liste der Sponsoren, die das Projekt ermöglichten. Der inhaltlichen Qualität des redaktionellen Teils hat das eifrige Engagement der Geldgeber jedoch eher geschadet. Welchen Sinn macht es beispielsweise, wenn sich eine Bank mit ihren Online-Diensten in aller Breite in diesem Ausstellungskatalog darstellt? Schlägt man auf S. 10 die Liste der Förderer auf, die sich mit ihrem Logo präsentieren, so kennt man bereits einen Großteil der Autoren: Es handelt sich u. a. um Marketingreferenten, Pressesprecher und weitere Vertreter, die ihr Unternehmen bzw. ihre Institution ins rechte Licht rücken möchten. Mit viel Wohlwollen kann man diese durch den dezenten Begriff „Fallbeispiele“ verbrämten Selbstdarstellungen der Sponsoren als eine selektive Bestandsaufnahme der heutigen IT-Landschaft im Raum Paderborn verstehen; mit etwas weniger Wohlwollen als eine ärgerliche Werbeplattform, die besser in

beplattform, die besser in Unternehmensbroschüren aufgehoben wäre. So erhellend die historisch angelegten Beiträge sind, so störend wirken sich die Artikel mit „aktuellem“ Bezug in diesem Band aus. Vom heutigen Standpunkt liest sich das alles wie ein kollektives Schulterklopfen, wie eine Erfolgsgeschichte, die geradlinig vom Postillon, über die Telegrafie zur digitalen Kommunikation führte. Doch dabei gab es auch Irrtümer und Sackgassen, wie das Beispiel des Rohrkrepierers Btx beweist. Die ent-

scheidenden theoretischen Fragen über das Verhältnis von Kommunikation und Gesellschaft bleiben einzig Frank Niggemeier in seinem philosophischen Epilog vorbehalten – ein wohltuendes konstruktivistisches Korrektiv gegenüber allzu unkritischer Technikgläubigkeit. So erkennt er durchaus die Chancen der Informationstechnik, denkt aber deren gesellschaftliche Risiken und Auswirkungen mit.

Rainer Pöppinghege, Paderborn

JOHANNES ALTENBEREND, Leander van Eß (1772–1847). Bibelübersetzer und Bibelverbreiter zwischen katholischer Aufklärung und evangelikaler Erweckungsbewegung (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, Bd. 41), zugl. Diss. phil. Bielefeld 2000, Paderborn: Bonifatius 2001, 448 S., 3 Tab. und 12 sw-Abb.

Der Autor dieser historischen Dissertation widmet sich in zweifacher Hinsicht einem nicht unproblematischen Gegenstand: Zum einen verfolgt er das grundsätzliche Ziel, mit seiner Biographie ein langjähriges Forschungsdesiderat zur Person und dem Werk Leander van Eß' einzulösen und zum anderen dieses an sich begrüßenswerte Vorhaben in Form einer scheinbar klassischen Lebensbeschreibung anzugehen; ein Weg, der unter wissenschaftsmethodischen Gesichtspunkten häufig angreifbar erscheint. Um es vorwegzunehmen: Johannes Altenberend ist es in seinem detailreichen Buch gelungen, gerade den vielen methodischen Fallstricken zu entgehen, die jedem Verfasser einer „Heldengeschichte“ mehr un- denn bewusst drohen. Dies gilt vor allem dann, wenn der Biograph nach langjährigen Studien ein sehr persönliches Verhältnis zu einer ihm stets vertrauter werdenden historischen Persönlichkeit und deren Lebenswelt entwickelt.

Im vorliegenden Fall beschreibt der Autor den Lebensweg eines erst in der jüngeren Vergangenheit offiziell rehabilitierten katholischen Theologen, der sich bereits zu seinen Lebzeiten einen – wenn auch höchst umstrittenen – internationalen Namen als Bi-

belübersetzer und professioneller Organisator volksnaher Bibelverbreitung unter katholischen Christen gemacht hat. Gerade die spannungsreiche Ambivalenz in der kirchengeschichtlichen Bewertung dieser Figur, die allen wechselnden Strömungen und Moden der etablierten Geschichtswissenschaften unterlag – und wohl in Zukunft noch weiter unterliegen wird – macht den Reiz der Lektüre dieses Buches aus. So zeichnet der Biograph die einzelnen Lebensstationen des bürgerlichen, aus einer Warburger Krämerfamilie stammenden Johann Heinrich van Eß nach, wie dieser sich vom jungen streitbaren Benediktinermönch, der in der nahen Abtei Marienmünster 1791 seinen Klosternamen Leander erhielt, zu einer Persönlichkeit entwickelte, die sich einer Einordnung in einschlägige historische Kategorien bis heute entzieht: Leander van Eß wurde von Vertretern der älteren Kirchengeschichtsschreibung aus beiden konfessionellen Lagern sowohl als Anhänger des „Aufklärungsschwindels“ titulierte und des „religiösen Indifferentismus“ bezichtigt und zugleich als „standhafter“ Kämpfer gegen „Aberglaube und Finsternis“ im katholischen Kirchenvolk gerühmt. Bereits an diesem Punkt wird

ersichtlich, wie problematisch sich eine differenzierte Beschreibung und möglichst vorurteilsfreie Bewertung der historischen Leistungen eines van Eß selbst für den heutigen, qua Amt „säkularisierten“ Profanhistoriker darstellen muss.

Trotz all dieser inhaltlichen und methodischen Schwierigkeiten gelingt es dem Verfasser unabhängig von der Erläuterung kirchengeschichtlicher und theologischer Diskussionszusammenhänge immer wieder, die Darstellung des Lebensweges seines Protagonisten in übergreifende gesamthistorische Problemkreise einzubinden. Altenberend entwickelt dem Leser über seinen zentralen „lebensgeschichtlichen Zugriff“ hinaus einige fundamentale Übergangsprozesse, die mit der allmählichen Ablösung der altständischen Gesellschaft durch das sogenannte bürgerlich-liberale Zeitalter nach 1806 einhergingen. Dabei konzentriert er sich zunächst auf das unmittelbare Lebensumfeld des Bibelübersetzers. Aus mikrohistorischer Perspektive gewährt er somit erste Einblicke in eine kleine Teilgruppe der frühbürgerlichen Gesellschaft, die die Bürgertumsforschung bisher nur am Rande beachtet hat: die Angehörigen einer „oberen Mittelschicht der Geistlichkeit“ (S. 16). Ebenso geht der Verfasser auf das kulturgeschichtliche Phänomen der sogenannten „Leserevolution“ an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein. Er schildert gestützt auf quantitative Quellenauswertungen den Anteil der Leanderschen Bibelverbreitung an der zunehmenden Alphabetisierung in den unteren sozialen Schichten der noch jungen bürgerlichen Gesellschaft. Kritisch beleuchtet Altenberend das bis zum Zweiten Vatikanum vorherrschende „klerikale Monopol über Bibelwissen, -lesen und -verkündigung“ unter Angehörigen der römischen Kirche und konstatiert mit van Eß für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts einen unbestreitbaren „Nachholbedarf bei der Laiennutzung der Bibel“ (S. 16). Überhaupt widersteht der Biograph weitestgehend den vielfältigen apo-

logetischen Versuchungen, die sein Untersuchungsgegenstand bietet. Der Autor bewahrt trotz unverkennbarer persönlicher Sympathien für seinen Titelhelden stets ein ausreichendes Maß an Abstand zu van Eß' Person und Schaffen. So räumt er beispielsweise ein, dass das von dem durchaus begabten Leander erdachte Reformprogramm zur Errichtung eines „Pfarrerinstituts“, das er kurz vor der Säkularisierung der Abtei Marienmünster im Herbst 1802 den neuen preußischen Herren im Hochstift Paderborn ans Herz legte, weder besonders originell noch realitätsnah gewesen sei (S. 42). Ebenso kann man dem Biographen nicht vorwerfen, er „psychologisiere“ an den Handlungsintentionen seines Helden herum; wo immer möglich, lässt Altenberend die Quellen – auch solche aus dem poetischen Werk des Leander van Eß (etwa Anm. 64, S. 38) – direkt sprechen. Wo die Quellen schweigen, schweigt in der Regel auch der Biograph. Auf diese Weise legt er die Interpretationshoheit über letztlich spekulativ bleibende innere Beweggründe von van Eß in die Hände des Lesers zurück.

Noch weiteres macht dieses Buch für den kirchengeschichtlichen Laien lesenswert. Auch ohne tiefer in die diffizilen theologisch-dogmatischen Streitfragen des 19. Jahrhunderts eingeweiht zu sein, erfährt der Leser Profundes wie Profanes über die ganz praktischen, vor allem wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Arbeit des legendären Bibelübersetzers und geschäftstüchtigen Evangelienvertreibers. Gerade die ausführliche Darstellung des professionellen Vertriebsmanagements van Eß' und seine Rolle als internationaler Buchhändler ist als eigentliches Novum und Stärke dieser Arbeit hervorzuheben (S. 232–290). Altenberend beleuchtet hier das Alltagsgeschäft eines gelehrten Theologen im pastoralen Dienst, der seinen Lebenssinn und sein Lebenswerk in hohem Maße auch vom wirtschaftlichen Erfolg seiner zahlreichen Unternehmungen zur Bibelverbreitung abhängig machte. Zu wünschen wäre an dieser Stelle lediglich, dass der

Autor die in seiner Einleitung bereits en passant angekündigte Analyse von „Kommunikationsstrukturen“ (S. 17) sowohl im theoretischen Ansatz wie auch in der Ausführung ernsthafter angegangen wäre. Er hätte sich hierdurch weniger dem Verdacht ausgesetzt gesehen, in einem Anflug von „Historical Correctness“ eine Fragestellung aus dem aktuellen Methodenprogramm seiner Zunft aufgegriffen zu haben, die ihn im Grunde nur am Rande interessierte.

Ansonsten kommt die Arbeit auch in den zahlreichen Anmerkungen sehr fundiert

daher, wobei die Entwicklung zentraler Gedankengänge und aller Informationen zu historischen Hintergründen eines Sachverhaltes nie die Geduld des Lesers über Gebühr strapazieren. In summa ist dieses Buch all jenen zu empfehlen, die eine methodisch wie inhaltlich moderne Biographie über einen streitbaren westfälischen Theologen lesen möchten, der als frommer Christenmensch eben weit mehr als ein stubengelehrter Mönch mit bibliophilen Ambitionen war.

Michael Ströhmer, Paderborn

ULRICH KNEFELKAMP, Das Mittelalter. Geschichte im Überblick (UTB für Wissenschaft 2105), Schöningh: Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2002, 411 S., Abb.

Mit dem in der renommierten Reihe „UTB für Wissenschaft“ vorgelegten Überblickswerk zur mittelalterlichen Geschichte ist der – im Umfeld zahlreicher mehrbändiger Darstellungen insbesondere mit Blick auf die Hauptzielgruppe der Studierenden – grundsätzlich positiv zu bewertende Versuch unternommen worden, ein einbändiges und damit erschwingliches Kompendium zur Verfügung zu stellen. Damit ist aber zugleich auch eine Problematik anzusprechen, die sich nahezu zwangsläufig aus der gebotenen Kürze der Darstellung ergibt: Mehr als 1000 Jahre Geschichte auf etwa 400 Seiten behandeln zu wollen, erfordert in hohem Maße Aussonderung und Schwerpunktsetzung und bedingt nicht zuletzt auch eine stark verkürzte Darbietung des Stoffes, wobei die solcherart getroffenen Entscheidungen in detail stets frag- und diskussionswürdig bleiben müssen. So ist es dem Autor durchaus anzurechnen, dass er, trotz aller zu erwartender Kritik, das Wagnis dennoch unternommen hat.

Von seiner Anlage her ist der Band im Wesentlichen an der Chronologie der politischen Geschichte orientiert. Im Anschluss an das erste Kapitel mit „Einleitende[n] Bemerkungen“, sowohl zum Mittelalter im All-

gemeinen als auch zum Aufbau und zur Handhabung des Buches, folgt ein größerer Abschnitt zur „Entstehung des christlichen Europa“, in welchem mit den West- und Ostgoten, den Vandalen, Burgundern, Alamannen, Langobarden, Angelsachsen und Franken wohl die wichtigsten *gentes* der Völkerwanderungszeit behandelt werden. Die dritte unter der Überschrift „Die Herrschaft der Dynastien“ zusammengefasste Einheit nimmt mit gut 200 Seiten den mit Abstand meisten Raum ein und umschließt den Zeitraum von den Merowingern bis zu den Staufern bzw. dem Interregnum, welchem unter dem Aspekt der „Schwächung des Königtums“ ein eigener Abschnitt gewidmet ist. Die Kapitel zu den einzelnen Dynastien sind dann noch einmal nach ihren jeweiligen Exponenten untergliedert, wobei freilich die einzelnen Herrschergestalten auf nur wenigen Seiten abgehandelt werden. Der letzte große Abschnitt vor den abschließenden „Zusammenfassende[n] Bemerkungen“ beschäftigt sich mit dem schwierigen Verhältnis von „Königtum und Fürsten im Kampf um die Macht im Spätmittelalter“ und ist in seinem Aufbau ebenfalls an den einzelnen Herrscherpersönlichkeiten (von Rudolf I. von Habsburg bis hin zu Maximilian I.) ori-

entiert. Im Anhang finden sich schließlich noch ein Glossar und ein Register, welches neben Orts- und Personennamen auch einige auf studentische Bedürfnisse ausgerichtete Sachbegriffe verzeichnet. Sehr übersichtlich gestaltet sind ferner die Quellen- und Literaturhinweise, welche jeweils in Form einer überschaubaren Auswahlbibliographie am Ende der inhaltlichen Einheiten präsentiert werden.

Die gebotene Auswahl erscheint indes mitunter diskussionswürdig: So hätte man sich etwa bei der zu den Ottonen angeführten Literatur noch die von Johannes Laudage vorgelegte Biographie über Otto den Großen¹ oder den immerhin schon 1997 von Ingrid Baumgärtner herausgegebenen Sammelband zu Kaiserin Kunigunde² gewünscht. Natürlich muss eingeräumt werden, dass eine Auswahlbibliographie angesichts der gegebenen Notwendigkeit zur Beschränkung und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Einschätzungen wohl niemals alle Bedürfnisse zu befriedigen vermag und die Meinungen daher weit auseinandergehen können. Nichtsdestotrotz ist es problematisch, wenn – bei gleichzeitig geltend gemachtem Anspruch auf Forschungsaktualität – die zentralen, den neuesten Forschungsstand repräsentierenden Werke überhaupt nicht berücksichtigt sind. So ist es für den/die Frühmittelalterforscher(in) durchaus schmerzlich, dass beispielsweise in der Literaturliste zu dem Kapitel über die Völkerwanderungszeit weder ein Band aus der Reihe „The Transformation of the Roman World“ noch eine der einschlägigen Arbeiten von Walter Pohl Erwähnung finden.

Bezüglich der inhaltlichen Darbietung des Stoffes sind immer wieder Unschärfen

und Verzerrungen zu konstatieren, die wohl in erster Linie auf die Notwendigkeit zur Straffung zurückzuführen sind. Dennoch ist es im Ergebnis problematisch, wenn – um nur ein Beispiel zu nennen – etwa mit der Bemerkung, dass der römische Heermeister Aetius als historische Vorlage für den Etzel der Nibelungensage gedient habe (S. 32), nur ein Teil des Sachverhalts dargelegt wird, ohne dass der mindestens ebenso wichtige Bezug zur Gestalt des Attila³ in diesem Zusammenhang auch nur angesprochen würde.

Die Gestaltung des Buches ist insgesamt ansprechend, vor allem die zahlreichen Abbildungen, Stammtafeln und Karten sind hilfreich. Von zweifelhaftem Nutzen sind jedoch die vermutlich zur besseren Orientierung am Rand aufgeführten Jahreszahlen. Gerade der Umstand, dass dort jede im Text genannte Jahresangabe aufgenommen ist, es also auch zu chronologischen Vor- und Rückgriffen kommt, dürfte insbesondere auf den in der Materie noch nicht Beheimateten eher verwirrend wirken. Hier wäre weniger mehr gewesen. Abschließend bleibt festzuhalten, dass der vorliegende Band trotz der grundsätzlich gelungenen Struktur nur mit Einschränkungen zu empfehlen und für den avisierten Benutzerkreis eher wenig geeignet ist.

Stefanie Dick, Paderborn

¹ Johannes LAUDAGE, *Otto der Grosse* (912–973). Eine Biographie, Regensburg bzw. Darmstadt 2001.

² Ingrid BAUMGÄRTNER (Hg.), *Kunigunde – eine Kaiserin an der Jahrtausendwende*, Kassel 1997.

³ Vgl. hierzu etwa Walter POHL, *Die Germanen* (Enzyklopädie deutscher Geschichte 57), München 2000, S. 39; aber auch Joachim HEINZLE, *Das Nibelungenlied. Eine Einführung*, Frankfurt am Main ²1996.

Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war und ist es nach wie vor, Forschungen zur Geschichte – insbesondere des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden „*Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn*“ ein weiteres Publikationsorgan, welches im Wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miszellen, die den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft den Informations- und Gedankenaustausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*, der etwa dreimal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den Mitteilungen und auf unserer Home-

page angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 25,00 € pro Jahr/Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

Verein für Geschichte an der Universität Paderborn e.V.
c/o Die Sprachwerkstatt GmbH
Stettliner Straße 40–42
33106 Paderborn

Oder anrufen:

Hubert Tietz M.A. 05251/730055

Oder eine E-Mail schicken:

info@die-sprachwerkstatt.de

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

Stefanie Dick M.A.

(N 2.307; Tel. 60-2430)

Prof. Dr. Frank Göttmann

(N 2.329; Tel. 60-2437)

Sie können uns auch auf unserer Homepage besuchen:

www.vfg-paderborn.de

Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Osterather Str. 42, 50739 Köln
Tel. 0221/9561740, Fax 0221/9561741, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe ihrer Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832–1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung,

Lehrer, Schulklokale, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER/WOLFGANG MARON (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945–1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/PETER RESPONDEK (Hrsg.), Historisch-demographi-

sche Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Bd. 12: BIRGIT BEDRANOWSKY, Neue Energie und gesellschaftlicher Wandel. Strom und Straßenbahn für das Paderborner Land, Köln 2002, 271 S., Abb.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

Heft 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

Heft 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Heft 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

Heft 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

Heft 5: DIDIER VERSHELDE/JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn–Brackwede(–Bielefeld) 1845–1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Heft 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

Heft 7: MARC LOCKER/REGINA PRILL/EVA MARIA KÜHNEL/MELANIE KNAUP/CARSTEN SCHULTE u.a. [Bearb.], Als die

Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

Heft 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798–1876) Frauenleben in historischen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

Heft 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612–1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Heft 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939–1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Heft 11: UDO SCHLICHT, „Holtzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Heft 12: BRITTA KIRCHHÜBEL, Die Paderborner Intelligenzblätter (1772 bis 1849), Köln 2003, 162 S., Abb.

Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578–1945, Paderborn 1992, 229 S.

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u.a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

Zuletzt erschienen:

ALEXANDRA MEIER/ROLF-DIETRICH MÜLLER/HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990–1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000.

**Weitere Veröffentlichungen/
Mitherausgeberschaften**

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller

Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/KARL-JOSEF SCHWIETERS/MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

Historischer Gesprächskreis

Die nächsten zwei Veranstaltungen des Historischen Gesprächskreises des VfG finden wie folgt statt:

Dienstag, den 11. November 2003, um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Weinkrüger“:

**„Zur Lebenssituation von Frauen im Frühmittelalter
am Beispiel der Biographien ottonischer Herrscherinnen“**

*Referentin:
Susanne Krause*

Dienstag, den 20. Januar 2004, um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Weinkrüger“ .

**„Unwirkliche Wirklichkeit“ –
Die Anfänge und Entwicklungen des Kinos in Paderborn
Von den ‚Flimmerkisten‘ auf dem Liboriberg zu den ersten festen Kinos**

*Referentin:
Alexandra Müller*

Interessenten sind wie immer herzlich eingeladen!

Autorenverzeichnis

DR. PHIL. JÜRGEN WERINHARD EINHORN, Franziskaner, Studium der Philosophie, Theologie, Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte; lebt im Konvent Paderborn als Seelsorger; Autor von Forschungsbeiträgen zur franziskanischen Literatur- und Kunstgeschichte.

CHRISTOPH PALKA M. A., Studium der Neueren, Neuesten und Alten Geschichte sowie der Neueren Deutschen Literaturwissenschaft in Paderborn. Seit 2002 Aufbaustudium an der Universität Paderborn (Diplompädagogik, Schwerpunkt Erwachsenenbildung). Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus, insbes. Judenverfolgung, Euthanasie und Widerstand.

DR. STEFFEN PATZOLD, Wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität Hamburg, Mittelalterliche Geschichte.

DR. ROLAND PIEPER, freiberuflicher Kunsthistoriker mit Schwerpunkt in den Bereichen der Architektur- und Kunstfotographie. Veröffentlichungen zum Mindener Dom, zum Kloster Dalheim und zur Baukunst der Bettelorden.

DR. RAINER PÖPPINGHEGE, seit 1998 Lehrender (Wiss. Ang.) für Neueste Geschichte an der Universität Paderborn. Forschungsschwerpunkte: Regionalgeschichte und Kommunikationsgeschichte (insbes. Erster Weltkrieg).

DR. PHIL. HABIL. BARBARA STAMBOLIS, Privatdozentin im Historischen Institut der Universität Paderborn, z. Zt. Lehrstuhlvertretung an der Universität Siegen. Veröffentlichungen u. a. zu historischer Festforschung, Nation und Konfession, Erinnerungskultur, Vereinsforschung, Geschlechtergeschichte.

HANNO WILHELM, Student an der Universität Paderborn für das Lehramt Sekundarstufe I/II in den Fächern Geschichte und Englisch.